

Das Abrüstungsproblem

Eine Materialsammlung

bearbeitet

von

DR. HEINZ OLDING

1 9 2 8

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	4
1. Die Notwendigkeit der Abrüstung	7— 9
2. Historischer Ueberblick	10— 11
3. Abrüstungsverhandlungen	12— 15
a) Erster Abschnitt 1920 bis 1925,	
b) Gegenwärtiger Stand.	
4. Der Standpunkt der verschiedenen Staaten	16— 22
a) Deutschland,	
b) Frankreich,	
c) Jugoslawien, Belgien, Polen, Rumänien, die Tschecho- slowakei und Griechenland,	
d) England,	
e) Italien,	
f) Die Vereinigten Staaten von Amerika,	
g) Japan,	
h) China,	
i) Rußland,	
k) Spanien,	
l) Die südamerikanischen Staaten,	
m) Die ehemaligen Neutralen.	
5 Die Entwaffnung Deutschlands	23— 25
6. Kalendarium der wichtigsten Daten in der Abrüstungsfrage	26— 38
Dokumente zur Abrüstungsfrage und zu deren Entwicklung	39—100

Vorwort

Das vorliegende Schriftchen versucht, in möglichst knapper Form die bisherige Entwicklung des Problems der Abrüstung darzustellen und das notwendigste dokumentarische Material beizubringen. Aus praktischen Erwägungen heraus ist die jüngste Vergangenheit breiter behandelt, um die Möglichkeit zu geben, den kommenden Ereignissen folgen und sich kritisch mit ihnen auseinandersetzen zu können.

Die Schrift erhebt auf Vollständigkeit keinen Anspruch, sie soll lediglich der politischen Tagespraxis dienen.

Berlin, Juli 1928.

Der Verfasser.

Liste der Dokumente

1. Ansprache Wilsons an den Senat vom 22. Januar 1917.
2. Ansprache Wilsons an den Kongreß vom 8. Januar 1918. (Die sogenannten 14 Punkte.)
3. Präambel der Völkerbundssatzung.
4. Artikel 1, Absatz 2 der Völkerbundssatzung.
5. Artikel 8 der Völkerbundssatzung.
6. Präambel zu Teil V des Versailler Vertrages.
7. Mantelnote zum Versailler Vertrag und Antwort auf die Gegenvorschläge der Deutschen Regierung. (Clemenceau-Note vom 16. Juni 1919), die „au nom des alliés“ abgegeben wurde.
8. Das Washingtoner Abkommen vom 6. Februar 1922. Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan über die Seeabrüstung.
9. Abrüstungsvorschlag Lord Robert Cecil vom Juli 1922. (Gleichzeitig Entschließung 14 der 3. Völkerbunds-Vollversammlung 1922.)
10. Deutsche Angebote für einen Garantiepakt.
11. Das sogenannte „Genfer Protokoll“ vom 2. Oktober 1924. „Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Konflikte.“
12. Das Genfer Protokoll von 1924. (Kurze Inhaltsangabe.)
13. Schlußprotokoll von Locarno vom 16. Oktober 1925.
14. Entschließung der 6. Völkerbundsversammlung (1925).
15. Entschließung des Völkerbundsrats vom 26. September 1925.
16. Einladungsschreiben an Deutschland zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskommission.
17. Verzeichnis der Fragen, die der vorbereitenden Kommission zu unterbreiten sind.
18. Entschließung der 7. Völkerbundsversammlung vom 24. September 1926.
19. Entschließung V der 8. Völkerbundsversammlung v. 26. September 1927.
20. Der radikale russische Abrüstungsvorschlag vom Dezember 1927 und März 1928.
21. Russischer Abrüstungsvorschlag vom 22. März 1928.

22. Deutscher Vorschlag auf Offenlegung der Rüstungen vom 15. März 1928.
23. Boncours Anerkennungen der allgemeinen Abrüstungsverpflichtung.
24. Die Heeresstärken von Deutschland, Frankreich, England.
25. Uebersicht über den Stand der Heere im Januar 1928.
26. Die Rüstungen zur See.
27. Die Kriegsflotten europäischer Staaten in den Jahren 1905 bis 1928.
28. Deutschlands Abrüstung.
29. Protokoll über die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission aus Deutschland vom 12. Dezember 1926.
30. Zahlen, die zur Abrüstung mahnen.
31. Bemerkungen der deutschen Regierung zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees in Prag im Januar 1928.
32. 1. Entwurf des Kriegsächtungs-Vertrages (Kellogg-Pakt).
33. Frankreichs vorläufiger Vertragsentwurf eines Kriegsächtungspaktes.
34. Stellungnahme der deutschen Regierung zum Kriegsächtungspakt.
35. Amerikanische Begleitnote und 2. (endgültiger) Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.
36. Deutsche Antwort zum 2. Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.
37. Französische Antwort zum 2. Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.
38. Englische Antwort zum 2. Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.

1. Die Notwendigkeit der Abrüstung

Das jahrhundertalte Wort „si vis pacem para bellum“ (willst du Frieden, rüste zum Krieg) hat bei der Zuspitzung der politischen Verhältnisse in den letzten 50 Jahren eine tragische Bedeutung erlangt. Besonders die Großmächte handelten nach diesem Grundsatz und gelangten zu einem Rüstungs-Wettlauf, den man sogar verschiedentlich als eine der Ursachen des Weltkriegs bezeichnet hat. Nach diesem fürchterlichen Aderlaß der ganzen Welt ist man jedoch keineswegs zu einem Ausgleich der Rüstungskräfte gekommen; im Gegenteil, die Siegerstaaten haben zu einem großen Teil, wie allgemein bekannt ist, ihre Heere wie ihre Flotten weiter ausgebaut und vervollkommen. Namentlich die technischen Waffen, die schon im Kriege eine große Rolle gespielt haben, sind derartig umgestaltet worden, daß durch sie allein schon bei dem Stand der modernen Technik, ganze Völker mit der Vernichtung bedroht sind. Aus diesem Grunde kam zu dem Ruf nach genügender Rüstung, auch der Ruf nach Sicherheiten anderer Art, da die militärischen Vorbereitungen allein nicht mehr als genügende Sicherung der Staaten angesehen werden können. Als einzige wirkungsvolle Maßnahme erschien daher zunächst den Völkern der von Wilson geprägte Grundsatz von der R ü s t u n g s - B e s c h r ä n k u n g , der dann unter dem Druck der öffentlichen Meinung auch von den Staatsmännern der verschiedenen Länder übernommen werden mußte. Auch das Verlangen der abgerüsteten Mittelmächte, den in den Friedensverträgen ihnen gewährten Rechtsanspruch auf allgemeine Abrüstung endlich zu erfüllen, wirkt in dieser Richtung. Als a l l g e m e i n e A b r ü s t u n g wird dabei verstanden: der Verzicht der einzelnen Staaten auf die

Freiheit der Festsetzung ihrer Rüstungshöhe und Ersetzung dieser Freiheit durch feste internationale Abmachungen über die Größe der Militärmacht, die dem einzelnen Staate zusteht.

Obwohl alle Welt sich über die Gefahren des Welt-rüstens klar ist, konnte eine Beendigung dieses Zustandes bisher nicht erreicht werden. So sind heute zu beobachten: das amerikanisch-japanische Wettrüsten zur See (zunächst abgeschwächt durch das Washingtoner Abkommen), weiter das englisch-französische Wettrüsten bei den Luftstreitkräften, ferner das amerikanisch-englische Wettrüsten bei den leichten Kreuzern und schließlich die übermäßig starke militärische Rüstung vieler europäischer Mittel- und Kleinstaaten. In dem Rüstungswettstreit liegt aber eine nicht wegzuleugnende Kriegsgefahr; er hält Mißtrauen und Furcht bei den Völkern wach und bringt im Zusammenhang mit der Vermehrung der Heeresstärken die Gefahr mit sich, daß Militär-, ja Kriegsparteien entstehen, die zum Kriege drängen. Die für den Rüstungswettlauf notwendigen gewaltigen Mittel werden ferner im allgemeinen von den Parlamenten nur dann bewilligt, wenn Gefahren drohen oder solche an die Wand gemalt werden, so daß auch hieraus schwere außenpolitische Spannungen entstehen können, die dann wiederum das allseitige politische Mißtrauen vermehren und die Furcht vor Angriffen erneut steigern. Militärische Erwägungen können ferner zur Bedrückung nationaler Minderheiten, die militärisch als nicht zuverlässig angesehen werden, führen, wodurch wiederum politische Spannungen erwachsen. Außerdem reizt der Besitz starker Rüstungen zur Verwendung im offenbar günstigen Augenblick, d. h. er reizt zur Führung von Präventivkriegen, um damit vorhandenen oder geglaubten Gefahren vorzubeugen.

Bei der Verarmung der Welt durch den Krieg, ist die Abrüstung aber auch aus wirtschaftlichen Gründen besonders notwendig. Ein großer Teil der Steuereinnahmen wird beim Wettrüsten für die Wehrmacht-Ausgaben ver-

wandt, wo sie z. T. volkswirtschaftlich nutzlos festgelegt werden (Kriegsmaterial, Rüstungen usw.). Nach Berechnungen von Sir Josia Stamp wird durch diese Ausgaben in den militärstarken Ländern die allgemeine Lebenshaltung um 10 v. H. gedrückt. Das Wirtschaftsleben wird vielfach aus militärischen Rücksichten auch in künstliche Bahnen gelenkt; kostspielige Industrien müssen unterhalten werden, die natürliche Verkehrsentwicklung wird durch militärische Gesichtspunkte beeinträchtigt.

Neben diesen allgemeingültigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten kommt für Europa als zwingender Grund hinzu, daß die europäischen Staaten sowohl untereinander, als auch gegenüber Amerika tief verschuldet sind. Das Wirtschaftsleben kann aber erst wieder gesunden, wenn die Schuldenlast erheblich vermindert ist, und deshalb müssen alle Kräfte angespannt werden, um sie so schnell wie möglich abzutragen. Das erfordert aber zunächst größte Sparsamkeit, Vermeidung aller unnötigen Ausgaben. Können die Militär-Ausgaben der stark gerüsteten Staaten sehr eingeschränkt werden, so wird die Schuldentilgung erheblich beschleunigt werden können. Daher wird man mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß Amerika, der Hauptgläubiger Europas, diesen Gesichtspunkt bei der endgültigen Schuldenregelung Geltung zu verschaffen suchen wird.

2. Historischer Ueberblick

Das Streben nach allgemeiner Abrüstung ist eine Komplementärerscheinung zu dem Rüstungsfieber, das in Europa etwa seit dem Jahre 1860 einsetzt. Solange die Friedensheere verhältnismäßig klein waren und solange sich die Kriege nicht in großem Maße auch gegen die Zivilbevölkerung richteten, wurde der Gedanke der Abrüstung nur von reinen Pazifisten vertreten. Erst die gewaltig anschwellenden Rüstungslasten, besonders seit Beginn des neuen Jahrhunderts, sowie die mit dem Rüstungswettlauf verbundenen politischen Gefahren ließen auch bei verantwortlichen Staatsmännern den Abrüstungsgedanken greifbare Form annehmen. Die ersten praktischen Erörterungen hierüber fanden auf den beiden H a a g e r K o n f e r e n z e n der Jahre 1899 und 1907 statt. Auch die d e u t s c h - e n g l i s c h e n B e s p r e c h u n g e n der Jahre 1910 und 1911 dienten einer Beschränkung der Rüstungen zur See.

Während des Weltkrieges ist vor allem der Präsident der Vereinigten Staaten W i l s o n für den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung als Friedenssicherung eingetreten. Seine Gedanken hierüber sind formuliert in einer Rede, die er drei Monate vor Eintritt Amerikas in den Krieg, am 22. Januar 1917, vor dem Senat hielt, und in seinen berühmten 14 Punkten, deren vierten Punkt sie bilden.

Bei den Friedensberatungen der Alliierten in Paris im Jahre 1919 wurde die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung insbesondere wieder von Wilson, aber auch von Lloyd George und anderen Staatsmännern verfochten. Den Niederschlag der Wilsonschen Bemühungen in dieser Frage bilden die Art. I und VIII der V ö l k e r b u n d s s a t z u n g , die

trotz heftiger Widerstände schließlich allgemein angenommen wurden.

Als erster Schritt der allgemeinen Abrüstung wurde die Entwaffnung der im Weltkrieg Unterlegenen diktiert, denen nur die militärischen Streitkräfte belassen wurden, die für die innere Sicherheit erforderlich waren. Für einen auch nur notdürftigen militärischen Grenzschutz reichen sie nicht aus. Die Präambel zu Teil V des Versailler Vertrages stellt ausdrücklich fest, daß die Abrüstung Deutschlands die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichen soll. Diese Auffassung wird ausdrücklich in der Mantelnote Clemenceaus zum Versailler Vertrag vom 16. Juni 1919 bestätigt.

Trotz dieser feierlichen Versicherungen sind irgendwelche greifbaren Ergebnisse einer allgemeinen Abrüstung auf Grund freiwilliger vertraglicher Verbindungen im Rahmen des Völkerbundes bisher nicht zustandegekommen. Verhandlungen darüber sind allerdings in umfangreicher Weise geführt worden.

3. Abrüstungsverhandlungen

a) Erster Abschnitt 1920 bis 1925.

In diesem Zeitraum sind die Arbeiten des Völkerbundes nicht über Kommissionsbeschlüsse, Kommissionsberichte und Kommissionsempfehlungen hinausgediehen.

Außerhalb des Völkerbundes hat die Washingtoner Konferenz 1921/22 den Ausbau der Schlachtflotten zwischen England, Amerika, Japan, Frankreich und Italien geregelt. Das Gesamtproblem der Abrüstung fruchtbar zu behandeln, blieb hier wie auf der Konferenz von Genua in vergeblichen Versuchen stecken.

Ebensowenig wurde auf der pan-amerikanischen Konferenz in Santiago im Jahre 1923 ein Ergebnis bei den Erwägungen zur Verminderung und Begrenzung der Rüstungen erzielt.

Alle Beratungen ergaben immer wieder, daß die Sicherheitsfrage, d. h. die Sicherheit vor nicht herausgeforderten feindlichen Angriffen, zunächst gelöst werden mußte, bevor die Staaten der Frage einer freiwilligen Abrüstung nähertreten wollten. Der von der Deutschen Regierung (Cuno, später Stresemann) im Jahre 1923 angebotene Garantie-pakt genügte der vor allem unter Frankreichs Führung stehenden Gruppe nicht. Erst das Genfer Protokoll des Jahres 1924 schien alle Bedenken gegen eine Abrüstung zu zerstreuen. Dieses scheiterte aber am Widerspruch Englands. Mit den Locarno-Verträgen hoffte man endlich auch die Sicherheitsfrage in annehmbarer Form gelöst zu haben, deshalb bekannten sich die Unterzeichner von Locarno im Schlußprotokoll ausdrücklich dazu, nunmehr die Abrüstung tatkräftig in Angriff zu nehmen.

b) Gegenwärtiger Stand.

Auf Grund einer EntschlieÙung der 6. Vollversammlung des Völkerbundes vom 23. September 1925 trat im Dezember 1925 die Ständige Militärische Kommission des Völkerbundes unter Vorsitz von Benesch zusammen, um einen Fragebogen auszuarbeiten, der einer demnächst zusammenzuberufenden **Vorbereitenden Kommission** für die **Ab-rüstung** zur Beantwortung vorgelegt werden sollte. Im Dezember 1925 beschloÙ der Völkerbundsrat, unter dem Eindruck des Locarnoabkommens, diese Kommission für das Jahr 1926 einzuberufen. Zur Teilnahme wurden eingeladen, die Mitglieder des Völkerbundsrats sowie eine Reihe von Staaten, deren besondere politische Lage AnlaÙ zur Beteiligung bot, ferner von Nichtmitgliedern des Völkerbundes: die **Vereinigten Staaten**, **Deutschland** und **Rußland**. Die beiden ersteren Staaten haben sich von Anfang an an den Beratungen dieser Kommission beteiligt, während Rußland ablehnte, da es wegen des bekannten Worowski-Zwischenfalls zu keiner Konferenz innerhalb der Schweiz erscheinen könne. Nachdem der Worowski-Zwischenfall beigelegt worden war, hat Rußland seit Dezember 1927 an den Arbeiten der Kommission teilgenommen.

Die Kommission arbeitete an dem oben genannten Fragebogen in den Monaten April und Mai des Jahres 1926. Sie erläuterte die Fragen und gab 2 von ihr eingesetzten Unterkommissionen Richtlinien. An Hand dieser sollten die Unterkommissionen die Fragen vom rein militärischen (Kommission A) und vom wirtschaftlichen Standpunkt (Kommission B) studieren. Die Antwort der Kommission A, die im Sommer und Herbst des Jahres 1926 etwa 5 Monate getagt hat, ist außerordentlich umfangreich und enthält eine Fülle grundsätzlicher Gegensätze. Die Kommission B hat zwar äußerlich ein einheitliches Gutachten abgegeben, in dem aber nur mühsam die inneren schroffen Gegensätze verdeckt sind. Die **Vereinigten Staaten** haben gegen gewichtige Punkte des Gesamt-

gutachtens dieser Kommission Einspruch erhoben. Nachdem die 7. Vollversammlung des Völkerbundes am 24. September 1926 einen Beschluß gefaßt hatte, wonach die Arbeiten der Vorbereitenden Kommission so beschleunigt werden sollten, daß Anfang 1927 das Programm für eine Konferenz zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen festgelegt werden könne, und daß diese Konferenz vor der Bundesversammlung im Herbst 1927 noch einzuberufen sei, trat im März 1927 die Vorbereitende Kommission wieder zusammen, um die Berichte der beiden Unterkommissionen A und B entgegenzunehmen. Die englische Regierung legte hierbei den Entwurf eines Rahmenvertrages über Abrüstung vor, den die Franzosen mit einem Gegenvorschlag beantworteten. Beide Entwürfe wurden zusammen durchberaten. Das Ergebnis der Beratungen ist ein Dokument: „in erster Lesung angenommene Texte einer Abrüstungskonvention“. Wesentliche Kernfragen sind hierin nicht gelöst; die grundsätzlich gegenteiligen Auffassungen stehen sich nach wie vor gegenüber. Fragen, die äußerlich als geregelt erscheinen könnten, tragen heute den Vermerk, daß die endgültige Entscheidung der zweiten Lesung vorbehalten sei. Die Kommission vertagte sich hierauf bis zum November 1927, um den beteiligten Regierungen Gelegenheit zu geben, die Gegensätze zu beseitigen und an Hand des Entwurfes zu Abreden zu gelangen.

Die 8. Völkerbundsversammlung befaßte sich sowohl in Kommissionsverhandlungen wie auch im Plenum verschiedentlich mit der Abrüstungsfrage und faßte schließlich am 26. September 1927 eine Entschließung, die für die weitere Behandlung des Abrüstungsproblems von entscheidender Wichtigkeit war, weil nunmehr die Abrüstungskommission sich in einer Unterkommission auch noch mit der Lösung der Sicherheitsfrage wieder beschäftigen sollte. Vom 30. November bis 4. Dezember 1927 trat die Vorbereitende Abrüstungskommission, diesmal vermehrt durch eine russische Delegation, zu ihrer 4. Tagung zusammen. Die Russen

brachten ein auf vollständige Abrüstung zielendes Radikalprogramm ein, das auf deutschen Vorschlag, gemeinsam mit dem Text des in erster Lesung vorbereiteten Entwurfes für eine Abrüstungskonvention, auf die Tagesordnung der nächsten Tagung der Vorbereitenden Kommission verwiesen wurde. Außer dieser Tat hat die Vorbereitende Kommission während dieser Session nur noch das Komitee für Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit eingesetzt und dessen Arbeitsgebiet festgelegt.

Inzwischen setzten Versuche ein, die Gegensätze in der Kommission durch diplomatische Verhandlungen zu überbrücken, die aber nicht zustande kamen. Auch private und zufällige Unterhaltungen von Staatsmännern über dieses Thema waren noch nicht zu einem irgendwie greifbaren Ergebnis gekommen, als am 15. März 1928 die Kommission zu ihrer 5. Tagung zusammentrat. Infolgedessen kam trotz deutschen Protestes die zweite Lesung nicht zustande, sie wurde vielmehr vertagt, bis der Präsident "sich eine erfolgverheißende Tagung verspreche". Der russische radikale Abrüstungsvorschlag wurde einer eingehenden scharfen Kritik unterzogen und abgelehnt, ein zweiter gemäßigter russischer Vorschlag soll den Regierungen zur Prüfung überwiesen werden, ebenso ein deutscher Vorschlag, der eine offene Darlegung des Rüstungsstandes der verschiedenen Nationen (gemäß Artikel 8 der Satzung) im militärischen Jahrbuch des Völkerbundes fordert. Schließlich wurde noch ein Bericht über die Tagung des Sicherheitskomitees vom 20. Februar bis 3. März 1928 entgegengenommen. Als neues Mitglied trat der Vorbereitenden Kommission die noch außerhalb des Völkerbundes stehende Türkei bei. Die Tagung dauerte vom 15. bis 24. März 1928.

Das Ergebnis der Arbeit der Vorbereitenden Abrüstungskommission ist kläglich. Sie hat sich außerstande gesehen, "die Frage einer Beschränkung der Rüstungen praktisch auch nur einen Schritt vorwärts zu bringen." Es ist nicht einmal gelungen, die Vergleichsmaßstäbe, nach denen abgerüstet werden könnte, grundsätzlich herzustellen.

4. Der Standpunkt der verschiedenen Staaten

a) Deutschland.

Deutschland ist gezwungen worden, ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit in einem Maße abzurüsten, daß sein Heer infolge des Fehlens der modernen technischen Kampfmittel nicht einmal in der Lage ist, das deutsche Staatsgebiet gegen Angriffe selbst mittlerer oder kleinerer Mächte zu verteidigen, die volle Rüstungsfreiheit genießen. Deutschland hat in diese vollkommene Entwaffnung nur eingewilligt, weil ihm ausdrücklich und feierlich versichert wurde, daß seine Abrüstung die Einleitung zu einer allgemeinen Abrüstung sein solle. Diese feierlichen Versicherungen sind in der Präambel zum Teil V des Versailler Vertrages und in der Note Clemenceaus vom 16. Juni 1919 im Namen der Alliierten gegeben worden. Der vierte der 14 Wilsonschen Punkte, auf die der Weltfriede nach feierlichen Versicherungen aufgebaut werden sollte, verlangt Abrüstung, soweit sie mit der inneren Sicherheit eines Landes vereinbar sei. Schließlich legen Artikel 1 und 8 der Völkerbundssatzung allen Mitgliedern des Völkerbundes eine bindende Verpflichtung zur Beschränkung ihrer Rüstung auf. Es ergibt sich hieraus, daß Deutschland einen rechtlichen Anspruch auf eine allgemeine Abrüstung der anderen Nationen hat. Dieser rechtliche Anspruch Deutschlands ist im Laufe der Abrüstungsverhandlungen auch verschiedentlich anerkannt worden, insbesondere hat Paul Boncour, als Bevollmächtigter der Französischen Regierung, dies am 23. September 1926, am 8. April 1927 und am 24. September 1927 festgestellt. Neben dem juristischen besteht auch ein mo-

ralischer Anspruch: durch Abrüstung soll die Kriegsgefahr verringert werden. Diese ist am geringsten, wenn das Risiko eines Krieges außerordentlich groß ist, d. h., wenn die militärischen Kräfte der voraussichtlichen Gegner sich ungefähr das Gleichgewicht halten. Der jetzige Zustand, daß das militärisch ohnmächtige Deutschland von waffenstarrenden Nachbarn umgeben ist, birgt direkt einen Anreiz zu militärischen Abenteuern in sich, da das Risiko, mit militärischen Machtmitteln politische Zwecke zu erreichen, gegenüber dem wehrlosen Deutschland sehr gering ist. Deutschland fordert daher die Gleichmäßigkeit im Rüstungsstand, wirkliche Abrüstung nach deutschem Vorbild, nicht nur eine Beschränkung auf den gegenwärtigen Stand.

Die von anderer Seite vorgebrachte These, zunächst müsse die Sicherheitsfrage in befriedigender Form gelöst sein, bevor die Staaten darauf verzichten könnten, ihre Rüstungen einzuschränken, d. h. also ihre Sicherheit nicht mehr allein auf der eigenen Kraft beruhen zu lassen, kurz das Schlagwort: Abrüstung durch Sicherheit — beantwortet Deutschland mit der Feststellung, daß der Völkerbundspakt in weitestgehendem Maße die Sicherheit der einzelnen Staaten schützt. Wer entgegen der Satzung des Völkerbundes zum Kriege schreitet, muß mit einer gemeinsamen Aktion des Völkerbundes auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet gegen sich rechnen, muß zum mindesten auf die moralische Unterstützung der übrigen Welt für seine Ziele verzichten. Welche ungeheure Macht aber die öffentliche Meinung der Welt während eines Krieges darstellt, hat Deutschland im Weltkriege zu seinem Schaden erfahren. Ueber die Völkerbundssatzung hinaus ist durch die Locarno-Verträge ein neues weitgehendes Sicherheitsmoment geschaffen worden, so daß insbesondere dem französischen Ruf nach Sicherheit eine innere Berechtigung nicht mehr zugesprochen werden kann. Es ist allgemeine Auffassung, besonders im Weltkriege, gewesen, daß Sicherheit und Frieden umsomehr gewahrt bleiben, je geringer die

militärischen Machtmittel und die Rüstungen der Staaten sind. Daher Deutschlands These: Sicherheit durch Abrüstung. Der deutsche Standpunkt, daß der erste Schritt auf dem Gebiete der allgemeinen Abrüstung auf der Grundlage der heutigen Sicherheit zu erfolgen hat, sowie, daß alle weiteren Versuche zur Erhöhung der Sicherheit zwar erwünscht sind, um einen zweiten, dritten usw. Schritt in der Abrüstung zu tun, jedoch keineswegs zur Voraussetzung für den ersten Schritt gemacht werden dürfen, ist von allen Völkerbundsmitgliedern durch die Resolutionen der Vollversammlung von 1926 und 1927 anerkannt worden.

Als geeignete Vergleichsmaßstäbe für die Rüstung der verschiedenen Länder, die einer Abrüstung zugrundegelegt werden könnten, betrachtet Deutschland die für die Mobilmachung vorgesehenen Truppenstärken und das Material. Mathematisch ist die Wehrfähigkeit eines Landes nicht zu erfassen. Dies ist auch nach deutscher Auffassung nicht nötig, wenn nur guter Wille und die wirkliche Absicht vorhanden ist, zu einer Abrüstung zu kommen.

b) Frankreich.

Frankreich mit seiner Gefolgschaft der mittleren und kleineren europäischen Mächte ist praktisch der stärkste Hemmschuh für eine allgemeine Abrüstung, da es vor einer international geregelten Beschränkung der nationalen Rüstungen für sich und seine Anhängerschaft zunächst weitgehende **S i c h e r h e i t s g a r a n t i e n** fordert. Es versteht unter "Sicherheit" eine Verankerung des bestehenden Zustandes für sich und seine Verbündeten, also Verewigung der Friedensverträge von 1920, während berechtigterweise unter "Sicherheit" nur der Schutz vor militärischen Angriffskriegen verstanden werden kann. Besonderen Wert legt es auf die Ausgestaltung des Artikels 16 der Völkerbundssatzung, um die gegenseitige Hilfeleistung im Falle eines Angriffs sicherzustellen, sowie auf den Abschluß regionaler Sicherheitspakete nach dem Muster von Locarno.

Ist die Sicherheitsfrage gelöst, so ist Frankreich grundsätzlich für Abrüstung, aber auch nur grundsätzlich; denn es wünscht seine Reserven und sein vorhandenes Kriegsmaterial einer Beschränkung nicht unterworfen zu wissen, und es macht geltend, auf dem Gebiet der **L a n d r ü s t u n g** bereits gegen den Stand von 1914 erheblich abgerüstet zu haben, insbesondere nach Durchführung der großen Heeresreform. Endlich müssen nach Frankreichs Auffassung bei einem internationalen Abrüstungsabkommen Kontrollinstanzen vorgesehen werden, die die Innehaltung der Verpflichtungen jederzeit nachprüfen können.

In der **F l o t t e n f r a g e** vertritt es den Grundsatz der Gesamttonnage, d. h. innerhalb der in einem Abrüstungsabkommen einem Lande bewilligten Tonnage sollen keinerlei Beschränkungen bestehen, wie diese Tonnage auf die einzelnen Schiffsklassen zu verteilen ist. (Der Gegensatz ist Abrüstung nach Kategorien, wo jeder Staat verpflichtet ist, die ihm bewilligte Gesamttonnage in einer bestimmten Proportion auf die verschiedenen Kriegsschiffsarten zu verteilen.)

Mit seiner **L u f t f l o t t e** hat Frankreich einen gewaltigen Vorsprung vor allen anderen Mächten, der sich bei einem Abrüstungsabkommen natürlich so auswirken wird, daß Frankreich die Vormacht in der Luft bleibt.

Die gleichen Ideen wie Frankreich vertreten

c) Jugoslawien, Belgien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Griechenland.

d) England.

England ist mit einer allgemeinen Abrüstung auf dem Lande im allgemeinen einverstanden und verfehlt nie, darauf hinzuweisen, daß es seine **L a n d s t r e i t k r ä f t e** nach dem Kriege tatsächlich abgerüstet hat, soweit es mit seinen Interessen irgendwie vereinbar sei. Die allgemeine Dienstpflicht ist abgeschafft, das stehende Heer in einer Stärke von 310 000 Mann einschließlich Miliz kann im Hinblick auf das weltum-

spannende Imperium nicht als übertrieben stark bezeichnet werden.

Hinsichtlich der K r i e g s f l o t t e hat sich England mit den anderen großen Seemächten auf der Washingtoner Konferenz 1922 geeinigt. Dieses Abkommen bezieht sich aber nur auf die eigentlichen Schlachtflotten. Eine Einigung auch für die leichten Streitkräfte (Kreuzer, Unterseeboote und Torpedoboote) herbeizuführen, war der Zweck der vom Präsidenten Coolidge im Sommer 1927 außerhalb des Völkerbundes einberufenen Seemächtekonferenz. Diese Einigung konnte aber wegen der sich widersprechenden Interessen Englands und Amerikas nicht erreicht werden, da England erklärte, zum Schutze seiner Kolonien und seiner Handelsflotte seine Ueberlegenheit in schnellen leichten Kreuzern nicht aufgeben zu können. Trotzdem ist England bereit, bei Festsetzung eines ihm genehmen Standards weiter seine Flotte einzuschränken. Es fordert eine Abrüstung nach Kriegsschiffkategorien.

Da seine L u f t f l o t t e der französischen erheblich unterlegen ist, ist es mit einer weitgehenden Gleichmäßigkeit der Luftstreitkräfte einverstanden. Alle Kontrollmaßnahmen lehnt es auf das entschiedenste ab.

e) Italien.

Italiens Forderung bei der Abrüstung läuft auf eine Herabsetzung der Kräfte hinaus, indem Italien ein seiner steigenden Bedeutung entsprechendes Verhältnis etwa gleich Frankreich eingeräumt wird.

f) Die Vereinigten Staaten von Amerika

vertreten folgendes Programm:

1. Abrüstung zu Lande, wenn anders nicht möglich dann auf Grund regionaler Abkommen.
2. Abrüstung zur See durch Ausdehnung der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens auf die in diesem nicht eingeschlossenen Schiffsgattungen.

3. Behandlung bestimmter einzelner Fragen in großzügiger und praktischer Weise, ohne sich in theoretische Haarspalterei zu verlieren.
4. Keine Kontrolle der Durchführung der Abrüstungsbestimmungen.

Ihr Landheer ist ein nicht übermäßig großes Berufsheer und kommt daher für eine Verminderung nicht in Frage. Der Schwerpunkt der amerikanischen Rüstung liegt auf maritimem Gebiete. Nach Scheitern der Coolidge-Konferenz im Sommer 1927 hat es verkündet, daß es durch ein neues Flottenprogramm das Ausmaß der britischen Flotte erreichen will. Wie weit es diesen Gedanken verwirklichen wird, steht dahin.

g) Japan.

Japan begrüßt aus wirtschaftlichen Gründen eine Minderung der Rüstungslast. Es ist sorgsam bedacht, daß eine allgemeine Abrüstung nichts an seiner politischen Machtgeltung mindert. Einer Klarlegung der Rüstungsverhältnisse, der sogenannten publicité, steht es nicht sympathisch gegenüber.

h) China.

China hat die Bereitwilligkeit erklärt, sich einer allgemeinen Abrüstungskonvention anzuschließen, wenn alle Völker das Gleiche täten.

i) Rußland.

Rußland hat die Frage der Abrüstung mit einem positiven Vorschlag auf der Moskauer Konferenz der baltischen Staaten und auf der Konferenz von Genua angeschnitten. Wenn es auch in Genf ein Radikal-Programm entwickelt hat, so verweigert es auch einer schrittweisen Anstrengung dieses Zieles nicht seine Mitarbeit. Rußlands Anwesenheit in der Vorbereitenden Kommission ist von besonderer Bedeutung für seine Nachbarstaaten.

k) Spanien.

Spanien hat seinen Sitz in der Vorbereitenden Kommission seit 1926 nicht mehr eingenommen.

l) Die südamerikanischen Staaten

arbeiten positiv für eine Abrüstung. Je nach ihrer besonderen Lage nehmen sie zu Teilfragen Stellung.

m) Die ehemaligen Neutralen

sind durchweg grundsätzliche Anhänger der Abrüstung.

5. Die Entwaffnung Deutschlands

Die Entwaffnung Deutschlands erstreckt sich nach dem Versailler Vertrag auf a l l e T e i l e seiner militärischen Streitkräfte, auf das Landheer, die Kriegsflotte und die Luftstreitkräfte.

Teil V des Versailler Friedensvertrages verlangt von Deutschland in den Artikeln 159 bis 180:

Die A b r ü s t u n g d e s d e u t s c h e n H e e r e s bis auf 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen in einer Gesamtstärke von nicht mehr als 100 000 Mann einschließlich 4000 Offizieren (er hat dieser so verminderten Streitmacht nur die Aufgabe eines Grenzschatzes zugewiesen); weiter:

Auslieferung der deutschen Waffen, Munitionsvorräte und des Kriegsgeräts über die zugelassenen Mengen hinaus. (Zugestanden sind uns nicht mehr als 84 000 Gewehre, 18 000 Karabiner, 792 schwere, 1134 leichte Maschinengewehre, 63 mittlere, 189 leichte Minenwerfer, 204 7,5 cm-Geschütze und 84 10,5 cm-Haubitzen),

Verbot der Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät,

Verbot der Anfertigung und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät,

Verbot der Herstellung von ersticken-den, giftigen oder ähnlichen Gasen,

Verbot der Herstellung und Einfuhr von Panzerwagen oder Tanks,

Aufhebung aller Militärschulen für Offiziere und Offiziersanwärter, soweit sie nicht notwendig sind für den Ersatz der zugelassenen Einheiten,

Schleifung aller Befestigungen auf deutschem Gebiete westlich einer Linie von 50 Kilometer Abstand östlich des Rheins bei Aufrechterhaltung des Befestigungssystems (nicht der einzelnen Anlagen) im Zustand von 1919 lediglich im Süden und Osten.

Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Das deutsche Heer muß ein Söldnerheer sein. Die Unteroffiziere und Mannschaften müssen auf 12 Jahre, neueintretende Offiziere auf mindestens 25 Jahre Dienstzeit verpflichtet werden, während die bereits vorhandenen Offiziere sich wenigstens bis zum 45. Lebensjahre binden müssen.

Als Flotte wird nach Artikel 181 ff. Deutschland belassen:

6 Panzerschiffe,
6 kleine Kreuzer,
12 Zerstörer und
12 kleine Torpedoboote

nebst Zubehör. Weiter wird bestimmt, daß die Linienschiffe und Kreuzer erst nach 20 Jahren Dienstalder, die Torpedofahrzeuge nach 15 Jahren ersetzt werden dürfen. Die gepanzerten Schiffe dürfen nicht mehr als 10 000 t, die Kreuzer nicht mehr als 6000 t, die Zerstörer nur 800 t und die Torpedoboote nur 200 t im Höchstmaß Wasserverdrängung, also nur einen Bruchteil der Tonnage und Armierung der Kriegsschiffe der anderen Seemächte, haben. Außerdem wird die Kopfzahl der deutschen Marineangehörigen auf 15 000 festgesetzt, die Küstenbefestigung durch Schleifung weitgehend geschwächt.

Alle Schiffe der deutschen Kriegsmarine, die über die obengenannten Zahlen hinausgingen, mußten an England abgeliefert werden und wurden von diesem teilweise an die anderen alliierten Mächte verteilt.

Das zerstörte, abgewrackte, versenkte oder ausgelieferte Kriegsschiffmaterial umfaßt: 26 Großkampfschiffe, 4 Küstenpanzer, 4 Panzerkreuzer, 19 kleine Kreuzer, 21 Schul- und Spezialschiffe, 83 Torpedoboote und 315 U-Boote.

Die Abrüstungsbestimmungen der Artikel 159 bis 202 des Versailler Friedensvertrages wurden rücksichtslos durchgeführt. Tausende von Geschützen und Kanonenrohren, Millionen von Gewehren und Artilleriegeschossen mußten an die Entente-Kommissionen abgeliefert, vernichtet oder zu Schrott verarbeitet werden. Wertvolle Fabrikanlagen, die bis 1918 der Herstellung von Kriegsmaterial gedient hatten, so vor allem Fabrikanlagen bei Krupp, Gruson, Ehrhardt (Rheinmetall) und den Deutschen Werken, mußten zerstört, ja vielfach dem Erdboden gleichgemacht werden, statt daß sie auf Fertigung von Friedensbedarf umgestellt wurden.

Bei der Durchführung dieser Abrüstungsaktion sind zwei Abschnitte zu unterscheiden, einmal die Zeit bis 1923, bis zum Ruhreinbruch, und zum zweiten die Spanne nach dem Ruhreinbruch von März 1924 bis März 1927.

Der erste Zeitraum von 1920—1923 umfaßt die Ablieferung der Waffen nach dem Vertrage von Versailles, der zweite die Ablieferung nach den weiteren Forderungen der Entente in der Entwaffnungsnote vom Juni 1925.

Aus der Aufstellung über die Erfüllung der Abrüstungs-Bestimmungen auf Seite 73—75 ergibt sich, daß die Entwaffnung Deutschlands in der Hauptsache, d. h. ungefähr bis zu 95 % schon 1923 durchgeführt war, so daß die Tätigkeit der Kontrollkommissionen nicht noch drei Jahre hätte dauern müssen, wenn der gute Wille zur schleunigen Beendigung des Kontrollgeschäftes bei der Gegenseite vorhanden gewesen wäre.

6. Kalendarium der wichtigsten Daten in der Abrüstungsfrage

22. Januar 1917.

Wilson fordert in einer Ansprache an den Senat die Abrüstung als dringendste Aufgabe nach dem Kriege.

8. Januar 1918.

Wilson fordert im vierten seiner 14 Punkte, daß die Rüstungen auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt würden.

16. Juni 1919.

Clemenceau teilt in der Mantelnote zum Versailler Vertrag Deutschland mit, daß die deutsche Abrüstung der erste Schritt zur allgemeinen Rüstungsbeschränkung sei.

20. Januar 1920.

Die Artikel 1 und 8 der Völkerbundssatzung bestimmen die allgemeine Rüstungsbeschränkung. Die Bestimmung des Artikel 1 bezieht sich allerdings nur auf neu zum Völkerbund tretende Staaten.

Der Versailler Vertrag besagt im Teil V in der Präambel, daß Deutschlands Abrüstung die Rüstungsbeschränkungen der Anderen ermöglichen soll.

19. Mai 1920.

Gemäß Artikel 9 der Satzung wird der Ständige Rüstungsausschuß des Völkerbundes konstituiert, in dem grundsätzlich jeder Mitgliedsstaat des Rates je einen Vertreter für Heeres-, Flotten- und Luftfragen entsenden kann. Entsprechend werden drei Unterausschüsse für Heeres-, Flotten- und Luftfragen gebildet.

14. Dezember 1920.

Die erste Vollversammlung des Völkerbundes ersucht den Rat:

- a) den Ständigen Rüstungsausschuß aufzufordern, möglichst schnell seine technischen Untersuchungen über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsfrage zu vervollständigen,

- b) einen Ausschuß aus Persönlichkeiten mit entsprechender Kompetenz einzusetzen, der dem Rat in naher Zukunft Vorschläge entsprechend der in Artikel 8 der Satzung vorgesehenen Rüstungseinschränkung einreichen soll,
- c) im Generalsekretariat des Völkerbundes eine Abteilung für Abrüstungsfragen zu schaffen,
- d) den Mechanismus untersuchen zu lassen, nach welchem der in Artikel 8 vorgesehene gegenseitige Austausch von Informationen über den Rüstungsstand vor sich gehen kann.

Die Vollversammlung drückt außerdem den Wunsch aus, daß die Regierungen während der nächsten zwei Jahre die Gesamtsumme ihrer gegenwärtigen Rüstungsausgaben nicht erhöhen. Dieser Wunsch ist allerdings bisher nicht zum Beschluß erhoben worden.

Die Kontrollkommission der Entente nimmt ihre Tätigkeit in Deutschland auf.

25. Februar 1921.

Der Rat setzt entsprechend Punkt b) der Entschliebung der ersten Vollversammlung die Gemischte Abrüstungskommission, „Commission mixte“, ein, die aus 22 Mitgliedern besteht (6 Politiker, 6 Militärs, 4 Wirtschaftler, 6 Mitglieder des Internationalen Arbeitsamtes, und zwar 3 Vertreter der Arbeitnehmer und 3 Vertreter der Arbeitgeber). Die Mitglieder der Kommission gelten nicht als Regierungsvertreter, sondern gehören als Einzelpersönlichkeiten der Kommission an, die Regierungen sind also durch die Beschlüsse der „Commission mixte“ in keiner Weise gebunden.

Juli und September 1921.

1. und 2. Tagung der „Commission mixte“, die dem Studium folgender Fragen dienen:

- a) Waffen- und Munitionshandel,
- b) Investigationsfragen,
- c) Internationale Kontrolle der Rüstungen.

1. Oktober 1921.

Entschliebung der 2. Völkerbunds-Vollversammlung:

- a) Die „Commission mixte“ soll, wenn irgend möglich, dem Rat noch vor Zusammentritt der 3. Vollversammlung einen Plan für die Einschränkung der nationalen Rüstungen in Form eines Vertragsentwurfes vorlegen;
- b) Der Rat soll den Regierungen nochmals die Empfehlung unterbreiten, daß die nationalen Rüstungsbudgets in den nächsten zwei Jahren nicht über ihren gegenwärtigen Stand erhöht werden.

10. Oktober 1921.

Die Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats wird gebildet.

6. Februar 1922.

Die Washingtoner Seeabrüstungskonferenz, die auf Einladung Amerikas die Seerüstungen der fünf Großmächte: Vereinigte Staaten von Amerika, England, Japan, Italien und Frankreich beschränken soll, unterzeichnet das Washingtoner Abkommen, wonach für die eigentlichen Kampfflotten ein festes Kräfteverhältnis festgesetzt wird, das nicht überschritten werden darf. Die leichten Seestreitkräfte werden von diesem Abkommen nicht berührt.

20. Februar 1922.

Lord Esher unterbreitet der „Commission mixte“ einen Vorschlag, die Landrüstungen nach zahlenmäßigen Werten ähnlich dem Washingtoner Seeabrüstungsabkommen einzuschränken.

Juli 1922.

Lord Robert Cecil reicht der „Commission mixte“ den Entwurf eines Abrüstungsvorschlages ein, der darauf beruht, daß eine Rüstungseinschränkung nur möglich sei, wenn sie alle Nationen umfasse und von einem Garantievertrage begleitet sei, der den gegenseitigen Besitzstand garantiert.

27. September 1922.

Entschliebung der 3. Völkerbunds-Vollversammlung:

- a) Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die europäischen Staaten, die schon vor dem Weltkriege bestanden, ihre Rüstungsausgaben auf den Stand des Jahres 1913 herabsetzen;
- b) der Rat wird aufgefordert, möglichst schnell eine allgemeine internationale Konferenz zusammenzuberufen, um das Washingtoner Seeabrüstungsabkommen auch auf die Staaten auszudehnen, die nicht zu den Unterzeichnern des Abkommens gehören;
- c) [Resolution 14 der dritten Vollversammlung].

Die Voraussetzung der Abrüstung ist das Zustandekommen von Abwehr-Bündnissen, die entweder alle Staaten umfassen oder nach regionalen Gesichtspunkten abgeschlossen werden. Einem solchen allumfassenden Bündnis muß sofort die allgemeine Abrüstung folgen;

- d) die „Commission mixte“ wird aufgefordert, der nächsten Vollversammlung einen ins Einzelne gehenden Plan für die allgemeine Abrüstung zu Lande und zur Luft vorzulegen

1922 bis 1923.

Die „Commission mixte“ stellt aus den Vorschlägen des französischen Oberst Réquin und Lord Robert Cecils über gegenseitige

Hilfeleistung einen Vertragsentwurf her, der der 4. Vollversammlung unterbreitet wird.

Dezember 1922.

Panamerikanische Konferenz in Santiago, bei der der Versuch, die vertragliche Regelung einer Rüstungsbeschränkung unter den amerikanischen Staaten zu erreichen, fehlschlägt.

29. September 1923.

Entschliebung der 4. Völkerbunds-Vollversammlung:

- a) Der Rat soll den Paktentwurf der „Commission mixte“ über gegenseitige Hilfeleistung im Kriegsfall den verschiedenen Regierungen der Mitgliedsstaaten zur Stellungnahme unterbreiten;
- b) die Regierungen werden aufgefordert, ihre Rüstungsausgaben nicht über den gegenwärtigen Stand zu erhöhen;
- c) die „Commission mixte“ wird aufgefordert, neben dem Plan eines allgemeinen Abrüstungspaktes auch die Möglichkeit regionaler Abrüstungsverträge zu prüfen.

Februar 1924.

Tagung der Unterkommission für Seeabrüstungsfragen des Ständigen Rüstungsausschusses in Rom. Der Versuch, das Washingtoner Seeabrüstungsabkommen auf die anderen Staaten auszudehnen, mißlingt.

27. September 1924.

Der Rat nimmt einen Entwurf zur Durchführung der Investigationen in den der Investigation unterworfenen Ländern (den ehemaligen Mittelmächten) an. Die Investigationskommissionen werden aus Mitgliedern des Ständigen Rüstungsausschusses gebildet.

2. Oktober 1924.

Auf Vorschlag der 3. Kommission der Völkerbunds-Vollversammlung, deren Empfehlung von Politis (Griechenland) und Benesch (Tschechoslowakei) als Berichterstatter vorgetragen wird, nimmt die 5. Vollversammlung das „Genfer Protokoll“ an, das auf den Entwürfen des Oberst Réquin und Lord Robert Cecil unter besonderer Mitarbeit von Paul Boncour, Politis und Benesch beruht.

Entschliebung der 5. Vollversammlung:

- a) Den Mitglieds-Staaten wird empfohlen, das Genfer Protokoll zu ratifizieren;
- b) dem Rat wird empfohlen, eine internationale Abrüstungskonferenz gemäß Artikel 17 des Protokolls zum 15. Juni 1925 zusammenzuberufen;
- c) dem Rat wird empfohlen, auf die Tagesordnung dieser internationalen Abrüstungskonferenz die Frage von Regionalpakten für Rüstungsbeschränkungen zu setzen.

3. Oktober 1924.

Die „Commission mixte“ wird umorganisiert, da sich zwischen ihr und dem Ständigen Rüstungsausschuß Kompetenzschwierigkeiten ergeben haben. Sie bekommt den Namen *Commission de coordination* und setzt sich aus 26 Mitgliedern zusammen (die zehn Mitglieder des Rates, 6 Mitglieder der wirtschaftlichen Organisationen des Völkerbundes, 6 Mitglieder des Ständigen Rüstungsausschusses (Militärs), 4 Mitglieder des Internationalen Arbeitsamtes (2 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer). Durch diese Zusammensetzung ist erreicht, daß die Mitglieder nicht mehr frei von den Anweisungen ihrer Regierungen handeln können.

Dezember 1924.

Die englische Regierung verweigert die Ratifizierung des Genfer Protokolls, da sie die darin enthaltenen Bindungen für unvereinbar mit den Interessen des britischen Weltreichs hält.

25. September 1925.

Entschließung der 6. Völkerbunds-Vollversammlung:

Da das Genfer Protokoll bisher noch nicht die notwendigen Ratifizierungen erhalten hat, um es sofort in Kraft zu setzen, wird der Rat aufgefordert, eine Kommission einzusetzen, die die nötigen technischen Vorbereitungen treffen soll, damit möglichst bald, wenn die erforderliche Sicherheit vorhanden, eine Abrüstungskonferenz zusammentreten könne.

16. Oktober 1925.

Das Schlußprotokoll von Locarno wird von Deutschland, Belgien, England, Frankreich, Italien, Polen und der Tschechoslowakei unterzeichnet, in dem sich die Vertragspartner verpflichten, die Abrüstungsfragen nunmehr energisch zu fördern.

3. Dezember 1925.

Der Ausschuß des Völkerbundesrates arbeitet einen Fragebogen aus, der der Vorbereitenden Kommission für eine Abrüstungskonferenz zur Beantwortung vorgelegt werden soll (Vorsitz Paul Boncour, Mitglieder u. a. de Brouckère [Belgien], Lord Robert Cecil, Benesch u. a.).

12. Dezember 1925.

Der Völkerbundsrat nimmt den von der Ratskommission vorgeschlagenen Konstituierungsentwurf für die Vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz an, ebenso den Fragebogen.

Am gleichen Tage werden als Mitglieder der Vorbereitenden Abrüstungskommission eingeladen: Die Mitglieder des Rates, von Völkerbundsmitgliedern: Bulgarien, Finnland, Niederlande, Rumänien, Polen, Jugoslawien, endlich von Nichtmitgliedsstaaten: Deutschland, Rußland, die Vereinigten

Staaten von Amerika. Rußland bleibt bei grundsätzlicher Bereitwilligkeit zur Mitarbeit der Kommission fern, weil es sich im diplomatischen Streit mit der Schweiz befindet.

8. März 1926.

Der Völkerbundsrat ersucht diejenigen Staaten, die an der Vorbereitenden Abrüstungskommission teilnehmen, aber im Ständigen Rüstungsausschuß des Völkerbundes nicht vertreten sind, Bevollmächtigte in diesen Ausschuß zu entsenden, für alle Aufgaben, in denen der Ständige Rüstungsausschuß und die Vorbereitende Abrüstungskommission zusammenarbeiten.

18. Mai bis 26. Mai 1926.

Erste Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission unter Vorsitz von Loudon (Holland). Die Kommission soll auf Grund des vorgelegten Fragebogens die Rüstungsfragen studieren und Vorschläge für eine später einzuberufende allgemeine Abrüstungskonferenz ausarbeiten. Der Fragebogen soll als Grundlage für die Abrüstung zunächst die genaue Auslegung der verschiedenen Rüstungsbegriffe geben und Vergleichsmaßstäbe schaffen. Die Tagung war beherrscht vom englisch-französischen Gegensatz. Lord Cecil legte den englischen Standpunkt dahin fest, daß Englands Landrüstungen unabhängig seien von dem Grade der Rüstungen anderer Länder, da sie bedingt seien durch die Garnison- und Polizeiaufgaben in England und in den britischen überseeischen Besitzungen, daß aber der englische Flottenbestand in einem gewissen Verhältnis zu dem anderer Länder stehen könne und daß England daher eine Verständigung über die Abrüstung zur See begrüßen würde. Alle Rüstungsbeschränkungen könnten sich nur auf die wirklichen Bestände des Heeres und die sofort ausführbaren Mobilisierungsmaßnahmen beziehen. Der französische Delegierte Paul Boncour vertrat die These des „*potentiel de guerre*“ und erklärte, daß der Abrüstung die Lösung der Sicherheitsfrage vorangehen müsse. Der amerikanische Vertreter Gibson lehnte eine Herabsetzung des amerikanischen Landheeres ab, da dieses bereits jetzt auf ein Mindestmaß zurückgeführt sei, seine Regierung sei aber bereit, bezüglich der Seerüstungen auf dem durch das Washingtoner Abkommen gewiesenen Wege fortzuschreiten. Er betonte ferner, daß die Abrüstungsfrage vornehmlich regionalen Charakter besäße und deshalb nicht allgemein gelöst werden könne. Diesem Standpunkt schlossen sich die südamerikanischen Staaten an. Für die französische These traten vor allem Italien und Belgien ein. Die Vertreter Finnlands, Polens und Rumäniens wiesen in vorsichtiger Form auf die gefährdete Lage ihrer Länder als Nachbarn Rußlands hin, das die Teilnahme an der Tagung abgelehnt hatte. Der deutsche Vertreter erinnerte an die besondere Stellung Deutschlands zur Abrüstungsfrage durch seine bereits erfolgte Entwaffnung und

an die Versprechungen, die Deutschland durch die Präambel des Teils V des Versailler Vertrages und die Mantelnote Clémenceaus vom 16. Juni 1919 gegeben seien. Die Sicherheitsfrage und Schiedsgerichtsbarkeit seien durch den Völkerbundspakt und die Verträge von Locarno so wesentlich gefördert, daß nunmehr der Zeitpunkt zur Durchführung der allgemeinen Abrüstung gekommen sei. Deutschland dürfe mit Recht erwarten, daß die anderen Nationen nunmehr Deutschland auf dem Wege der Abrüstung folgen würden. Gegenüber der Boncourschen Behauptung, „erst Sicherheit dann Abrüstung“, verwies er auf den Beschluß der 6. Bundesversammlung vom 25. September 1925, wonach die Kommission die Abrüstungsfrage so behandeln müsse, als sei die Sicherheitsfrage bereits gelöst. Deutschland sei gezwungen worden abzurüsten, ohne irgendeine Sicherheit zu erhalten, der Grad der deutschen Abrüstung sei so groß, daß sich die meisten der Anwesenden kaum eine genügende Vorstellung davon machten. So verbiete der Versailler Vertrag Deutschland sogar den Besitz von Abwehrmaßnahmen gegen Flieger und Gas, was de Brouckère — allerdings in anderem Zusammenhange und ohne Beziehung auf Deutschland — als eine zynische Grausamkeit bezeichnet habe.

Da bei der Beratung sich bald herausstellte, daß man zu wirklichen Ergebnissen nicht kommen könne, bevor Sachverständige den Fragebogen durchgearbeitet hätten, wurden zwei Unterkommissionen von Sachverständigen für die im Fragebogen aufgeworfenen militärischen und wirtschaftlichen Fragen eingesetzt.

26. Mai, Juni, August, September 1926.

Tagungen der militärischen Unterkommission (A) der Vorbereitenden Abrüstungskommission. Die Kommission behandelt die einzelnen Fragen des Fragebogens in 86 Sitzungen. Das grundsätzlich wichtige Ergebnis ist etwa folgendes: Man kann in der Mehrzahl der Streitfragen zwei Hauptrichtungen unterscheiden: Die eine, die von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Deutschland, Spanien, Finnland, Schweden, Chile unterstützt wird, vertritt die Auffassung, daß es notwendig ist, jeden der Bestandteile zu beschränken, von denen die militärische Kraft eines Landes zu Beginn des Krieges abhängt: die Truppen unter den Fahnen, die ausgebildeten Reserven, das im Gebrauch befindliche Material sowie das lagernde Material. Diese Elemente sind sofort kriegsbereit und müssen darum beschränkt werden. Die zweite Richtung, vertreten von Argentinien, Belgien, Frankreich, Italien, Japan, Polen, Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei, will die Rüstungs-Herabsetzung nur auf die unter den Fahnen stehenden Truppen erstrecken und sucht die ausgebildeten Reserven und das fertig lagernde Material mit den Faktoren der möglichen Kriegsstärke, darunter die technisch ausgebildeten Zivil-

personen sowie das im Kriege verwendbare Material, wie z. B. die im Lande befindlichen Automobile, das sich selbstverständlich der Erfassung und Einschränkung entzieht, gemeinsam zu behandeln. Die Beschränkung des Kriegsmaterials, die von entscheidender Bedeutung für die Kriegsführung ist, will die an zweiter Stelle genannte Gruppe, der Frankreich angehört, nur bei gleichzeitiger scharfer Kontrolle durchführen, die von einigen Staaten, vor allem den Vereinigten Staaten und Italien, strikte abgelehnt wird. In den Marinefragen widersetzen sich die großen Seemächte Amerika und England einer Aufrechnung der verschiedenen Schiffsgattungen. Sie wollen nur Gleichartiges vergleichen. Sie verlangen die Rüstungsbeschränkung zur See nach Schiffsklassen, die Mehrheit unter Führung Frankreichs dagegen nach der Gesamttonnage mit freier Verfügung über die Einteilung der Tonnage.

Es werden folgende Begriffsbestimmungen aufgestellt: Unter Rüstungsbegrenzung (*limitation des armements*) ist die Festsetzung der Rüstungshöhen zu verstehen, die die verschiedenen Staaten sich verpflichten, nicht zu überschreiten.

Unter Rüstungsbeschränkung (*réduction des armements*) sind die Maßnahmen zu verstehen, die ein Land trifft, um die Rüstungen, welche die festgesetzte Rüstungshöhe überschreiten, auf diese Höhe zurückzuführen.

10. September 1926.

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

In der 3. Kommission (Abrüstungskommission) der Vollversammlung weist Staatssekretär von Schubert auf die Enttäuschung hin, die das bisherige Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission und ihrer Unterausschüsse hervorgerufen hätten und stellt fest, daß Paul Boncour ausdrücklich anerkannt habe, „daß besondere Beschränkungen hinsichtlich der Rüstungen gewissen Staaten nur auferlegt wurden als Vorbedingung für die allgemeinen Rüstungsbeschränkungen, die ihnen folgen müssen.“

In der Vollversammlung setzt sich Frankreich mit größter Entschiedenheit für die Notwendigkeit ein, eine Abrüstungskonferenz spätestens gegen Mitte des Jahres 1927 einzuberufen; man dürfe den günstigen Zeitpunkt, die günstige Stimmung der öffentlichen Meinung nicht verpassen. Demgegenüber weisen England, Italien und Japan darauf hin, daß es erwünscht sei, wenn vor dem Zusammentritt der nächsten Völkerbundsversammlung wenigstens die Vorarbeiten durch die Regierungen geprüft sein würden.

24. September 1926.

Entschliebung der 7. Völkerbunds-Vollversammlung:

Der Rat wird ersucht, die Vorbereitende Abrüstungskommission aufzufordern, ihre Arbeiten so zu beschleunigen, daß eine Konferenz zur Be-

schränkung und Festlegung der Rüstungen auf der Grundlage der jetzt bestehenden allgemeinen und regionalen Sicherheit möglichst (auf impossibilité matérielle) noch vor der 8. Vollversammlung zusammentreten kann.

7. Oktober 1926.

Die militärische Unterkommission A beendet ihre Arbeiten. Sie kommt nicht zu einem einheitlichen Gutachten.

30. November 1926.

Die wirtschaftliche Unterkommission B beendet ihre Arbeiten. Sie kommt zu einem, wenn auch sehr gewundenen, einheitlichen Bericht.

12. Dezember 1926.

Vereinbarung zwischen Deutschland, England, Belgien, Frankreich, Italien und Japan über die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission am 31. Januar 1927.

Damit ist die Vollendung der deutschen Entwaffnung bis auf unwesentliche Restpunkte von den Alliierten Regierungen anerkannt.

21. März bis 26. April 1927.

3. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission unter Vorsitz von Loudon. Das unbefriedigende Ergebnis der Arbeiten der Unterkommissionen veranlaßt die Hauptkommission, sich nicht erst in eine Beratung dieses Ergebnisses einzulassen, sondern durch neue grundsätzliche Vorschläge zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Daher legt der englische Delegierte Lord Cecil einen Gerippevertrag vor, der nur allgemeine Grundsätze enthält. Er sieht die Beschränkungen der Rüstungsstärke auf ein noch näher zu bestimmendes Maß vor, dessen Zahlen auf der Konferenz gefunden werden sollen. Diese Beschränkung soll sich bei der Landmacht auf das stehende Heer und die durch planmäßige Mobilmachung (sofort) bei Kriegsausbruch verwendungsfähigen Reserven erstrecken, die Festsetzung der Stärke der Seerüstung erfolgt entsprechend den Grundsätzen des Washingtoner Abkommens nach Schiffsklassen, die Beschränkungsmaßnahmen für die Luftmacht erstrecken sich lediglich auf die militärischen Luftstreitkräfte.

Der französische Gegenvorschlag Paul Boncours will bei Land-, See- und Luftmacht lediglich die im Frieden aktiven Kräfte einer Beschränkung unterwerfen, entzieht also die ausgebildeten Reserven jeder Beschränkung. In der Flottenfrage soll eine Gesamttonnage, ohne Rücksicht auf einzelne Schiffsklassen für jedes Land festgesetzt werden, bei Festsetzung der Luftmacht soll die Zivil-Luftfahrt in Rechnung gestellt werden.

Eine Ueberbrückung dieser und mancher anderer Gegensätze erweist sich als nicht möglich, da keine der beiden Parteien nachgeben will. Auf

französischer Seite stehen wie stets: Polen, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Griechenland, während England, besonders in den Fragen der Landabrüstung, von Italien und den Vereinigten Staaten unterstützt wird. Für den Abrüstungsgedanken ohne Einschränkung treten Deutschland, Holland und Schweden, mit Vorbehalten einige amerikanische Staaten, ein. Der englische Vertreter sucht vor allem die fernere Luftrüstung Englands sicherzustellen, und die französischen Seerüstungspläne (Kleinschiffs-Tonnage) herabzudrücken. Italien deutet seine Absicht auf eventuelle Rüstungsvermehrung an. Die Unsicherheit der russischen Beteiligung, sowie die italienische Haltung geben den Polen, Tschechen und den Balkanstaaten einen Schein des Rechtes, weitgehende Vorbehalte gegen eine Abrüstung überhaupt zu machen, wobei die französische Gruppe wiederholt auf das Genfer Protokoll von 1924 zurückgreift und jede Abrüstungs-Vereinbarung von der vorher zu erzielenden Sicherheit abhängig macht. Auch die Heranziehung des Wehrbudgets zur Begrenzung der Rüstungen findet keine allgemeine Zustimmung, ebensowenig ein deutscher Antrag, der das Kriegsmaterial der Heere unmittelbar erfassen will. Um ein Scheitern der Kommissions-Beratung zu verhindern, wird ein Konventionsentwurf aus beiden Vorschlägen hergestellt, in dem in den entscheidenden Punkten die verschiedenartigen Auffassungen nebeneinander stehen.

Das Ergebnis der 3. Tagung, „die in erster Lesung angenommenen Texte eines Abrüstungs-Konventions-Entwurfs“, ist außerordentlich mager, da kein wesentlicher Punkt in erster Lesung angenommen wird. Außerdem verpflichtet die erste Lesung keine Regierung für später. Ziffern fehlen völlig.

Also nicht einmal über die Grundsätze, nach denen die Rüstungen der einzelnen Staaten zu bemessen wären, konnte eine Einigung erzielt werden. Immer mehr kommt die Bestrebung zum Ausdruck, daß eine Begrenzung der Rüstungen auf ihren heutigen Stand das vorläufige Ziel der Abrüstungskonferenz sein müsse, und daß es schon einen großen Fortschritt bedeute, wenn die Rüstungen aller Staaten aus dem Gebiete der freien Entscheidung nach nationalen Gesichtspunkten herausgehoben, auf internationale Basis gebracht und unter internationale Garantie gestellt würden. An den Abrüstungsgedanken müsse die Welt sich erst gewöhnen, nach einer angemessenen Frist, etwa nach 5 Jahren, könne man den Beginn der Abrüstung ins Auge fassen.

8. April 1927.

Rede Paul Boncours, daß eine moralische und juristische Verpflichtung zu einer Rüstungsbeschränkung vorliege.

August 1927.

In Genf tritt die von Amerika zusammenberufene Seeabrüstungskonferenz der Unterzeichner des Washingtoner Abkommens zusammen, an der Amerika, England und Japan teilnehmen. Frankreich und Italien haben abgelehnt. Es wird versucht, das Washingtoner Abkommen auf die leichten Seestreitkräfte auszudehnen. England will Amerika nicht die Gleichstellung in Kreuzern zugestehen, da es seine ausgedehnten Seewege schützen müsse, was Amerika nicht nötig habe. An dem Gegensatz in der Kreuzerfrage scheitert die Konferenz. Als Folge legt der amerikanische Marine-Staatssekretär dem Senat ein Kreuzerbauprogramm vor, das die amerikanische Kreuzerflotte auf den Stand der englischen bringen soll, das allerdings vom Senat wesentlich beschränkt wurde.

26. September 1927.

EntschlieÙung V der 8. Völkerbunds-Vollversammlung:

Die Vollversammlung erinnert an ihre EntschlieÙung vom 24. September 1926, der Rat möge Vorsorge treffen, daß die Vorbereitende Abrüstungskommission ihre Arbeiten beschleunigt und die Konferenz zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen nach Vollendung dieser Arbeiten unverzüglich einzuberufen ist.

Sie bittet den Rat, der Vorberatenden Kommission die notwendigen Anweisungen zu geben, einen Unterausschuß zu bilden zur Prüfung der Maßnahmen, die geeignet sind, allen Staaten die Garantien der Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit zu geben, Garantien, die notwendig sind, um das Maß ihrer Rüstungen in einem internationalen Abrüstungs-Vertrage auf die niedrigsten Ziffern festzusetzen.

November 1927.

Brief des Grafen Bernstorff an den Vorsitzenden der Vorbereitenden Abrüstungskommission Loudon über die Tätigkeit der 4. Tagung der Vorbereitenden Kommission.

30. November bis 3. Dezember 1927.

4. Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission, unter Teilnahme von Rußland. An Stelle Lord Cecils ist Lord Cushendon englischer Vertreter, für Brouckère (Holland) wird Politis (Griechenland) Vizepräsident.

Es tritt deutlich die allgemeine Neigung hervor, die Abrüstungsarbeiten hinauszuschieben, da sich die englische und die französische Gruppe in Marinefragen noch nicht geeinigt haben. England wie Frankreich erklärten der Presse gegenüber, sie hätten hinsichtlich der Abrüstung das ihrige bereits getan. Wegen der Kürze der Zeit (am 5. Dezember trat der Rat zusammen) kommt eine zweite Lesung des Konventionsentwurfes nicht zustande (die Einberufung war schon unter dem Gesichtspunkt erfolgt,

eine zweite Lesung jetzt unmöglich zu machen). Es wird ein Komitee eingesetzt für Sicherheitsfragen unter Vorsitz von Benesch. Der russische Vertreter Litwinow bringt einen radikalen Abrüstungsvorschlag ein, der kurz grundsätzlich beraten wird.

Ueber die Frage des Zeitpunktes der nächsten Tagung der Kommission entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Der französische Wunsch, zunächst das Sicherheitskomitee tagen zu lassen, dringt durch, und der deutsche Delegierte, der vorerst lebhaft widerspricht, gibt schließlich seine Zustimmung, nachdem ihm von Paul Boncour und Loudon bestätigt wird, daß die Zusammenberufung einer Abrüstungskonferenz im Jahre 1928 technisch möglich sei, auch wenn die 5. Tagung der Abrüstungskommission erst Mitte März stattfinde.

15. März bis 24. März 1928.

5. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission. Außer Rußland und Amerika ist diesmal von Nicht-Mitgliedstaaten auch die Türkei vertreten. Vorgesehen ist als Beratungsstoff außer Entgegennahme des Berichtes des Sicherheitskomitees die Beratung des russischen Pakt-Entwurfes und die zweite Lesung des Konventions-Entwurfes der Abrüstungskommission. Nach Entgegennahme des Berichtes des Sicherheitskomitees wird in die Beratung des russischen Pakt-Entwurfes eingetreten, der trotz deutscher Unterstützung verworfen wird. Man lehnt ab, ihn jetzt in den Einzelheiten zu erörtern. Lord Cushendun erklärt die russischen Vorschläge für so bedeutungsvoll, daß sie erst von den Regierungen eingehend geprüft werden müßten. Deutschland bringt einen Vorschlag auf Veröffentlichung der Rüstungen im militärischen Jahrbuch des Völkerbundes gemäß Abs. 6 Art. 8 der Satzung ein, der den Regierungen zur Prüfung überwiesen wird. Da die Tagung der Kommission unter dem Zeichen ausgesprochener Unlust zu praktischer Arbeit steht, weil die beteiligten Mächte die grundlegenden Gegensätze in der Abrüstungsfrage noch immer nicht überbrückt haben, wird der deutsche Vorschlag, die zweite Lesung des Konventions-Entwurfes vorzunehmen, abgelehnt. Darauf kündigt der deutsche Delegierte einen Appell an die Bundesversammlung an, damit diese, wenn bis dahin kein Fortschritt erzielt sei, die Kommission veranlasse, zu Ergebnissen zu kommen.

22. März 1928.

Die Russen bringen einen neuen Vorschlag für die schrittweise Abrüstung heraus, der von folgenden Gedanken ausgeht: für die Abrüstung zu Lande werden die Staaten in vier Gruppen, je nach der Stärke der augenblicklich unter den Fahnen stehenden Heere eingeteilt. Bei den Seestreitkräften werden die Gruppen nach der Gesamttonnage

sinngemäß eingeteilt, ebenso die Luftstreitkräfte. Der chemisch-bakteriologische Krieg wird verboten. Eine Erörterung des Vorschlages wird abgelehnt, weil er zu spät eingebracht sei.

Den Abschluß bildet ein gegen die deutschen und russischen Stimmen angenommener Antrag, den russischen Radikalvorschlag zu verwerfen, den deutschen Antrag auf Veröffentlichung des Rüstungsstandes und den gemäßigten russischen Vorschlag für schrittweise Abrüstung dem Studium der Regierungen zu empfehlen und ihre Prüfung auf der nächsten Tagung vorzunehmen. Die Wiedereinberufung der Kommission zur Vornahme der zweiten Lesung des Konventions-Entwurfes wird dem Präsidenten überlassen, der die Kommission einberufen soll, „sobald er sich eine fruchtbringende Tagung verspricht, jedoch wenn möglich vor der nächsten Bundesversammlung“.

13. April 1928.

Ueberreichung des amerikanischen Kriegsächtungs-Paktentwurfes.

21. April 1928.

Ueberreichung des französischen Gegenentwurfes zu einem Kriegsächtungspakt.

27. April 1928.

Antwort der deutschen Regierung auf den amerikanischen Paktentwurf.

23. Juni 1928.

Ueberreichung des zweiten amerikanischen Kriegsächtungspaktentwurfes nebst Begleitnote.

11. Juli 1928.

Die deutsche Regierung nimmt den amerikanischen Vorschlag vorbehaltlos an.

15. Juli 1928.

Die französische Regierung erklärt sich bereit, den Kelloggspakt in seiner jetzigen Form zu unterzeichnen.

18. Juli 1928.

Die englische Regierung nimmt den Kelloggspakt an.

Dokumente zur Abrüstungsfrage und zu deren Entwicklung

Nr. 1.

Ansprache Wilsons an den Senat vom 22. Januar 1917:

.... Es kann nicht schwer sein, die Freiheit der Meere zu bestimmen und zu sichern, wenn alle Regierungen der Welt ehrlich darüber zu einer Verständigung kommen wollen.

Das ist ein Problem, das eng verknüpft ist mit der Begrenzung der Rüstungen zur See und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um das Meer frei und sicher zu halten. Die Frage nach der Begrenzung der Seerüstungen führt zu der größeren und vielleicht schwierigeren Frage der Begrenzung der Heere und der militärischen Rüstungsprogramme. Schwierig und heikel, wie diese Fragen sind, müssen sie mit der äußersten Aufrichtigkeit betrachtet und im Geiste wirklicher Verständigung gelöst werden, wenn der Friede auf seinen Fittichen das Heil bringen und sich dauernd niederlassen soll. Der Friede ist ohne Zugeständnisse und Opfer nicht zu haben. Das Gefühl der Sicherheit und Gleichheit zwischen den Nationen kann nicht währen, wenn große, übergewichtige Rüstungen hüben und drüben begründet und unterhalten werden. Die Staatsmänner der Welt müssen den Frieden planen und die Nationen ihre Politik danach einrichten, wie sie bisher den Krieg planten und sich zu erbarmungslosem Kampf und Wettstreit rüsteten. Die Frage der Rüstungen zu Lande und zu Wasser ist die am unmittelbarsten und dringendsten praktische Frage für das künftige Schicksal der Nationen und der Menschheit.

Nr. 2.

Ansprache Wilsons an den Kongreß vom 8. Januar 1918.

(Die sogenannten 14 Punkte.)

.... IV. Austausch angemessener Bürgschaften dafür, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Nr. 3.

Präambel der Völkerbundssatzung.

In der Erwägung, daß es zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist,

bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten;

....

die Vorschriften des internationalen Rechtes, die fürderhin als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind, genau zu beobachten,

....

nehmen die Hohen vertragschließenden Teile die gegenwärtige Satzung, die den Völkerbund errichtet, an.

Nr. 4.

Artikel 1, Absatz 2 der Völkerbundssatzung.

....

Alle Staaten, können Bundesmitglieder werden, vorausgesetzt, daß sie die hinsichtlich ihrer Streitkräfte und Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft vom Bunde festgesetzte Ordnung annehmen.

....

Nr. 5.

Artikel 8 der Völkerbundssatzung:

„Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung.

Mindestens alle zehn Jahre sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.

....

....

Die Bundesmitglieder verpflichten sich, in der offensten und erschöpfendsten Weise alle Auskünfte über den Stand ihrer Rüstungen, über ihr Heeres-, Flotten- und Luftschiffahrtsprogramm sowie über die Lage ihrer zu Kriegszwecken verwendbaren Industrien auszutauschen.“

Nr. 6.

Präambel zu Teil V des Versailler Vertrages:

„Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet

sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftschiffahrt genau innezuhalten.“

Nr. 7.

Mantelnote zum Versailler Vertrag und Antwort auf die Gegenvorschläge der Deutschen Regierung.

(Clemenceau-Note vom 16. Juni 1919),

die „au nom des alliés“ abgegeben wurde:

„Die deutsche Abrüstung stellt gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen dar, die die alliierten und assoziierten Mächte als eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung herbeizuführen wünschen; diese Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen, die herbeizuführen eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes ist“, und ferner „nachdem Deutschland den Weg gezeigt haben wird, werden die alliierten und assoziierten Mächte in voller Sicherheit den gleichen Weg gehen.“

Nr. 8.

Das Washingtoner Abkommen vom 6. Februar 1922.

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan über die Seeabrüstung.

Kapitel 1.

Allgemeine Maßnahmen für die Seeabrüstung.

Artikel 1. Die Vertragsmächte kommen überein, ihre Seestreitkräfte zu begrenzen, wie es in diesem Vertrage vorgesehen wird.

Artikel 2. Die Vertragsmächte behalten die Großkampfschiffe, die in Kapitel 2, Teil 1, aufgeführt sind. Bei Inkrafttreten des Vertrages, aber gemäß den nachstehenden Verordnungen dieses Artikels, soll über alle anderen Großkampfschiffe, fertige oder in Bau befindliche, der Vereinigten Staaten, England und Japans disponiert werden, wie in Kapitel 2, Teil 2, vorgeschrieben ist. Die Vereinigten Staaten dürfen zwei Schiffe der West-Virginia-Klasse, die jetzt in Bau befindlich sind, fertigstellen und behalten. Nach Fertigstellung dieser beiden Schiffe soll über North Dakota und Delavare verfügt werden, wie in Kap. 2, Teil 2, vorgeschrieben ist. Großbritannien darf nach Kap. 2, Teil 3, zwei neue Großkampfschiffe bauen, die nicht über 35 000 t betragen. Bei Fertigstellung dieser beiden Schiffe soll über den Thunderer, King George V, Ajax und Centurion nach den Vorschriften in Kapitel 2, Teil 2, verfügt werden.

Artikel 3. Die Vertragsmächte werden ihr Großkampfschiff-Bauprogramm aufgeben und keine neuen Großkampfschiffe bauen oder beschaffen, mit Ausnahme von Ersatztonnage.

Artikel 4. Die gesamte Großkampfschiff-Ersatztonnage soll nicht überschreiten bei den Vereinigten Staaten 525 000 t, bei Großbritannien 525 000 t, bei Frankreich 175 000 t, Italien 175 000 t, Japan 415 000 t.

Artikel 5. Kein Großkampfschiff über 35 000 t darf von einer Vertragsmacht angeschafft noch gebaut werden.

Artikel 6. Kein Großkampfschiff darf mit einem Geschütz versehen sein, dessen Kaliber 16 Zoll (40,6 cm) überschreitet.

Artikel 7. Die Gesamttonnage für Flugzeugmutterschiffe darf nicht überschreiten für die Vereinigten Staaten 135 000 t, Großbritannien 135 000 t, Frankreich 60 000 t, Japan 81 000 t, Italien 60 000 t.

Artikel 8, 9 und 10 enthalten weitere Bestimmungen über Flugzeugmutterschiffe.

Artikel 11. Kein Kriegsschiff über 10 000 t, es sei denn ein Großkampfschiff oder Flugzeugmutterschiff, darf erworben oder gebaut werden. Schiffe, die nicht speziell als Kampfschiffe gebaut sind und die nicht in Friedenszeiten der Staatskontrolle für Kriegszwecke unterstehen, und solche, die als Truppentransportschiffe oder zu irgendeinem anderen Kriegszwecke benutzt werden, aber nicht als Kampfschiffe, fallen nicht unter diesen Artikel.

Artikel 13. Kein Schiff, welches durch den Vertrag ausrangiert ist, darf in ein Kriegsschiff zurückverwandelt werden.

Artikel 14. Es dürfen keine Vorkehrungen getroffen werden, auf Handelsschiffen in Friedenszeiten Einrichtungen für Kriegszwecke anzubringen, in der Absicht, solche Schiffe in Kriegsschiffe zu verwandeln, es sei denn für Kanonen, die nicht 6 Zoll (15,2 cm) überschreiten.

Artikel 15. Kein Kriegsschiff, das von den Vertragsmächten für eine Nichtvertragsmacht gebaut wird, darf die Grenzen der Tonnage und Bestückung überschreiten, wie sie im gegenwärtigen Verträge vorgeschrieben sind. Indessen soll die Tonnage für Flugzeugmutterschiffe, die für eine Nichtvertragsmacht gebaut wird, in keinem Falle 27 000 t (27 432 metric t) überschreiten.

Artikel 16 enthält die Bestimmung, daß bei Schiffsbauten für eine Nichtvertragsmacht, die von einer Vertragsmacht gemacht werden, diese Macht alle anderen Vertragsmächte genau informieren soll über alle Daten.

Artikel 17. Falls sich eine Vertragsmacht im Kriege befindet, soll dieselbe kein Schiff als Kriegsschiff benutzen, welches in ihrem Bereiche sich im Bau für irgendeine andere Macht befindet oder für irgendeine andere Macht bereits fertiggestellt worden ist und noch nicht abgeliefert wurde.

Artikel 18. Keine der Vertragsmächte darf durch Geschenk, Kauf oder irgendein anderes Mittel irgendein Kriegsschiff in einer Weise übereignen, daß ein solches Schiff Kriegsschiff in der Flotte einer fremden Macht wird.

Artikel 19. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan kommen überein, daß der status quo zur Zeit der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages in bezug auf die Befestigungen und Flottenstützpunkte aufrecht erhalten werden soll in ihren Territorien und den Besitzungen, welche des näheren spezifiziert werden. Die Aufrechterhaltung des status quo bedingt, daß keine neuen Befestigungen oder Flottenstützpunkte errichtet werden, daß keine Maßnahmen getroffen werden, die bestehenden Vorteile zu erweitern, und daß keine Verstärkungen gemacht werden in der Küstenverteidigung der Territorien und Besitzungen, die oben genannt worden sind. Ausgenommen davon sind solche Ersatzmaßnahmen, wie sie bei See- und militärischen Einrichtungen in Friedenszeiten gebräuchlich sind.

Artikel 20. Die Vorschriften über Tonnage, wie sie in Kap. 2, Teil 4, getroffen worden sind, sollen Anwendung finden auf die Schiffe aller Vertragsmächte.

Kapitel 2

enthält Vorschriften, die sich auf die Ausführung des Vertrages beziehen, und eine Festsetzung von Regeln.

Teil 1 enthält eine Aufstellung der Schiffe, die von jeder Vertragsmacht behalten werden dürfen.

Teil 2 enthält Regeln für die Zerstörung von Kriegsschiffen.

Teil 3 enthält die Bestimmung, daß der Ersatz der Großkampfschiffe und Flugzeugmutterschiffe erfolgen soll nach den in Abschnitt 1 und den Tabellen in Abschnitt 2 dieses Teils aufgestellten Regeln.

Es folgen Abschnitt 1 und Abschnitt 2: Jede der Vertragsmächte muß sofort den anderen die folgende Information zukommen lassen: 1. Der Name des zu ersetzenden Schiffes, 2. das Datum der behördlichen Autorisierung für den Ersatz, 3. das Datum der Kiellegung, 4. nähere Angaben über die hauptsächlichsten Dimensionen, Länge in der Wasserlinie usw. 5. Datum der Fertigstellung jedes neuen Schiffes, seiner Tonnage und der hauptsächlichsten Maße.

Teil 4: Definition für ein Großkampfschiff, welches gekennzeichnet wird als ein Kriegsschiff, dessen Displacement über 10000 t beträgt oder welches mit Geschützen bestückt ist, deren Kaliber 8 Zoll überschreiten. Ein Flugzeugmutterschiff ist definiert als ein Kriegsschiff mit einem De-

placement über 10 000 t, bestimmt für den speziellen und exklusiven Zweck, Flugzeuge zu transportieren. Es muß so konstruiert sein, daß Flugzeuge darauf starten und landen können und daß es keine stärkere Bestückung besitzen kann als die, die unter Artikel 9 und 10 gestattet ist. Es folgen nähere Bestimmungen über das Standard-Displacement.

Kapitel 3

enthält verschiedene Maßnahmen.

Artikel 21. Wenn während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages die Erfordernisse der nationalen Sicherheit einer Vertragsmacht im Hinblick auf die Verteidigungen zur See durch irgendeinen Wechsel in den Umständen materiell betroffen ist, werden die Vertragsmächte auf Wunsch einer solchen Macht zu einer Konferenz zusammentreten, um die Maßnahmen des Vertrages zu überprüfen und durch gegenseitige Uebereinstimmung sie zu verbessern. Angesichts des möglichen technischen und wissenschaftlichen Fortschritts werden die Vereinigten Staaten für eine Konferenz aller Vertragsmächte Vorkehrungen treffen, welche sich sobald als möglich, nachdem 8 Jahre seit Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages vergangen sind, darüber schlüssig werden sollen, welche Änderungen möglich sind, falls ein solcher Fortschritt sie nötig machen.

Artikel 22. Wenn irgendeine Vertragsmacht in einen Krieg verwickelt werden sollte, der ihrer Meinung nach die Seeverteidigung in ihrer nationalen Sicherheit berührt, so kann diese Macht nach Notifizierung der anderen Vertragsmächte für die Zeit der Feindseligkeiten ihre Verpflichtungen aus dem gegenwärtigen Vertrage suspendieren, vorausgesetzt, daß diese Macht den anderen Vertragsmächten notifiziert, daß eine dringende Notwendigkeit vorliegt, um eine solche Suspension zu verlangen. Die anderen Vertragsmächte werden in einem solchen Falle beraten, was für zeitweilige Abänderungen getroffen werden können. Wenn eine solche Beratung zu keiner Uebereinkunft führen sollte, kann jede der Vertragsmächte, nach Benachrichtigung der anderen, für die Zeit der Feindseligkeiten ihre Verpflichtungen aus dem Vertrage suspendieren, außer denen der Artikel 13 und 17.

Artikel 23. Der gegenwärtige Vertrag soll in Kraft bleiben bis zum 31. Dezember 1936 und im Falle, daß keine der Vertragsmächte zwei Jahre vorher ihre Absicht geäußert hat, den Vertrag zu kündigen, soll er in Kraft bleiben bis nach Ablauf zweier Jahre von dem Datum, an dem eine der Vertragsmächte ihn gekündigt hat. Eine solche Nachricht muß schriftlich der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt werden, welche sie sofort in beglaubigter Kopie den anderen Mächten übermittelt mit Angabe des Empfangsdatums. Sollte die Regierung der Vereinigten Staaten den Vertrag kündigen, so muß diese Tatsache den diplomatischen Vertretern in Washington gegeben werden und sie tritt in Kraft an dem Tage, an dem die Mitteilung den besagten diplomatischen Vertretern zugegangen ist. Ein Jahr nach dem Tage, an dem die Notifizierung der Kündigung durch irgendeine Macht stattgefunden hat, werden alle Vertragsmächte zu einer Konferenz zusammenkommen.

Artikel 24. Der Vertrag soll ratifiziert werden und soll in Kraft treten an dem Tage, an dem alle Ratifikationsurkunden deponiert werden, was in Washington sobald als möglich geschehen soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird den anderen Vertragsmächten eine notarielle Kopie über den Vorgang der Deponierung der Ratifikationsurkunden übermitteln. Der Vertrag wird in den Archiven der Regierung der Vereinigten Staaten deponiert werden und notarielle Kopien werden durch diese Regierung den anderen Mächten übermittelt werden.

Gegeben in Washington am 6. Februar 1922.

Vertrag zwischen denselben Mächten bezüglich des Gebrauchs von Unterseebooten und schädlichen Gasen im Kriege.

Artikel I. Die Signatarmächte erklären, daß unter den Vorschriften, die von den zivilisierten Völkern für den Schutz des Lebens den Menschen und Nichtkämpfern zur See in Kriegszeit angenommen sind, die folgenden als fester Bestandteil des internationalen Rechts angesehen werden müssen:

1. Ein Handelsschiff muß einer Untersuchung unterworfen werden, um seinen Charakter festzustellen, bevor es genommen werden kann. Es kann nur angegriffen werden, wenn es die Untersuchung ablehnt, nachdem es gewarnt ist. Es darf zerstört werden nur, nachdem Bedienung und Passagiere zuvor in Sicherheit gebracht sind.

2. Kriegführende U-Boote sind nicht unter allen Umständen von den allgemeinen Vorschriften befreit. Wenn ein U-Boot nicht ein Handelsschiff konform mit diesen Vorschriften nehmen kann, so verlangt das Völkerrecht, daß es von einem Angriff und Wegnahme Abstand nimmt und dem Handelsschiff erlaubt, unbelästigt weiterzufahren.

Artikel II. Die Signatarmächte laden alle anderen zivilisierten Mächte ein, ihre Zustimmung zu dieser Feststellung Ausdruck zu geben, so daß hierin eine klare öffentliche Meinung in der ganzen Welt bestehe.

Artikel III. In dem Wunsche, die Vorschriften des bestehenden Gesetzes zu befestigen, erklären die Signatarmächte, daß jede Person im Dienste irgend einer Macht, die irgend eine dieser Vorschriften verletzt, gleichgültig, ob eine solche Person unter Befehl einer Regierung steht, betrachtet werden soll, als wenn sie das Kriegerrecht verletzt hätte und zur Verantwortung gezogen werde, als ob sie Seeraub begangen hätte und vor die Gerichtsbarkeit der zivilen oder militärischen Behörden derjenigen Macht gebracht werden soll, in deren Gebietshoheit sie gefunden wird.

Artikel IV. Die Signatarmächte erkennen die praktische Unmöglichkeit an, U-Boote als Handelszerstörer zu benutzen, ohne die Vorschriften des universell durch die zivilisierten Nationen angenommenen Gesetzes über den Schutz von Leben der neutralen Nichtkämpfer zu verletzen, wie sie verletzt worden sind im Kriege 1914—1918. Um das Verbot, U-Boote als Handelszerstörer zu benutzen, universell als ein Teil des Völkerrechts aufzustellen, nehmen die Signatarmächte von nun an dieses Verbot als bindendes Recht zwischen sich an und laden alle anderen Nationen ein, diesem beizutreten.

Artikel V handelt von dem Gebrauch von betäubenden giftigen oder anderen Gasen im Kriege und ähnlichen Flüssigkeiten und Material, welcher schon durch die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt verurteilt worden ist, und dessen Verbot bereits in Verträgen, denen die Mehrzahl der zivilisierten Mächte zugestimmt hat, erklärt worden ist. In der Absicht, daß dieses Verbot universell als ein Teil des internationalen Rechts angenommen wird, erklären die Signatarmächte ihre Zustimmung zu einem solchen Verbot und kommen überein, daß es unter ihnen als bindend betrachtet werde und laden alle anderen zivilisierten Mächte ein, diesem beizutreten.

Artikel VI enthält Bestimmungen über die Ratifizierung dieses Vertrages.

Artikel VII enthält Bestimmungen über die Mitteilung des Vertrages an die Mächte, die nicht unterzeichnet haben.

Nr. 9.

Abrüstungsvorschlag Lord Robert Cecils vom Juli 1922. (Gleichzeitig Entschleßung 14 der 3. Völkerbunds-Vollversammlung 1922.)

1. Kein Plan für die Herabsetzung der Rüstungen kann wirklichen Erfolg haben, wenn er nicht **a l l g e m e i n** ist.

2. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Welt könnten die meisten Regierungen die Verantwortung für die ernsthafte Herabsetzung der Rüstungen nicht übernehmen, sofern sie nicht zum Ausgleich eine hinlängliche Gewähr für die Sicherheit ihres Landes erhalten.

3. Eine solche Gewähr kann durch ein **a l l g e m e i n e s D e f e n s i v a b k o m m e n** aller beteiligten Länder geleistet werden, das diese verpflichten müsse, tatsächlich sofort und einem vorher festgesetzten Plane entsprechend einander Hilfe zu bringen in dem Falle, daß eines von ihnen angegriffen werden sollte. In dem Falle, wo ein Land aus historischen, geographischen oder anderen Gründen ganz besonders der Gefahr eines Angriffs ausgesetzt ist, sollen **i n d e s s e n b e s o n d e r e M a ß n a h m e n** zu seinem Schutze in Ausführung des vorher festgesetzten Planes getroffen werden.

4. Es versteht sich, daß die Gesamtheit der vorhergehenden Resolutionen von einer Herabsetzung der Rüstungen von der vorhin festgestellten Grundlage ausgeht und voraussetzt, daß ein wirksames Organ zur Feststellung der Durchführung und Aufrechterhaltung einer solchen Abrüstung geschaffen wird.

Nr. 10.

Deutsche Angebote für einen Garantiepakt.

Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Cuno vor der
Hamburger Kaufmannschaft am 31. Dezember 1922.

.... In Frankreich wird die Notwendigkeit der Besetzung des Rhein-
gebiets auch mit der Besorgnis vor kriegerischen Absichten Deutschlands
begründet. Diese Besorgnis ist irrig.

Um den Beweis hierfür zu liefern, haben wir die französische Regierung
durch Vermittlung einer dritten Macht wissen lassen, daß Deutschland
bereit ist, gemeinsam mit Frankreich und den anderen am Rhein inter-
essierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein
nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter, also ein Mehrfaches
der im Vertrag von Versailles vorgesehenen Besetzungsfrist, feierlich

zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegeneinander keinen Krieg zu führen. Eine solche Verpflichtung würde alle beteiligten Völker statt auf Krieg auf Frieden einstellen und die denkbar sicherste Friedensgarantie bieten.

Zu meinem Bedauern muß ich mitteilen, daß Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt hat.

Auszug aus der Note der deutschen Regierung an die Vereinigten Staaten, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan vom 2. Mai 1923.

Die deutsche Regierung unterbreitet den Regierungen der oben genannten Staaten ein umfangreiches Reparationsprogramm und fügt hinzu:

Im gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die deutsche Regierung, wie sie auch mit ihrer Anregung zum Abschluß eines Rheinpaktes bekunden wollte, zu jeder friedensichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Insbesondere ist sie zu einer Vereinbarung bereit, die Deutschland und Frankreich verpflichtet, alle zwischen ihnen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, in einem friedlichen internationalen Verfahren zu behandeln, und zwar Streitigkeiten rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, alle übrigen Streitigkeiten in einem Vergleichsverfahren nach dem Muster der Bryanschen Verträge.

Die deutsche Regierung schlägt vor, auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der Status quo ante wiederherzustellen ist. Dazu gehört, daß die über den Versailler Vertrag hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinlanden vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Ämter und Wohnstätten zurückgegeben werden.

Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann in Stuttgart am 2. September 1923.

.... Wenn es sich darum handelt, daß die am Rhein interessierten Großmächte sich vereinigen sollen, um die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten, um der Gefahr entgegenzuwirken,

die erneute Zusammenstöße, insbesondere ein erneutes Verbluten der Volkskraft bringt. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung einer solchen Friedensidee die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Zerstückelung Deutschlands, der Versuch der Abtrennung deutscher Gebiete oder der Versuch einer wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzbezirke würde dem Geiste eines solchen Abschlusses dauernd entgegenwirken.

Nr. 11.

Das sogenannte „Genfer Protokoll“ vom 2. Oktober 1924. „Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Konflikte.“

Von dem festen Willen beseelt, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten, deren Dasein, Unabhängigkeit oder Gebiet bedroht werden könnten:

die Solidarität anerkennend, welche die Glieder der internationalen Gemeinschaft eint;
feststellend, daß der Angriffskrieg ein Bruch dieser Solidarität und ein internationales Verbrechen ist;

von dem Wunsche erfüllt, die vollständige Anwendung des Systems zu erleichtern, das in der Völkerbundssatzung für die friedliche Regelung der Streitigkeiten zwischen Staaten vorgesehen ist *)
und die Unterdrückung der internationalen Verbrechen sichern;

und um, wie es in Artikel 8 der Satzung in Aussicht genommen ist, die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß zu verwirklichen, das mit der nationalen Sicherheit und der Ausführung der durch eine gemeinsame Aktion auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist —

sind die gehörig ermächtigten Unterzeichneten über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1.

Die Signatarstaaten verpflichten sich, alle in ihrer Macht stehenden Anstrengungen zu machen, um in die Satzung Verbesserungen einzuführen, die dem Sinn der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen entsprechen.

Sie kommen überein, daß diese Bestimmungen mit dem Inkraftsetzen des gegenwärtigen Protokolls für ihre gegenseitigen Beziehungen verbindlich werden, und daß die Versammlung und der Rat des Völkerbundes ihnen gegenüber von diesem Zeitpunkte an berechtigt sind, alle Rechte und Pflichten auszuüben, die ihnen durch dieses Protokoll übertragen sind.

Artikel 2.

Die Signatarstaaten kommen überein, daß sie in keinem Falle zum Kriege schreiten dürfen, weder untereinander noch gegen irgendeinen Staat, der eintretendenfalls alle nachstehenden Verpflichtungen annehmen würde, ausgenommen den Fall des Widerstandes gegen Angriffsakte, oder wenn sie, gemäß den Bestimmungen der Satzung und des gegenwärtigen Protokolls, in Uebereinstimmung mit dem Rat oder der Versammlung des Völkerbundes handeln.

*) Vgl. Völkerbundssatzung Artikel 12—17.

Artikel 3.

Die Signatarstaaten verpflichten sich, die Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in den Fällen, die in Absatz 2 des Artikels 36 des Statuts dieses Gerichtshofes vorgesehen sind, als verbindlich anzuerkennen, und zwar von Rechts wegen und ohne besonderes Abkommen, aber ohne Beeinträchtigung des Rechtes irgendeines Staates, beim Beitritt zu dem in jenem Artikel vorgesehenen Sonderprotokoll vom 16. Dezember 1920 die mit der erwähnten Klausel verträglichen Vorbehalte zu machen.

Der Beitritt zu diesem Sonderprotokoll vom 16. Dezember 1920 muß innerhalb des Monats vollzogen sein, welcher der Inkraftsetzung des gegenwärtigen Protokolls folgt.

Die Staaten, welche dem gegenwärtigen Protokoll nach seiner Inkraftsetzung beitreten, müssen die vorstehende Verpflichtung in dem Monat nach ihrem Beitritt erfüllen.

Artikel 4.

Zu dem Zwecke, die Bestimmungen der Absätze 4, 5, 6 und 7 des Artikels 15 der Satzung zu vervollständigen, kommen die Signatarstaaten überein, sich an das folgende Verfahren zu halten:

1. Wenn der Rat die ihm unterbreitete Streitigkeit nicht so regeln konnte, wie es in Absatz 3 des erwähnten Artikel 15 vorgesehen ist, wird er die Parteien anhalten, die Streitigkeit einer gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Regelung zu unterwerfen.

2. a) Wenn die Parteien dies ablehnen, wird auf das Verlangen von wenigstens einer der Parteien zu der Bildung eines Schiedsausschusses (comité d'arbitres) geschritten. Der Ausschuß wird so weit als möglich durch Einigung der Parteien gebildet.

b) Wenn sich die Parteien in der von dem Rat festgesetzten Frist nicht vollständig oder teilweise über die Zahl, die Namen und die Befugnisse der Schiedsrichter sowie auch über das Verfahren verständigt haben, wird der Rat die in der Schwebe gebliebenen Punkte regeln. Er wird schleunigst — indem er die Parteien zu Rate zieht — die Schiedsrichter und ihren Vorsitzenden unter den Personen wählen, die durch ihre Nationalität, ihren Charakter und ihre Erfahrung die höchste Gewähr hinsichtlich der Eignung und Unparteilichkeit zu geben scheinen.

c) Nachdem die Anträge der Parteien aufgesetzt sind, wird der Schiedsausschuß auf das Verlangen jeder Partei und durch die Vermittlung des Rates über die bestrittenen Rechtspunkte das Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes anfordern, der in diesem Falle schleunigst zusammentreten wird.

3. Wenn keine der Parteien den Schiedsspruch verlangt, wird der Rat die Prüfung des Streitfalles wieder aufnehmen. Die Signatarstaaten kommen überein, sich der von dem Rat empfohlenen Lösung zu fügen, falls der Rat einen Bericht erstattet, der von denjenigen seiner Mitglieder, die nicht Vertreter der Parteien sind, einstimmig angenommen worden ist.

4. Falls der Rat keinen Bericht erstatten kann, der von allen seinen Mitgliedern, die nicht Vertreter der Parteien sind, angenommen wird, wird er den Streitfall der Schiedssprechung unterwerfen. Er wird selbst die Zusammensetzung, die Befugnisse und das Verfahren des Schiedsausschusses regeln und bei der Wahl der Schiedsrichter auf die oben unter 2b genannten Bürgschaften hinsichtlich der Eignung und Unparteilichkeit Rücksicht nehmen.

5. In keinem Falle können die Lösungen, die schon Gegenstand einer einmütigen Empfehlung des Rates und von einer der beteiligten Parteien angenommen waren, aufs neue in Frage gestellt werden.

6. Die Signatarstaaten verpflichten sich, die Gerichts- oder Schiedssprüche nach Treu und Glauben auszuführen und gemäß vorstehendem Absatz 3 den vom Rat empfohlenen Lösungen zu entsprechen. Falls ein Staat gegen diese Verpflichtungen verstoßen würde, wird der Rat seinen ganzen Einfluß ausüben, um ihre Beachtung zu sichern. Wenn ihm dies nicht gelingt, wird er, dem letzten Satz des Artikels 13 der Satzung entsprechend, Maßnahmen vorschlagen, welche die Durchführung sichern. Falls ein Staat unter Nichtbeachtung seiner Verpflichtungen zum Kriege schreitet, werden die in Artikel 16 der Satzung vorgesehenen Zwangsmaßnahmen, so wie sie in diesem Protokoll ausgelegt sind, sofort auf ihn anwendbar.

7. Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Regelung der Streitigkeiten, die infolge der Kriegsmaßnahmen entstehen könnten, die einer oder mehrere Signatarstaaten im Einvernehmen mit dem Rat oder der Versammlung ergriffen haben.

Artikel 5.

Die Bestimmung des Absatzes 8 des Artikels 15 der Satzung bleibt vor dem Rat anwendbar.

Wenn eine der Parteien im Laufe eines in Artikel 4 vorgesehenen Schiedsverfahrens behauptet, daß sich die Streitigkeit ganz oder teilweise auf eine Frage beziehe, welche das internationale Recht der ausschließlichen Zuständigkeit dieser Partei überläßt, befragen die Schiedsrichter über diesen Punkt den Ständigen Internationalen Gerichtshof durch Vermittlung des Rates. Die Ansicht des Gerichtshofes ist bindend für die Schiedsrichter; ist sie bejahend, so werden sich die Schiedsrichter darauf beschränken, sie in ihrem Spruch festzustellen.

Erkennt der Ständige Gerichtshof oder der Rat an, daß die Frage zur ausschließlichen Zuständigkeit eines Staats gehört, dann wird die getroffene Entscheidung nicht verhindern, daß die Lage von dem Rat oder der Versammlung gemäß Artikel 11 der Satzung geprüft wird.

Artikel 6.

Wenn die Streitigkeit gemäß Absatz 9 des Artikels 15 der Satzung vor die Versammlung gebracht ist, hat diese für die Regelung des Streitfalles alle dem Rat hinsichtlich des Versuchs, die Parteien zu einem Vergleich zu bringen, übertragenen Befugnisse, wie sie in Abs. 1, 2 und 3 des Artikels 15 der Satzung und in Nr. 1 des vorstehenden Artikels 4 vorgesehen sind.

Erlangt die Versammlung keine gütliche Regelung, so gilt folgendes:

Wenn eine der Parteien die Schiedssprechung verlangt, schreitet der Rat gemäß den in Ziffer 2 des vorstehenden Artikels 4, Absatz a, b und c vorgesehenen Bedingungen zur Bildung des Schiedsausschusses.

Wenn keine der Parteien die Schiedssprechung verlangt, nimmt die Versammlung mit den gleichen Befugnissen wie der Rat die Prüfung der Streitigkeit wieder auf. Die in dem Bericht der Versammlung empfohlenen Lösungen haben unter den am Ende des Absatzes 10 des Artikels 15 der Satzungen vorgesehenen Zustimmungsbedingungen in allem, was das gegenwärtige Protokoll betrifft, den gleichen Wert und die gleiche Wirkung wie diejenigen, die durch den Bericht des Rates unter den in Nr. 3 des vorstehenden Artikels 4 genannten Bedingungen empfohlen werden.

Wenn die notwendige Mehrheit nicht erlangt werden kann, wird der Streitfall der Schiedssprechung unterworfen; der Rat wird dann selbst gemäß Nr. 4 des genannten Artikels 4 die Zusammensetzung, die Befugnisse und das Verfahren des Schiedsausschusses regeln.

Artikel 7.

Die Signatarstaaten kommen für den Fall, daß eine Streitigkeit zwischen zwei oder mehreren von ihnen entsteht, überein, daß sie weder vor der Ueberweisung der Streitigkeit an ein friedliches Regelungsverfahren noch im Laufe eines solchen Verfahrens irgendeine Vermehrung ihrer Rüstungen

oder Effektivbestände vornehmen werden, welche die von der im Artikel 17 dieses Protokolls vorgesehenen Abrüstungskonferenz festgelegte Lage ändern könnten; ebensowenig werden sie zu irgendeiner Maßnahme der Mobilmachung zu Lande, zur See, in der Luft oder industrieller und wirtschaftlicher Art, noch überhaupt zu irgendeiner Maßnahme schreiten, die geeignet wäre, die Streitigkeit zu verschärfen oder auszudehnen.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 11 der Satzung ist es Pflicht des Rates, jede Klage wegen Verletzung der obigen Verpflichtungen zu prüfen, die ihm von einem oder mehreren an der Streitigkeit beteiligten Staaten eingereicht wird. Wenn der Rat die Klage für zulässig erachtet, muß er, wenn er es für schicklich hält, Erhebungen und Untersuchungen in einem oder mehreren der beteiligten Staaten veranstalten. Diese Erhebungen und Untersuchungen müssen in den kürzesten Fristen ausgeführt werden; die Signatarstaaten verpflichten sich, die Ausführung möglichst zu erleichtern.

Diese von dem Rat ergriffenen Maßnahmen sind einzig dazu bestimmt, die friedliche Regelung der Streitfälle zu erleichtern, und können in nichts die Regelung selbst vorwegnehmen.

Wenn auf Grund dieser Erhebungen und Untersuchungen irgendeine Verletzung der Bestimmungen des ersten Absatzes dieses Artikels nachgewiesen ist, ist der Rat verpflichtet, den oder die schuldigen Staaten aufzufordern, diese Verletzung zu beseitigen. Wenn der oder die in Rede stehenden Staaten sich dieser Aufforderung nicht fügen, erklärt der Rat diese Staaten eines Bruchs der Satzung oder dieses Protokolls schuldig und muß die Maßnahmen bestimmen, welche zu ergreifen sind, um so schnell wie möglich eine den Weltfrieden bedrohende Lage zu beenden.

Bei der Anwendung dieses Artikels trifft der Rat seine Entscheidung mit Zweidrittelmehrheit.

Artikel 8.

Die Signatarstaaten verpflichten sich, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Angriffsdrohung gegen einen anderen Staat darstellen könnte.

Falls ein Signatarstaat meint, daß ein anderer Staat zu Kriegsvorbereitungen schreite, hat er das Recht, den Rat damit zu befassen.

Dieser wird, nachdem er die mitgeteilten Tatsachen als zutreffend befunden hat, gemäß Artikel 7, Absatz 2, 4 und 5 verfahren.

Artikel 9.

Da das Bestehen von entmilitarisierten Zonen geeignet ist, Angriffen vorzubeugen oder deren unzweideutige Feststellung gemäß dem nachstehenden Artikel 10 zu erleichtern, wird zur Vermeidung einer Verletzung dieses Protokolls die Errichtung solcher Zonen zwischen Staaten empfohlen, welche ihr in gleicher Weise zustimmen.

Die auf Grund gewisser Verträge und Uebereinkünfte schon bestehenden entmilitarisierten Zonen oder solche, welche in Zukunft zwischen in gleicher Weise übereinstimmenden Staaten errichtet werden, können Gegenstand einer vorübergehenden Kontrolle sein, welche der Rat auf das Verlangen und auf die Kosten eines oder mehrerer Nachbarstaaten einrichtet.

Artikel 10.

Angreifer ist jeder Staat, der unter Verletzung der in der Satzung oder in diesem Protokoll vorgesehenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet. Der Kriegseröffnung gleichgestellt ist die Verletzung des Statuts einer entmilitarisierten Zone.

Falls Feindseligkeiten eröffnet sind, gilt, außer bei gegenteiliger, einmütig gefaßter Entscheidung des Rates, als Angreifer:

1. jeder Staat, der sich geweigert hat, die Streitigkeiten dem in Artikel 13 und 15 der Satzung vorgesehenen und durch dieses Protokoll ergänzten friedlichen Regelungsverfahren zu unterwerfen — oder der sich geweigert hat, sich an eine gerichtliche oder schiedsrichterliche Entscheidung oder eine einstimmig gefaßte Empfehlung des Rates zu halten — oder welcher sich über einen einstimmigen Bericht des Rates oder über eine gerichtliche oder schiedsrichterliche Entscheidung hinweggesetzt hat, die anerkennt, daß die zwischen ihm und dem anderen kriegführenden Staat entstandene Streitigkeit eine Frage betrifft, die das internationale Recht der ausschließlichen Zuständigkeit dieses Staates überläßt; indessen gilt in dem letzteren Fall der Staat nur dann als Angreifer, wenn er die Frage nicht vorher dem Rat oder der Versammlung gemäß Artikel 11 der Satzung unterworfen hat;
2. jeder Staat, der eine der vorläufigen, in Artikel 7 dieses Protokolls vorgesehenen Maßnahmen verletzt, welche vom Rat während der Dauer des Verfahrens angeordnet sind.

In allen anderen als den in Nr. 1 und 2 dieses Artikels genannten Fällen hat der Rat, wenn er nicht in der kürzesten Zeit den Angreifer feststellen konnte, die Pflicht, den Kriegführenden einen Waffenstillstand vorzuschreiben, dessen Bedingungen er mit Zweidrittelmehrheit festlegt und dessen Beachtung er überwacht.

Jeder Kriegführende, der den Waffenstillstand ablehnt oder dessen Bedingungen verletzt hat, gilt als Angreifer.

Der Rat wird den Signatarstaaten nachdrücklich befehlen, ohne Verzug gegen den Angreifer die Zwangsmaßnahmen nach Artikel 11 dieses Protokolls anzuwenden, und jeder so aufgeforderte Staat ist von da an berechtigt, die Rechte eines Kriegführenden auszuüben.

Artikel 11.

Sobald der Rat den Signatarstaaten die im letzten Absatz des Artikels 10 dieses Protokolls vorgesehenen Befehle erteilt hat, treten die Verpflichtungen der genannten Staaten bezüglich der in Absatz 1 und 2 des Artikels 16 der Satzung vorgesehenen Zwangsmaßnahmen aller Art unmittelbar in Kraft, damit diese Zwangsmaßnahmen gegen den Angreifer ohne Verzögerung wirken können.

Diese Verpflichtungen müssen in dem Sinne ausgelegt werden, daß jeder der Signatarstaaten gehalten ist, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um der Satzung des Völkerbundes Achtung zu verschaffen, und sich jedem Angriffsakt in dem Maße entgegenzustellen, das ihm seine geographische Lage und die besonderen Bedingungen seiner Rüstungen erlauben.

Gemäß Absatz 3 des Artikels 16 der Satzung verpflichten sich die Signatarstaaten, einzeln oder gemeinschaftlich dem angegriffenen oder bedrohten Staate zu Hilfe zu kommen und einander durch Erleichterungen und gegenseitigen Austausch bezüglich der Versorgung mit Rohstoffen und Waren aller Art, Krediteröffnungen, Transport und Transit eine gegenseitige Unterstützung zu gewähren und zu diesem Zweck alle in ihrer Macht liegenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Verbindungen des angegriffenen oder bedrohten Staates zu Lande und zur See aufrechtzuerhalten.

Wenn beide an der Streitigkeit beteiligten Parteien im Sinne des Artikels 10 Angreifer sind, werden die wirtschaftlichen und finanziellen Zwangsmaßnahmen auf beide angewandt.

Artikel 12.

Wegen der Kompliziertheit der Bedingungen, unter denen der Rat berufen sein könnte, die in dem obigen Artikel 11 genannten Funktionen bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Zwangsmaßnahmen zu erfüllen, und um die durch dieses Protokoll den Signatarstaaten gebotenen Bürgschaften genau festzulegen, wird der Rat sofort die wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des Völkerbundes einladen, die Art der Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um die in Artikel 16 der Satzung und in Artikel 11 dieses Protokolls vorgesehenen Zwangsmaßnahmen und die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit in Kraft zu setzen, zu prüfen und darüber zu berichten.

Im Besitz dieser Information wird der Rat durch seine zuständigen Behörden aufstellen:

1. die Aktionspläne, die bestimmt sind, die wirtschaftlichen und finanziellen Zwangsmaßnahmen gegen einen Angreiferstaat in Gang zu bringen;
2. die Pläne für die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen einem angegriffenen Staat und den verschiedenen Staaten, die ihm Beistand leisten, und diese Pläne den Bundesmitgliedern und den anderen Signatarstaaten mitteilen.

Artikel 13.

Mit Rücksicht auf die militärischen Zwangsmaßnahmen zu Lande, zur See und in der Luft, deren eventuelle Anwendung in Artikel 16 der Satzung und im Artikel 11 dieses Protokolls vorgesehen ist, ist der Rat berechtigt, die Verpflichtungserklärungen der Staaten entgegenzunehmen, die im voraus die Land-, See- und Luftstreitkräfte bestimmen, welche diese Staaten unmittelbar eingreifen lassen könnten, um die Ausführung ihrer aus der Satzung und diesem Protokoll entstehenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Sobald der Rat den Signatarstaaten die im letzten Absatz des obigen Artikels 10 vorgesehenen Befehle erteilt hat, können diese Staaten außerdem gemäß früher geschlossenen Abkommen ihre Land-, See- und Luftstreitkräfte zur Unterstützung eines einzelnen Staates, der das Opfer eines Angriffs geworden ist, einsetzen.

Die im vorstehenden Absatz genannten Abkommen werden beim Sekretariat des Völkerbundes eingetragen und von diesem veröffentlicht. Sie bleiben jedem Völkerbundsstaat, der ihnen beitreten will, offen.

Artikel 14.

Der Rat allein ist zu der Erklärung berechtigt, daß es geboten ist, die Anwendung der Zwangsmaßnahmen zu beenden und die normalen Verhältnisse wiederherzustellen.

Artikel 15.

Dem Geiste dieses Protokolls entsprechend, kommen die Signatarstaaten überein, daß die gesamten Kosten jeder Operation zu Lande, zur See oder in der Luft, die diesem Protokoll entsprechend zur Unterdrückung eines Angriffs unternommen wurde, sowie die Wiedergutmachung der von Zivil- und Militärpersonen erlittenen Schäden und aller durch die Operationen der einen und anderen Seite verursachten Sachschäden vom Angreiferstaat bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit getragen werden.

Artikel 16.

Die Signatarstaaten kommen überein, daß im Falle einer Streitigkeit zwischen einem oder mehreren unter ihnen und einem oder mehreren Staaten, die dieses Protokoll nicht unterzeichnet haben und dem Völkerbund nicht angehören, diese fremden Staaten eingeladen werden, sich nach den im Artikel 17 der Satzung vorgesehenen Bedingungen den Verpflichtungen zu unterwerfen, die von den Unterzeichnern dieses Protokolls zum Zwecke friedlicher Regelung angenommen wurden.

Wenn der eingeladene Staat es ablehnt, diese Bedingungen und Verpflichtungen anzunehmen, und gegen einen Signatarstaat zum Kriege schreitet, sind die Bestimmungen des Artikels 16 der Satzung, so wie sie durch dieses Protokoll näher bestimmt sind, auf ihn anwendbar.

Artikel 17.

Die Signatarstaaten verpflichten sich zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz zur Herabsetzung der Rüstungen, die durch den Rat einberufen werden und am Montag, den 15. Juni 1925, zusammentreten soll. Alle anderen Staaten, ob Mitglieder des Völkerbundes oder nicht, werden zu dieser Konferenz eingeladen.

Hinsichtlich der Einberufung der Konferenz wird der Rat, den Verpflichtungen aus Art. 11 und 13 dieses Protokolls Rechnung tragend, ein Generalprogramm für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen vorbereiten, das dieser Konferenz zur Verfügung gestellt und den Regierungen sobald als möglich, mindestens aber drei Monate vor dem Zusammentritt, mitgeteilt wird.

Wenn nicht mindestens die Mehrheit der ständigen Ratsmitglieder und zehn andere Bundesmitglieder bis zum 1. Mai 1925 ihre Ratifikation niedergelegt haben, muß der Generalsekretär des Völkerbundes sofort die Ansicht des Rates einholen, um zu erfahren, ob er die Einladungen für ungültig erklären oder einfach die Konferenz auf einen späteren, vom Rat festzulegenden Zeitpunkt vertagen soll, um das Eintreffen von Ratifikationen in genügender Zahl zu ermöglichen.

Artikel 18.

Jedesmal, wenn in Artikel 10 oder allen anderen Bestimmungen dieses Protokolls eine Entscheidung des Rates erwähnt wird, versteht es sich in dem Sinne des Artikels 15 der Satzung, d. h. so, daß die Stimme der Vertreter der Parteien bei der Berechnung der erforderlichen Einstimmigkeit oder der Mehrheit nicht mitzählt.

Artikel 19.

Mangels ausdrücklicher Bestimmungen berührt dieses Protokoll nicht die Rechte und Verpflichtungen der Völkerbundsmitglieder, wie sie sich aus der Satzung ergeben.

Artikel 20.

Jede Streitigkeit über die Auslegung dieses Protokolls wird dem Ständigen Internationalen Gerichtshof unterbreitet.

Artikel 21.

Dieses Protokoll, dessen englischer und französischer Wortlaut maßgebend ist, bedarf der Ratifizierung.

Die Niederlegung der Ratifikation erfolgt beim Sekretariat des Völkerbundes sobald als möglich.

Die Staaten, deren Regierungssitz außerhalb Europas liegt, haben die Möglichkeit, sich darauf zu beschränken, dem Sekretariat davon Kenntnis zu geben, daß die Ratifikation vollzogen wurde; in diesem Falle müssen sie die Urkunde sobald als möglich übermitteln.

Sobald die Mehrheit der ständigen Ratsmitglieder und zehn andere Mitglieder des Völkerbundes ihre Ratifikation niedergelegt oder vollzogen haben, wird das Sekretariat dies in einem Protokoll feststellen.

Die Inkraftsetzung des Protokolls erfolgt, nachdem dieses Protokoll errichtet und nachdem der Plan für die Herabsetzung der Rüstungen von der im Artikel 17 vorgesehenen Konferenz angenommen worden ist.

Wenn nach einer Frist, die von dieser Konferenz nach der Annahme des Planes zur Herabsetzung der Rüstungen festzusetzen ist, dieser Plan nicht ausgeführt wurde, hat der Rat dies festzustellen. Mit der Tatsache dieser Feststellung wird dieses Protokoll hinfällig.

Die Bedingungen, unter denen der Rat feststellen könnte, daß der von der Abrüstungskonferenz angenommene Plan nicht ausgeführt wurde und daß infolgedessen dieses Protokoll hinfällig geworden ist, werden von der Konferenz selbst festgelegt.

Einem Signatarstaat, der sich nach dem Ablauf der von der Konferenz festgesetzten Frist nicht dem von ihr angenommenen Plan fügen würde, können die Bestimmungen dieses Protokolls nicht zugute kommen.

Auszug aus dem Bericht Politis-Benesch über das Genfer Protokoll*).

. . . . (Drei Kategorien (richtig: vier) von Streitigkeiten entziehen sich der Anwendung des Systems (der Schiedsgerichtsbarkeit):

Artikel 4 Absatz 5 (des Protokolls):

1. Dahin gehören zunächst die Streitigkeiten, die sich auf Fragen beziehen, die schon zu einem vor dem Inkrafttreten des Protokolls liegenden Zeitpunkt den Gegenstand einer einstimmigen Empfehlung des Rates, die von einer Partei angenommen ist, gebildet haben.

*) Der tschechische Ministerpräsident Benesch und der griechische Minister Politis hatten der Völkerbundsversammlung Bericht über das Genfer Protokoll zu erstatten.

2. Ebenso verhält es sich mit den Streitigkeiten, die infolge von Kriegsmaßnahmen entstehen könnten, die von einem oder mehreren Signatarstaaten im Einverständnis mit dem Rat oder der Bundesversammlung getroffen sind.

Nr. 12.

Das Genfer Protokoll von 1924.

Protokoll für die friedliche Regelung bei internationalen Konflikten.

Der endgültige Text enthält eine Präambel und 21 Artikel. Die Präambel lautet: Die Unterzeichneten sind beseelt von dem festen Willen, den allgemeinen Frieden und die Sicherheit der Völker, deren Existenz, Unabhängigkeit oder Gebiete bedroht sein könnten, zu sichern. Sie anerkennen die Solidarität, die alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft vereinigt, erklären, daß der angreifende Staat einen Bruch dieser Solidarität und ein internationales Verbrechen begeht und wünschen die volle Anwendung des Völkerbunds Paktes für die friedliche Regelung der Streitfälle des zwischen den Staaten vorgesehenen Systems zu erleichtern, die Bekämpfung der internationalen Verbrechen sicherzustellen und nach Artikel 8 des Völkerbunds Paktes die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß zu beschränken, wie es mit der nationalen Sicherheit und der Ausführung der durch eine gemeinsame Aktion notwendig gewordenen internationalen Verpflichtungen vereinbar ist.

Sie sind daher, hierzu gebührend ermächtigt, über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1 bestimmt, daß die Protokollverpflichtungen für alle Signatarmächte bindend sind.

Artikel 2 erklärt, daß alle Kriege verboten sind, außer im Falle des Widerstandes gegen Angriffsakte in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Paktes und des Protokolls.

In Artikel 3 wird die Gerichtsbarkeit vom Internationalen Ständigen Gerichtshof unter gewissen Vorbehalten als obligatorisch erklärt.

Artikel 4 enthält die Einzelheiten über das Schlichtungsverfahren durch Rat und Schlichtungskommission.

Artikel 5 behandelt mit dem gestern angenommenen Zusatz die Sachlage bei Streitfällen, die der eigenen Zuständigkeit der Staaten unterliegt.

Artikel 6 betrifft die Rolle der Völkerbundsversammlung bei der Schlichtung von Streitfällen.

Artikel 7 regelt die Praeventivmaßnahmen, die der Rat bei einem Konflikt ergreift zur Klärung des Konfliktes und Aufrechterhaltung des status quo während des Verfahrens.

Nach Artikel 8 verpflichten sich alle Staaten, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Angriffsdrohung bedeutet.

Artikel 9 empfiehlt zur Verhinderung von Kriegsfällen die Errichtung entmilitarisierter Zonen.

Artikel 10 definiert den Angreiferstaat.

Artikel 11 stellt die Sanktionspflichten der Signatarstaaten auf.

Artikel 12 behandelt die Vorbereitung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen.

In Artikel 13 wird die vorherige Mitteilung militärischer Verpflichtungen an den Rat und das Recht der Sonderabkommen geregelt.

Artikel 14 verleiht dem Rat das Recht der Aufhebung der Sanktionen.

Artikel 15 legt den Angreiferstaaten die Reparationskosten auf, garantiert aber ihre Unabhängigkeit.

Artikel 16 behandelt das Verhältnis der Signatarmächte mit den Nichtsignatarmächten.

Artikel 17 enthält die Verpflichtung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Artikel 18 regelt die Abstimmungsverhältnisse im Rat bei seinen Entscheidungen.

Nach Artikel 19 verändert das Protokoll keine aus dem Völkerbundspakt erwachsenen Verpflichtungen und Rechte.

Artikel 20 verweist jeden Streitfall über die Auslegung des Protokolls an den Internationalen Ständigen Gerichtshof.

Artikel 21 enthält die Bestimmungen über die Ratifizierung, das Inkrafttreten des Protokolls und die Abrüstungskonferenz.

Nr. 13.

Schlußprotokoll von Locarno vom 16. Oktober 1925.

Die Vertreter der Deutschen, Belgischen, Britischen, Französischen, Italienischen, Polnischen und Tschechoslowakischen Regierung, die vom 5. bis zum 16. Oktober 1925 in Locarno vereint waren, um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen entstehen könnten, zu sorgen erklären ihre feste Ueberzeugung, daß die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, daß sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme gemäß den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird, und daß sie durch die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen.

Sie verpflichten sich, an den vom Völkerbund bereits aufgenommenen Arbeiten hinsichtlich der Entwaffnung

aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung der Entwaffnung in einer allgemeinen Verständigung anzustreben.

Nr. 14.

**Entschliebung der 6. Völkerbundsversammlung (1925)
zu den Berichten der 1. und 3. Kommission (25. September 1925).**

Die Vollversammlung

..... richtet auf Grund des Artikels 8 der Völkerbundssatzung an den Völkerbundsrat die Aufforderung, in den vorbereitenden Arbeiten zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz fortzufahren, damit nach Sicherstellung der vom Gesichtspunkte allgemeiner Sicherheit aus im Rahmen der 14. Resolution der 3. Vollversammlung für genügend erachteten Bedingungen die besagte Konferenz einberufen werde und die allgemeine Reduktion und Begrenzung der Bewaffnung verwirklicht werden könne.

Nr. 15.

Entschliebung des Völkerbundsrats vom 26. September 1925.

Der Rat hat von dem Bericht der 3. Kommission der 6. Vollversammlung und von den Resolutionen dieser Versammlung vom 25. September 1925 bezüglich Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Entwaffnung Kenntnis genommen

und beschließt die Verweisung des Berichts der Resolutionen und Protokolle der Vollversammlung der 3. Kommission und ihrer Unterkommissionen zur Prüfung an den Ausschuß des Rats mit der Aufforderung, sobald wie möglich zwischen der September- und Dezembertagung zusammenzutreten, um

die notwendigen Arbeiten fortzuführen zur Festlegung der Fragen, die im Hinblick auf eine eventuelle Konferenz zur Reduktion und Begrenzung der Bewaffnung einem vorbereitenden Studium unterworfen werden können, und hierzu dem Rat konkrete Vorschläge auszuarbeiten.

Der Ausschuß des Rats wird aufgefordert, einen Bericht hierüber zu einer so günstigen Zeit vorzulegen, daß er von dem Rat auf seiner Dezembertagung geprüft werden kann.

Nr. 16.

Einladungsschreiben an Deutschland zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskommission.

..... Im Namen des Völkerbundsrats beehre ich mich die Reichsregierung einzuladen, sich in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz vertreten zu lassen, die durch den Rat auf Grund einer Entscheidung vom heutigen Tage gebildet worden ist, und die am 15. Februar 1926 in Genf zusammentreten soll.

Eine der diesem Schreiben beigefügten Urkunden enthält die vollständigen Angaben über die Zusammensetzung und über die Tätigkeit dieser Kommission, zu der, außer den Staaten, die Mitglieder des Rates sind, folgende Nationen eingeladen worden sind:

Bulgarien,
Vereinigte Staaten von Amerika,
Finnland,
Niederlande,
Polen,
Rumänien,
Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen,
Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Kommission soll befugt sein, Aeüßerungen der technischen (militärischen und nichtmilitärischen) Organisationen des Völkerbundes, sowie aller Persönlichkeiten einzuholen, deren besondere Sachkunde nach Auffassung der Kommission geeignet sein könnte, ihre Arbeiten über irgendeine Frage zu erleichtern.

Die Aufgabe der Kommission soll in der Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz bestehen, deren Einberufung für einen möglichst baldigen Zeitpunkt ins Auge gefaßt ist.

Das lange und fortgesetzte Studium, das der Völkerbundsrat der Abrüstungsfrage gewidmet hat, hat zu dem einstimmigen Beschluß geführt, daß diese Frage angesichts des politischen, wirtschaftlichen und technischen Umfangs der durch die berührten Probleme nur dann mit der sicheren Hoffnung auf eine vollständige Lösung in Angriff genommen werden kann, wenn sie in ihrer Gesamtheit und unter Mitwirkung aller Nationen geprüft wird. Die Fragen, die Gegenstand einer Prüfung bilden müssen, beziehen sich auf alle Seiten des Problems und gehen alle Nationen der Erde an. Nach Auffassung des Rats müssen die Arbeitsweise und die Organisationen für das Studium dieser Frage einen nicht weniger universellen Charakter zeigen. Aus diesen allgemeinen Gründen, wie auch aus den besonderen Gründen, die sich aus der großen Bedeutung Deutschlands für diese Fragen ergeben, legt der Rat den größten Wert auf die Anwesenheit der Reichsregierung nicht nur bei der einzuberufenden Konferenz, sondern auch bei den vorbereitenden Arbeiten, die nach seiner Auffassung für den Erfolg dieser Konferenz unerläßlich sind.

Der Rat hält den Zeitpunkt für das Studium der praktischen Möglichkeiten einer Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen unter Leitung und Verantwortung der Regierungen für gekommen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er in dem Augenblick, in dem alle Nationen der Erde diese gemeinsame Notwendigkeit erkennen, auf die uneingeschränkte Mitarbeit der Reichsregierung an einem Werk rechnen können wird, das den Weltfrieden in so hohem Maße betrifft.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

gez. Vittorio Scialoja.

Verzeichnis der Fragen, die der vorbereitenden Kommission zu unterbreiten sind.

Frage I.

Was ist unter Rüstungen zu verstehen?

a) Begriffsbestimmung der verschiedenen militärischen, wirtschaftlichen, geographischen usw. Faktoren, von denen die Stärke eines Landes in Kriegszeiten abhängt.

b) Bestimmung und Angabe der Besonderheiten der verschiedenen Faktoren, die die Rüstung eines Landes in Friedenszeiten ausmachen; verschiedene Rüstungsarten (Heer, Flotte, Luftstreitkräfte), Art der Aushebung, der Ausbildung, sowie Organisationen, die unmittelbar militärisch verwendet werden können usw.

Frage II.

a) Ist es möglich, die etwaige Rüstung eines Landes einzuschränken, oder sollen sich die Abrüstungsmaßnahmen nur auf die Friedensrüstungen beziehen?

b) Was ist unter Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstung zu verstehen?

Verschiedene Formen dieser Herabsetzung oder Beschränkung für die Land-, See- und Luftstreitkräfte; Vorteile oder Nachteile jeder der verschiedenen Formen oder Methoden, z. B.: Verminderung der großen Friedenseinheiten oder ihrer Truppenstärken und des Materials, mit dem sie ausgerüstet sind, sowie irgendwelcher Mannschaftsbestände, die sofort mobilisiert werden können; Herabsetzung der Dauer des aktiven Dienstes, Verminderung des Kriegsmaterials, Herabsetzung der Kosten der Landesverteidigung usw.

Frage III.

Nach welchen Regeln kann man die Rüstung eines Landes mit der eines anderen vergleichen, z. B. Truppenstärke, Dienstzeit, Material, Kosten usw.?

Frage IV.

Gibt es „offensive“ und „defensive“ Rüstungen?

Gibt es eine Methode, nach der man feststellen kann, ob eine bestimmte Truppenmacht in rein defensivem Geiste organisiert ist (ohne Rücksicht auf die Art ihrer Verwendbarkeit in Kriegszeiten) oder ob sie in aggressivem Geist aufgestellt ist?

Frage V.

a) Nach welchen Grundsätzen ließe sich zwischen den Rüstungen, die jedem Lande zugebilligt werden könnten, ein Verhältnis herstellen? Dabei wäre besonders zu berücksichtigen:

Einwohnerzahl,

Hilfsquellen,

geographische Lage,
Ausdehnung und Art der Seeverbindungen,
Dichte und Beschaffenheit des Eisenbahnnetzes,
Verletzbarkeit der Grenzen und Vorhandensein großer lebenswichtiger Zentren in ihrer Nähe,
erforderliche, bei den einzelnen Staaten veränderliche Fristen für Umstellung der Friedens- in Kriegsrüstungen,
Grad der Sicherheit, die der Staat im Falle eines Angriffs auf Grund der Bestimmungen der Völkerbundssatzung oder besonderer, ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen, zu erwarten hat.

b) Kann die Festsetzung der Rüstungen dadurch gefördert werden, daß man die Möglichkeit der Ermittlung eines Verfahrens prüft, das geeignet ist, im Augenblick eines etwaigen Angriffs das schnelle Einsetzen der in Artikel 16 der Völkerbundssatzung vorgesehenen gegenseitigen wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung zu erleichtern?

Frage VI.

a) Kann man zwischen Zivil- und Militärflugzeugen unterscheiden? Wie läßt sich, wenn eine solche Unterscheidung unmöglich ist, bei der Bewertung der Luftmacht eines Landes der militärische Wert von Zivilflugzeugen einschätzen?

b) Ist es möglich oder wünschenswert, die Schlußfolgerungen unter a) auf Ersatzteile für Flugzeuge und Maschinen auszudehnen?

c) Kann man bei der Bewertung der Seemacht eines Landes den militärischen Wert der Handelsflotten einschätzen?

Frage VII.

Angenommen, daß die Abrüstung von der Sicherheit abhängt, inwieweit läßt sich dann die örtliche Abrüstung als Folge der örtlichen Sicherheit durchführen? Oder muß jeder Abrüstungsplan als undurchführbar angesehen werden, wenn er nicht allgemeine Gültigkeit hat? Läßt sich, wenn die örtliche Abrüstung durchführbar ist, auf diesem Wege die allgemeine Abrüstung erreichen?

Nr. 18.

Entschliebung der 7. Völkerbundsversammlung vom 24. September 1926:

„In dem Wunsche, in kürzester Frist das Arbeitsprogramm vollendet zu sehen, zu dem sie durch ihre Entschliebung vom 25. September 1925 selbst die Anregung gegeben hat, bittet die Bundesversammlung den Rat, die vorbereitende Kommission aufzufordern, Maßnahmen zu treffen, um den Abschluß der technischen Arbeiten so zu beschleunigen, daß sie Anfang kommenden Jahres das Programm für eine Konferenz zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen im Einklange mit den gegenwärtigen regionalen und allgemeinen Sicherheitsverhältnissen festlegen kann; die Bundesversammlung bittet den Rat, diese Konferenz vor der achten ordentlichen Tagung der Bundesversammlung einzuberufen, wenn nicht sachliche Schwierigkeiten das unmöglich machen.“

EntschlieÙung V der 8. Völkербundsversammlung vom 26. September 1927.

Die Bundesversammlung nimmt von den Fortschritten Kenntnis, die vom technischen Standpunkte durch die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission und des Ratskomitees zur Herbeiführung eines schnellen Zusammentretens des Rates und der Fassung seiner Beschlüsse im Fall einer Krise erzielt worden sind;

sie ist bemüht, die politischen Bedingungen zu schaffen, die den Erfolg der Abrüstungsarbeiten sicherstellen;

sie ist überzeugt, daß die Hauptbedingung für diesen Erfolg ist, daß jeder Staat in der Gewißheit, nicht durch eigene Rüstungen allein für seine Sicherheit sorgen zu müssen, sich auch auf das organisierte Kollektivvorgehen des Völkербundes verlassen kann;

....

Die Bundesversammlung

1. empfiehlt deshalb die fortschreitende Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit mittels Einzel- oder Kollektivabkommen, einschließlich von Abkommen zwischen Mitgliedsstaaten und Nichtmitgliedsstaaten des Völkербundes, um das gegenseitige Vertrauen, das für den vollen Erfolg der Konferenz zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen unerläßlich ist, auf alle Staaten auszudehnen;

2. sie erinnert an ihre EntschlieÙung vom 24. September 1926 (s. diese) und bittet infolgedessen den Rat, bei der Vorbereitenden Kommission auf Beschleunigung des Abschlusses der technischen Arbeiten zu drängen und die Konferenz zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen nach Vollendung dieser Arbeiten unverzüglich einzuberufen.

3. Sie bittet den Rat, der Vorbereitenden Kommission die erforderlichen Weisungen zu erteilen, damit unverzüglich ein Komitee aus Vertretern aller Staaten gebildet wird, die Mitglieder der Kommission und des Völkербundes sind, während die übrigen in der Kommission vertretenen Staaten aufzufordern wären, daran teilzunehmen, falls sie es wünschen.

Dieses Komitee wäre der Kommission zur Verfügung zu stellen und hätte die Aufgabe, nach ihren Richtlinien die Prüfung der Maßnahmen fortzusetzen, die geeignet sind, um allen Staaten die Garantien der Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit zu geben, Garantien, die notwendig sind, um das Maß ihrer Rüstungen in einem internationalen Abrüstungsvertrage auf die niedrigsten Ziffern festzusetzen.

Die Bundesversammlung ist der Ansicht, daß hierfür gleichzeitig die folgenden Maßnahmen in Frage kommen:

ein Vorgehen des Völkербundes mit dem Ziele, Einzel- oder Kollektivabkommen über Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit herbeizuführen, zu verallgemeinern und in Uebereinstimmung miteinander zu bringen;

die systematische Vorbereitung der Mittel, die die Völkербundsorgane anwenden müssen, um die Bundesmitglieder instand zu setzen, die ihnen auf Grund der verschiedenen Artikel der Völkербundssatzung obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen;

Verständigungen, die die Mitgliedsstaaten des Bundes vorbehaltlich der Verpflichtungen aus der Völkербundssatzung untereinander abschließen können, um ihre Verpflichtungen der größeren oder geringeren geographischen oder sonstigen Solidarität anzupassen, die sie mit anderen Staaten verbindet;

und andererseits eine Aufforderung des Rates an die verschiedenen Staaten, ihm mitzuteilen, welche Maßnahmen sie vorbehaltlich der Verpflichtungen aus der Völkербundssatzung zu treffen bereit wären, um die Beschlüsse oder Empfehlungen des Rates für den Fall eines in einem bestimmten Gebiete eintretenden Streitfalles zu unterstützen, wobei jeder Staat anzugeben hätte,

daß in einem bestimmten Falle alle oder bestimmte Teile seiner Heeres-, Flotten- oder Luftstreitkräfte unverzüglich eingreifen könnten, um die Beschlüsse oder Empfehlungen des Rates zu unterstützen.

Nr. 20.

Der radikale russische Abrüstungsvorschlag vom Dezember 1927 und März 1928.

1. Entlassung aller militärischen Stände und Verbot ihrer Wieder-
einberufung.
2. Zerstörung aller Waffen, der Munition und des Kriegsmaterials.
3. Liquidation aller Kriegs- und Luftschiffe.
4. Aufhören der militärischen Ausbildung jeder Art und Verbot des
Militärdienstes.
5. Verbot, die Reservisten einzuberufen.
6. Schleifung sämtlicher Festungen.
7. Unterdrückung der Kriegsindustrie.
8. Unterdrückung der Militärbudgets.
9. Auflassung aller militärischen Zwecken dienenden Ministerien,
Direktionen usw. sowie der Generalstäbe.
10. Gesetzliche Unterdrückung aller militärischen Schulen einschließlich
derjenigen für die Jugendausbildung.
11. Unterdrückung aller Militärzwecken dienenden Erfindungen.
12. Gesetze, welche Verstöße gegen diese Verbote bestrafen.
13. Auflassung aller Verträge und Vertragsbestimmungen, die diesen
Vorschriften zuwiderlaufen.

Resolution:

In der Ueberzeugung, daß die Existenz der gegenwärtigen Rüstungen und die Tendenz an ihrer steigenden Vergrößerung unvermeidlich zu bewaffneten Konflikten der Staaten führen müsse, welche die Arbeiter von der friedlichen Arbeit reißen und unsägliches Elend im Gefolge haben, überzeugt davon, daß die bewaffneten Kräfte ein Mittel für die Großmächte sind, die kleinen Staaten und Kolonien zu unterdrücken, in der Anschauung, daß die vollständige Zerstörung der Rüstungen das wirksamste Mittel wäre, vor künftigen Kriegen bewahrt zu bleiben, entschließt sich die Kommission in ihrer 4. Session:

1. sofort mit der Ausarbeitung eines detaillierten Konventionsprojektes zur Generalabrüstung aller Staaten auf der Basis der Vorschläge der Sowjetdelegation zu beginnen;
2. für den Monat März 1928 oder später die Abrüstungskonferenz einzuberufen, um diese Vorschläge zu besprechen und die Propositionen der russischen Delegation zu bestätigen.

Russischer Abrüstungsvorschlag vom 22. März 1928.

Für die Abrüstung zu Lande werden die Staaten in vier Gruppen eingeteilt, je nach der Stärke der augenblicklich unter den Fahnen stehenden Heere. Die erste Gruppe hätte ihre Armeen um die Hälfte, die zweite um ein Drittel, die dritte um ein Viertel zu kürzen. Die letzte Gruppe bilden die auf Grund der Friedensverträge entwaffneten Staaten, über deren Rüstungsstand die Abrüstungskonferenz Bestimmung treffen soll. Die Erfassung der ausgebildeten Reserven und des Materials, sowohl bei der Truppe als auch auf Lager, ist vorgesehen. Die ausgesprochenen Angriffswaffen, wie Tanks und gewisse Kategorien schwerer Artillerie sowie alle Kampfmittel, die die Zivilbevölkerung bedrohen, sollen sogleich zerstört werden.

Bei den Seestreitkräften werden die Staaten ebenfalls nach der Tonnage ihrer Flotten in Gruppen sinngemäß wie beim Landheer eingeteilt. Flugzeugmutterschiffe sollen sofort zerstört werden, Kriegsschiffe über 10 000 tons und Geschütze über 12 Zoll Kaliber sollen zerstört werden.

Sinngemäß sollen die Luftstreitkräfte abgerüstet werden.

Der chemische und bakteriologische Krieg soll verboten und die Fabriken, die Gaskampfstoffe fabrizieren, stillgelegt werden. Die Mächte sollen sich verpflichten, das Protokoll vom April 1927 über das Verbot des chemischen Krieges zu ratifizieren.

Endlich sollen die Wehrbudgets herabgesetzt werden. Die Kontrolle soll einer ständigen internationalen Kontrollkommission übertragen werden, in der die gesetzgebenden Körperschaften, die Gewerkschaften und andere Organisationen aller Staaten, die der Konvention beitreten, vertreten sind.

Deutscher Vorschlag auf Offenlegung der Rüstungen vom 15. März 1928.

I. Grad der Rüstungsstärke:

1. Mannschaften

- a) unter den Fahnen: Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften, Gesamtstärke. Jährliche Einberufungsdauer des aktiven Dienstes und der Uebungen;
- b) zur unmittelbaren Kriegsverfügung (kommt da in Frage, wo, wie zum Beispiel in Frankreich und in der Schweiz, mehrere Jahrgänge ohne Mobilmachungsbefehl unter die Fahne berufen werden können): Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften;

- c) Reserven im Mobilmachungsfall: Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften.

Nach diesem Schema sollen getrennt geführt werden: Streitkräfte in der Heimat; Ueberseestreitkräfte, die in der Heimat garnisoniert sind; Ueberseestreitkräfte allgemein. Diese Angaben werden gefordert für das Heer zu Lande, die Flotte und die Luftmacht. Außerdem wären die nicht dem Soldatenstande angehörenden militärisch organisierten Streitkräfte nach Formationen anzugeben.

2. Kriegsmaterial im Gebrauch und auf Lager, in der Heimat und Uebersee, nach Zahl der Waffen und Munition, und zwar zu Lande: Gewehre und Karabiner, Maschinengewehre, lange und kurze Kanonen, über und unter 15 Zentimeter, Mörser jeder Art, Tanks und Panzerautomobile; für die Flotte: Gewehre und Karabiner, Maschinengewehre, lange und kurze Kanonen, über und unter 15,2 Zentimeter, Mörser aller Art, Torpedolancierrohre, Minen für Unterseeboote und Granaten; in der Luft: Jagdflugzeuge, Beobachtungsflugzeuge, Bombenflugzeuge, Schulflugzeuge, sowohl für das Landheer als auch für die Flotte, Luftschiffe über und unter 30 000 Kubikmeter Inhalt.

II. Militärprogramme:

Hier müßten Angaben veröffentlicht werden:

- a) über die Heeresorganisation und ihre Umänderungen, soweit sie durch Gesetz oder besondere Anordnungen in Wirksamkeit getreten sind;
- b) über deren Auswirkungen im nächsten Jahr.

III. Rüstungsindustrien:

- 1. Industrien, die im Frieden Kriegsmaterial herstellen:
 - a) staatliche Fabriken,
 - b) Privatunternehmen, auch solche, die nur zum Teil Kriegsmaterial liefern. Diese Unternehmungen wären namentlich anzuführen; ebenso die Gesamterzeugung im vorigen Jahr (nicht die Erzeugung nach Unternehmen), nach Materialarten geordnet und für Landheer, Flotte und Luftstreitkräfte getrennt.
- 2. Industrien, die gegebenenfalls zur Herstellung von Kriegsmaterial nutzbar gemacht werden können:
 - a) staatliche Unternehmungen,
 - b) Privatunternehmungen, die schon im Frieden Kriegsmaterial herstellen,

- c) andere Unternehmen, die nach ausgearbeiteten Plänen im Krieg zur Herstellung von Kriegsmaterial herangezogen werden. Diese Unternehmen brauchen nicht namentlich angeführt zu werden.

Die Angaben in diesem Kapitel sollen ein Bild von der Erzeugung geben, mit welcher der betreffende Staat im ersten Kriegsjahr in den einzelnen Materialarten rechnen kann.

Nr. 23.

Boncour Anerkennungen der allgemeinen Abrüstungsverpflichtung.

Im Völkerbund ist die internationale Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung auf Grund der Präambel zum Teil V des Vertrags von Versailles durch den französischen Delegierten zur Vorbereitenden Abrüstungskommission Paul Boncour, wie folgt anerkannt worden:

I. 7. Bundesversammlung 1926:

„Ce que l'espérance du monde appelle d'un mot immense: désarmement, que le Pacte, plus prudent, appelle d'un mot qui en définit la portée: Limitation et réduction des armements. Elle a son origine et sa base dans les termes du Pacte. Elle est, par le rapprochement de l'article 8 et du Préambule de la partie V des Traités de paix, dans les Traités de paix eux-mêmes, que personne ici ne sera surpris d'entendre évoquer par le représentant de la France, puisqu'il est de son devoir d'en parler. Cette préoccupation, je le répète, est la base même de la Société des Nations. Les limitations spéciales imposées à certaines nations ne l'ont été que comme la condition de la réduction générale des armements qui doit les suivre.“

(Société des Nations, Journal Officiel, Supplément spécial No. 44, Genève 1926, Seite 97.)

II. 3. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission 1927.

Auszug aus dem Protokoll der 24. Sitzung am 8. April 1927 nachmittags:

„..... M. le délégué de l'Allemagne a bien fait de rappeler le préambule de la partie V du Traité de Versailles, avec l'article 8. Ils constituent les deux raisons d'être de notre présence ici;

Il est exact que le préambule de la partie V du Traité de Versailles vise les limitations d'armements imposés à l'Allemagne en tant que condition et précédent d'une limitation générale des armements. C'est même ce qui distingue de façon très nette cette limitation d'autres limitations semblables, qui avaient pu être imposées au

lendemain des guerres, au cours de l'histoire, et qui, d'ailleurs, s'étaient généralement révélées assez inefficaces.

Cette fois, ce qui donne toute sa valeur à cette stipulation, c'est qu'elle n'est pas seulement une condition imposée à l'un des signataires du Traité; elle est un devoir, une obligation morale et juridique faite aux autres signataires de procéder à une limitation générale.

III. 8. Bundesversammlung 1927.

Auszug aus dem Protokoll der 19. Plenarsitzung am 24. September 1927 nachmittags:

M. Paul Boncour (France): „.....

Un certain groupe de nations qui composent cette Assemblée, celles qui, par les traités de paix, ont déjà subi ces limitations et ces réductions d'armement, sont parfaitement fondées à s'en réclamer, comme nous, nous sommes fondés à rappeler que ces limitations et ces réductions et ces réductions, et leur maintien, sont le point de départ nécessaire des limitations et des réductions générales.“

Nr. 24.

Die Heeresstärken

von

Jahr		Deutschland	Frankreich	England (Reguläre Armee ohne Indien)
1875	Mannschaft	401 659	463 308	136 000
	Batterien	301	408	—
1890	Mannschaft	486 000	604 253	137 000
	Batterien	412	580	47 Batter. ohne Depot-Batter.
1905	Mannschaft	580 158	575 000	201 000
	Batterien	737	652	151
1913/14	Mannschaft	751 115	674 292	167 000
	Batterien	823	790	279
1925	Mannschaft	100 000	739 000	160 600
	Batterien	72	749	130
1928	Mannschaft	100 000	678 000	153 500
	Batterien	72	725	131
	Flugzeuge	0	2 200	1 291

Uebersicht über den Stand

Staat	Wehrform	Ein- wohner- zahl in Mill.	Friedensstärke des gesamten Heeres	Vonder Bevöl- kerung stehen im Heer auf je 1000 Einw.	Voraus- sichtliche Kriegs- stärke
Deutschland . . .	Stehend. Freiw.-Heer	63,3	100 000	1,5	100 000
Belgien	Stehendes Heer, allgem. Wehrpflicht	8	66 800	8,3	600 000
England (Mutterland)	Stehend. Freiw.-Heer, daneben freiw. Miliz	44	153 000 + 140 000 frw. Miliz	8	2 000 000
Frankreich	Stehendes Heer, 3) allgem. Wehrpflicht	40,7	733 000	12,3	4 500 000
Italien	Steh. Heer, allgem. Wehrpflicht, daneben fasch. Nationalmiliz	42	343 000 5) + 260 000 fasch. Nationalmiliz	7,7	3 500 000
Jugoslawien . . .	Stehendes Heer, allgem. Wehrpflicht	12	115 000 + 25 000 Gend. u. Grenzschutz	11	1 600 000
Niederlande . . . (Mutterland)	Rahmenheer, allgem. Wehrpflicht	6,8	25 000	3,5	300 000
Oesterreich	Stehend. Freiw.-Heer	6,4	20 200	3,2	30 000
Polen	Stehendes Heer, allgem. Wehrpflicht	29,25	284 800 8)	8,8	2 000 000
Rumänien	Stehendes Heer, 9) allgem. Wehrpflicht	16,7	144 000	8,6	1 000 000
Rußland	Stehendes Heer, allgem. Wehrpflicht und Milizheer	145	1 050 000 10)	13,7	6 000 000
Spanien	Stehendes Heer, 12) allgem. Wehrpflicht	21,3	155 000	7	2 000 000
Tschechoslowakei	Rahmenheer, allgem. Wehrpflicht	14,5	100 — 140 000	10,7	1 300 000
Türkel	Stehendes Heer, allgem. Wehrpflicht	13	20 000 + 30 000 Gend.	8,5	?
Ungarn	Stehend. Freiw.-Heer	8	35 000	4	35 000
Ver. Staaten . . .	Stehend. Freiw.-Heer, daneben freiw. Miliz u. organisierte Reserv.	116	135 000 + 177 000 frw. Miliz + 108 000 org. Res.	3,6	3 000 000

der Heere im Januar 1928.

Wehr- macht- Ausgabe, Anteil am Gesamt- Haushalt vom Hundert	Gesamtzahl der						Anmerkungen
	Masch.-Gew.		Geschütze		Kampf- wagen	Flug- zeuge	
	leichte	schwere	leichte	schwere			
6,5	1134	792	288	42 1)	0	0	1) Die schweren Geschütze befinden sich nur in Königsberg und sind eingebaut
7,52 2)	2900	1173	588	271	225	234	2) Infolge Hinzukommen von 3,5 Milliar. belg. Francs Amortisationskosten zum Gesamt-Haushalt
13	4400	2000	500	300	300	1291	
21,7 4)	19500	15800	1428	1544	2553	2200	3) Die Heeresreform-Pläne, die 1930 in Kraft treten, ändern die Form zum Teil, ebenso werden sich die Zahlen dann etwas verschieben. 4) Rüstungsausgaben für das Heer allein ohne Militärpensionen, 6539 Mill. Francs gleich 16,5 v. H.
23,7	3300	1000	1200 6)	650 6)	120	1300	5) einschl. 60000 Karabiniere, ausschl. 49000 Kolonialtruppen 6) ohne Reserve-Bestände
20,4	1600	424	712 7)	88 7)	50	250	7) ohne Reserve-Bestände
15,4	nicht bekannt						
9	252	168	90	0	0	0	
31,5	5800	3900	1284	426	220	1000	8) einschl. 24000 Grenzwach-Korps
13,8	3500	1700	1088	384	90	250	9) z. T. Rahmenheer
13,9	14000	14300	? 11)	? 11)	etwa 220	etwa 1200	10) Davon etwa 500000 in territorialer Ausbildung 11) Zahl der Geschütze ist nicht genau bekannt, vorhanden sind 850 Batt. l. Gesch. und ungefähr 222 Batt. schw. Gesch.
Staatshaushalt nicht bekannt	400	850	1500	330		600	12) z. T. Rahmenheer
17,9	6462	1274	792	304	100	500	
40 13)	nicht bekannt						13) Heer, Verwaltung u. Gendarmerie 76 Mill. türk. Pfd. = 37 v. H., Marine 6 Mill. = 3 v. H.
9,7	324	228	100	0	0	0	
16	17100	8000	2500	500	547	800	

Die Rüstungen zur See.

Stand für das Jahr 1928.

Die Zahlen in Klammern geben die auf Stapel liegenden Neubauten an.

	Groß- kampfschiffe	Ge- schützte Kreuzer	Torpedo- boote und Torpedo- jäger	U-Boote	Personal
England	20	58 (4)	180 (9)	56 (12)	102 250
Vereinigte Staaten . . .	18	32 (8)	295	120 (3)	108 567
Japan	10	34 (2)	94 (12)	65 (12)	72 470
Frankreich	9	16 (1)	83 (13)	60 (28)	59 151
Italien	5	13 (4)	124 (12)	42 (15)	48 046
Deutschland	— *)	8 (2)	32 (4)	—	15 000

*) Deutschland besitzt nach dem Versailler Vertrag sechs veraltete Panzerschiffe der Vor-großkampfschiffstyps, die an Gefechtswert mit denen der übrigen Mächte nicht verglichen werden können.

Die Kriegsflotten europäischer Staaten in den Jahren 1905—1928.

Staat	Linienschiffe		Kreuzer		Torpedo- boote		U-Boote		Flug- zeuge für Heer u. Marine
	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	
1905									
Deutschland	17	186 631	28	127 685	127	—	—	—	
England	56	775 024	96	688 744	200	—	19	—	
Frankreich	28	280 247	50	281 958	239	—	38	—	
Italien	11	137 005	18	72 544	116	—	2	—	
1914									
Deutschland	35	557 170	54	342 506	219	86 841	28	—	
England	60	1 028 980	116	977 420	289	156 790	77	32 850	
Frankreich	24	381 650	34	269 730	234	50 860	55	28 950	
Italien	17	253 630	21	112 950	121	30 230	20	5 330	

Staat	Linien-schiffe		Kreuzer		Torpedo-boote		U-Boote		Flug-zeuge für Heer u. Marine
	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	
1920									
Deutschland *)	4 (2*)	79 200	6	18 500	24	16 370	—	—	
England	29	807 900	59	518 770	202	240 990	101	85 780	
Frankreich	17	368 380	26	209 650	158	85 085	48	34 000	
Italien	8	116 480	17	89 512	101	58 610	47	18 600	
1925									
Deutschland *)	4 (2*)	79 200	6	18 500	24	16 370	—	—	
England	18	483 800	55	379 755	207	248 280	65	58 220	1 604
Frankreich	9	197 610	20	183 500	73	46 285	46	30 098	1 549
Italien	7	137 000	13	70 880	139	71 000	43	17 740	600
1928									
Deutschland *)	4 (2*)	79 200	6	21 700	24	17 120	—	—	
England	20	598 720	52	287 950	171	210 390	57	47 345	1 410
Frankreich	9	197 610	9	62 570	66	78 250	54	41 930	1 984
Italien	5	110 300	11	49 240	117	82 890	45	23 130	1 200

*) Die in Klammer stehenden beiden Linienschiffe in Reserve.

Nr. 28.

Deutschlands Abrüstung.

In Erfüllung der Abrüstungs-Bestimmungen sind von Deutschland abgeliefert bzw. zerstört worden:

I. auf Grund des Waffenstillstands-Vertrages:

- 5 000 Geschütze (davon 2500 schwere und 2500 Feldgeschütze),
- 25 000 Maschinengewehre,
- 3 000 Minenwerfer,
- 1 700 Jagd- und Bombenflugzeuge, insbesondere alle Apparate D 7 und alle für nächtlichen Bombenwurf bestimmten Flugzeuge,
- 5 000 Lokomotiven,
- 15 000 Eisenbahnwagen,
- 5 000 Lastkraftwagen;

II. auf Grund der Entwaffnungs-Bestimmungen des Versailler Vertrages:

- rund 6 000 000 Gewehre und Karabiner,
- 105 000 Maschinengewehre,
- 242 000 Maschinengewehr-Läufe,
- 28 470 Minenwerfer und Rohre,

54 887 Geschütze und Rohre,
 28 000 Lafetten,
 4 390 Minenwerfer-Lafetten,
 38 750 000 Geschosse,
 16 550 000 Scharfe Hand-, Gewehr- und Wurfgranaten,
 60 400 000 Scharfe Zünder,
 490 000 000 Handwaffen-Munition,
 335 000 t Geschosshülsen,
 23 515 t Kartusch- und Patronen-Hülsen,
 37 600 t Pulver,
 79 500 Munitionslehren,
 14 014 Flugzeuge,
 27 757 Flugzeug-Motore,
 212 000 Fernsprecher,
 1 072 Flammenwerfer,
 31 Panzerzüge,
 59 Tanks,
 1 762 Beobachtungswagen,
 8 982 Drahtlose Stationen,
 1 240 Feldbäckereien,
 2 199 Pontons.

981,7 t Ausrüstungsstücke für Soldaten
 und 8 230 350 Satz.

Ferner unterlagen der Zerstörungspflicht: Fahrzeuge aller Art, Gaskampf- und zum Teil Gasschutzmittel, Treib- und Sprengmittel, Scheinwerfer, Visiereinrichtungen, Entfernungs- und Schall-Meßgerät, optische Geräte aller Art, Pferdegeschirr, Schmalspurgerät, Felddruckereien, Feldküchen, Werkstätten, Hieb- und Stichwaffen, Stahlhelme, Munitionstransportmaterial, Normal- und Spezialmaschinen der Kriegsindustrie sowie Einspann-Vorrichtungen, Zeichnungen dazu, Flugzeug- und Luftschiff-Hallen usw.

1924—26 sind zerstört worden:

7 000 Gewehre und Karabiner und für weitere 8000 Gewehre,
 Läufe und Reserveteile,
 7 300 Pistolen und Revolver,
 28 schwere Maschinengewehre,
 30 leichte Maschinengewehre,
 180 M.-G.-Schlitten,
 1 437 M.-G.-Läufe,
 158 M.-G.-Schlösser und eine große Menge anderer M.-G.-
 Reserveteile,
 1 000 000 Schuß Munition für Handfeuerwaffen,
 21 fahrbare Werkstätten (Waffenmeistereien),

12 Flakgeschützwagen,
6 Protzen für schwere Feldhaubitzen Mod. 13,
4 Protzen für 10-cm-Kanonen,
1 lange Mörserprotze,
1 Rohrwagen, 10 cm,
10 Geschütz- und Minenwerfer-Rohre,
Viele Ersatzteile für Geschütze und Fahrzeuge,
Zahlreiche Protzen für leichte Minenwerfer,
64 000 Stahlhelme,
174 000 Gasmasken,
2 500 Maschinen der ehemaligen Kriegsindustrie.

Nr. 29.

Protokoll über die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission aus Deutschland vom 12. Dezember 1926.

Im Verlauf einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der Deutschen, Belgischen, Französischen, Großbritannienischen, Italienischen und Japanischen Regierung über die vor der Interalliierten Militärkontrollkommission und der Botschafterkonferenz noch in der Schwebe befindlichen Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genugtuung festgestellt worden, daß über den größten Teil der mehr als 100 Fragen, die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles streitig waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur die Verständigung über zwei Fragen steht noch aus. Alles berechtigt daher zu der Hoffnung, daß diese beiden Fragen geregelt werden können.

Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden:

1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festungen und die Frage des Kriegsmaterials wird von der Botschafterkonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erleichtern.
2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Arbeiten an den Festungen eingestellt, unbeschadet des Rechts der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrechtzuerhalten.
3. Die Interalliierte Militärkontrollkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Art. 213 des Friedensvertrages Anwendung nach Maßgabe der von dem Völkerbundsrat gefaßten Beschlüsse.
4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider Erwarten noch keine gütliche Lösung gefunden haben sollten, werden sie vor den Völkerbundsrat gebracht werden.

5. Für alle Fragen, die mit der Ausführung der erzielten oder noch zu erzielenden Lösungen zusammenhängen, kann jede der in der Botschafterkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Botschaft in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der geeignet ist, mit den zuständigen deutschen Behörden ins Benehmen zu treten.

Nr. 30.

Zahlen, die zur Abrüstung mahnen!

Die von der sowjetrussischen Delegation dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß zugestellte ergänzende Denkschrift über die Abrüstungsfrage stellt zahlenmäßige Vergleiche an über den Rüstungsstand vor und nach dem Kriege.

Nach der russischen Statistik hatten die wichtigsten Staaten vor dem Kriege 5 700 000 Mann und 1925 bereits wieder 5 200 000 unter Waffen, obwohl die Mittelmächte ihre Effektivbestände um 931 000 auf 198 000 Mann herabsetzen mußten und die sowjetrussische Armee um 770 000 Mann geringer sei als die des zaristischen Rußland.

Die Siegerstaaten hätten einschließlich der Neutralen unter dem Druck der neuen politischen Gegensätze ihre stehenden Heere in der Nachkriegszeit um fast 1 200 000 Mann vermehrt. Die Denkschrift erinnert weiter an das starke Anwachsen der Heeresausgaben aller Art, die für die wichtigsten Länder im Jahre 1912 rund 4700 Millionen Rubel und im Jahre 1925 5 300 000 Millionen Rubel ausmachten.

Das Mißverhältnis der Wehrhaftigkeit Deutschlands zu der seiner Nachbarn zeigt die folgende arithmetische Betrachtung:

Nach dem augenblicklichen Stand der Land- und Luftstreitkräfte verfügt:

	Mannschaften		Geschütze			Masch.-Gew.		Kampfwagen	Flugzeuge
	Friedensstärke	Reserven	leicht.	schw.	Flak	leichte	schw.		
Frankreich .	733 000	3 500 000	1 428	1 544	200	19 500	15 800	2 554	2 200
Belgien . .	66 800	530 000	588	271	48	2 900	1 173	225	234
Polen . .	284 800	1 740 000	1 284	426	175	5 800	3 900	220	1 000
Tschechoslowakei .	140 000	1 160 000	792	304	72	6 462	1 274	100	500
Deutschland	100 000	0	288	42 ¹⁾	16 ¹⁾	1 134	792	0	0

¹⁾ Diese schweren und Flak-Geschütze befinden sich nur in Königsberg und sind eingebaut.

Die Länge der deutschen Grenzen zu diesen Staaten beträgt bei:

Frankreich einschl. Luxemburg und Saargebiet	612,4 km	
Belgien	155,3 km	
Polen außer Ostpreußen	} zus. 1809,8 {	1 237,4 km
Polen in Ostpreußen		572,4 km
Tschechoslowakei	1 582,2 km	
<hr/>		
zusammen:	4 105,7 km	

Auf je 10 km dieser Grenzen können demnach aufmarschieren lassen:

	Mannschaften			Geschütze			Masch.-Gew.		Kampf- wagen	Flugzeuge
	Frie- dens- stärke	Re- serven	zus.	leichte	schw.	Flak	leichte	schw.		
Frankreich .	11 970	57 152	69 122	23	25	3	318	258	41	36
Belgien . .	4 301	34 130	38 431	38	17	3	187	75	14 ¹⁾	15
Polen . . .	1 573	9 614	11 183	7	2 ²⁾	0 ²⁾	32	22 ²⁾	1 ²⁾	5 ²⁾
Tschecho- slowakei .	916	7 590	8 506	5	2	0 ³⁾	42	8	0 ³⁾	3
Deutschland	243	0	243	0 ⁴⁾	0	0	2 ⁴⁾	0 ⁴⁾	0	0

Auf 100 km berechnet:

1) in Belgien: 145 Kampfwagen.

2) in Polen: 23 schwere Geschütze, 9 Flak-Geschütze, 215 schwere Maschinengewehre, 12 Kampfwagen, 55 Flieger.

3) in der Tschechoslowakei: 5 Flak-Geschütze, 6 Kampfwagen.

4) in Deutschland: 7 leichte Geschütze, 28 leichte Maschinengewehre, 2 schwere Maschinengewehre.

An Festungen sind gegenüber Deutschland vorhanden:

In Frankreich:

12 (a u s s c h l. des im Ausbau befindlichen Befestigungssystems längs der Ost- und Nordost-Grenze) = Breisach, Straßburg, Bitsch, Metz, Diedenhofen, Longwy, Belfort, Epinal, Toul, Nancy, Verdun, Sedan;

in Belgien:

2 = Lüttich, Namur;

in Polen:

14 = Graudenz, Kulm, Thorn, Posen, Krakau, Grodno, Ossowiec, Lomza, Ostrolenka, Rozan, Pultusk, Modlin, Warschau, Iwangorod;

in der Tschechoslowakei:

6 allerdings veraltete Festungen = Komorn, Olmütz, Königgrätz, Preßburg, Theresienstadt, Josephstadt;

dagegen in Deutschland:

6 veraltete Festungen, die nicht modernisiert werden dürfen und — ausschließlich Königsberg — ohne Artillerie sind, = Königsberg, Breslau, Glogau, Küstrin, Ingolstadt, Ulm;

4 Sperren, ebenfalls unmodern und ohne jede Artillerie, = Lötzen, Königstein, Neiße, Glatz.

Nr. 31.

Bemerkungen der Deutschen Regierung zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees in Prag im Januar 1928.

Die Deutsche Regierung hat den Wunsch, den Berichterstatlern des Sicherheitskomitees anläßlich des Beginns ihrer Beratungen einige Bemerkungen allgemeiner Art zu dem Arbeitsprogramm zugehen zu lassen. Sie verfolgt damit lediglich die Absicht, ihre Auffassung über die zweckmäßigste Gestaltung der von den Berichterstatlern übernommenen Vorarbeiten darzulegen, ohne schon im gegenwärtigen Augenblick konkrete Vorschläge für die Lösung der verschiedenen einzelnen Probleme machen zu wollen.

Grundsätzlich ist die Deutsche Regierung der Auffassung, die auch schon in den ersten Beratungen des Sicherheitskomitees vielfach zum Ausdruck gekommen ist, daß es sich bei allen diesen Arbeiten nicht um theoretische Konstruktionen, sondern vielmehr um praktische Maßnahmen handeln muß, wie sie unter den gegenwärtig gegebenen politischen Verhältnissen notwendig und zugleich erreichbar sind. Ein nach rein theoretischen Gesichtspunkten aufgebautes System, mag es in logischer Hinsicht auch noch so vollendet sein, würde das Sicherheitsproblem nicht nur nicht lösen, sondern unter Umständen sogar in gefährlicher Weise komplizieren. Die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung muß deshalb bei der Prüfung jeder einzelnen der in Frage kommenden Maßnahmen ausschlaggebend sein. Diese Maßnahmen sollten aber nicht nur so gestaltet werden, daß sie einfach durchzuführen sind, sondern ihre Wirksamkeit müßte auch allgemein verständlich sein, damit sie eine unmittelbare moralische Einwirkung auf die öffentliche Meinung ausüben können.

Der Kernpunkt des Sicherheitsproblems ist die Vermeidung kriegesischer Verwicklungen. Will man aber den Krieg beseitigen, so ist das nur möglich, wenn man für alle Konflikte, die bisher die Ursache von Kriegen gewesen sind, die Möglichkeit einer aussichtsreichen friedlichen Behandlung findet. Dieser Gedanke muß nach Auffassung der Deutschen Regierung den Ausgangspunkt der gesamten Arbeiten des Sicherheitskomitees und den Hauptgegenstand seiner Beratungen bilden. Solange dieses Hauptproblem nicht gelöst ist, werden alle anderen Maßnahmen nur ein künstliches System darstellen, dem der Unterbau fehlt, und das deshalb nicht geeignet ist, den Gedanken einer wahrhaften und dauernden internationalen Rechtsordnung zu verwirklichen.

Für einen Teil der Staatenkonflikte, nämlich für die Konflikte rechtlicher Art, kann das Problem, wenigstens prinzipiell, als hinreichend geklärt angesehen werden. Die Fakultativklausel zum Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofs bietet eine befriedigende Möglichkeit, alle Streitigkeiten dieser Art auf friedlichem Wege zu lösen. Es wird Aufgabe des Sicherheitskomitees sein, zu prüfen, auf welche Weise eine größere Zahl von Staaten zur alsbaldigen Annahme dieser Regelung bestimmt werden könnte.

Ein entsprechendes allgemeines Verfahren für Streitigkeiten, die keinen rechtlichen, sondern ausschließlich politischen Charakter tragen, hat sich dagegen bisher noch nicht verwirklichen lassen. Gerade die friedliche Schlichtung dieser Streitfragen besitzt aber vom Standpunkt des Sicherheitsproblems die allergrößte Bedeutung. Dies ist deshalb der Punkt, in dem die Vorarbeiten ansetzen und besonders vertieft werden müßten.

Die Deutsche Regierung ist der Ueberzeugung, daß es hier praktische Möglichkeiten gibt, die bisher noch nicht ausgenutzt worden sind. Aufgabe des Komitees muß es sein, zu versuchen, für alle denkbaren Streitfragen ohne jede Ausnahme ein Verfahren zu schaffen, das geeignet ist, billige und friedliche Lösungen herbeizuführen. Der Gedanke, Streitigkeiten von ausschließlich politischem Charakter sämtlich durch eine Schiedsinstanz einer obligatorischen und endgültigen Entscheidung zuzuführen, läßt sich unter den augenblicklichen Verhältnissen noch nicht verwirklichen. Man kann sich ihm aber nähern, indem man andere Arten von Verfahren einführt, die unter Berücksichtigung der legitimen Bedürfnisse des Völkerlebens und seiner Entwicklung eine Beilegung der Konflikte praktisch so gut wie sicherstellt. Eine besondere Rolle würde hierbei dem Ausbau des Vergleichsverfahrens, sei es vor dem Völkerbundsrat, sei es vor besonderen, mit hinreichender Autorität ausgestatteten Instanzen, zufallen. Die Entwicklung des Schiedsverfahrens seit Begründung des Völkerbundes weist in diese Richtung und hat bereits gewisse Grundgedanken herausgearbeitet, die mit Nutzen weiterverfolgt werden können.

Ein derartiges System der friedlichen Streitschlichtung könnte sowohl in zweiseitigen Verträgen als auch in Verträgen bestehen, die eine größere Anzahl von Staaten umfassen. Die nur zweiseitigen Verträge würden an Wirksamkeit gewinnen, wenn es gelänge, das darin vereinbarte Verfahren in einen organischen Zusammenhang mit dem Verfahren vor den Instanzen des Völkerbundes zu bringen. Bei einem Vertrage, der eine größere Anzahl von Staaten umfaßt, würde dies naturgemäß leichter sein. Andererseits könnte ein solcher multilateraler Vertrag so gestaltet werden, daß das Maß der zu übernehmenden Verpflichtungen in gewissem Grade entweder den besonderen politischen Verhältnissen in bestimmten Weltteilen oder dem Charakter der politischen Beziehungen zwischen den einzelnen beitretenden Staaten angepaßt wird.

Der Einwand, daß der Wert jedes Systems der friedlichen Behandlung von Staatenkonflikten stets noch von besonderen Maßnahmen abhängt, welche die Innehaltung der darin getroffenen Vereinbarungen garantieren, ist nicht begründet. Wenn die Instanzen, die zur endgültigen Entscheidung berufen werden, mit der notwendigen Autorität ausgestattet, und wenn die Grenzen ihrer Zuständigkeit mit der erforderlichen Genauigkeit umschrieben sind, kann kaum angenommen werden, daß ein Staat es wagen würde, sich über eine solche Entscheidung hinwegzusetzen. Das gleiche gilt auch für das Ergebnis anderer Verfahrensarten, die nicht auf eine förmlich bindende Entscheidung des Konfliktes abgestellt sind.

Für den Fall, daß gleichwohl die Mittel friedlicher Streitschlichtung tatsächlich versagen, stehen dem Völkerbund die Bestimmungen seiner Satzung über Kriegsverhütung und Bekämpfung des Friedensbruches zur Verfügung. Gerade durch ein System der vorerwähnten Art werden für die Anwendung dieser Bestimmungen erst klare Voraussetzungen geschaffen.

Die Aufgabe, zu verhüten, daß ein Konflikt die beteiligten Staaten schließlich doch zum Appell an die Waffen treibt, fällt in erster Linie dem Räte zu, und es wird Sache des Komitees sein, Maßnahmen vorzuschlagen, die ein rasches und wirksames Eingreifen dieser Instanz zum Zwecke der Verhinderung drohender Feindseligkeiten sicherstellen. Eine genaue Untersuchung der in Artikel 11 der Satzung gebotenen Möglichkeiten wird zweifellos zur Ausarbeitung einer Reihe von praktischen Vorschlägen führen. Diese würden sich über den Rahmen der Satzung hinaus durch besondere freiwillige Verpflichtungen ergänzen lassen, die, wenn sie nicht allen Völkerbundsmitgliedern annehmbar erscheinen sollten, sicherlich doch Gegenstand einer Vereinbarung zwischen einer großen Anzahl von ihnen sein könnten. Als Beispiel hierfür können die in Locarno vereinbarten Bestimmungen der Artikel 4 und 5 des Rheinpaktes sowie der Artikel 19 der

Schiedsverträge über gewisse Empfehlungen und Vorschläge des Völkerbundsrats dienen.

Selbstverständlich ist nicht zu verkennen, daß die Wirksamkeit aller Sicherungen dieser und anderer Art außerordentlich verstärkt wird, wenn es endlich dazu kommt, die allgemeine Abrüstung durchzuführen, die in sich bereits eines der wesentlichsten Elemente der Sicherheit enthält.

Je weiter die Kriegsverhütungsmaßnahmen ausgebaut werden, desto geringer wird das Bedürfnis nach Maßnahmen, die im Falle eines bereits vollzogenen Friedensbruches zu ergreifen sind. Eine gemeinsame Aktion aller Bundesmitglieder im Falle eines Friedensbruches ist zurzeit nicht möglich, da die allgemeine Abrüstung noch aussteht. Es ist vorgeschlagen worden, einen Ersatz hierfür in regionalen Verträgen zu suchen, die dem Sicherheitsbedürfnis eines bestimmten Gebietes Rechnung tragen. Es gehört zu den Aufgaben des Komitees, diesen Vorschlag zu prüfen. Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß der Völkerbund nicht in der Lage ist, auf einzelne seiner Mitglieder oder Gruppen von ihnen einen Druck zwecks Abschlusses derartiger Vereinbarungen auszuüben. Jedenfalls sind von vornherein nur solche Lösungen anzustreben, die für eine bestimmte Gruppe von Staaten die Verhältnisse dieser Staaten untereinander regeln, ohne hierbei in Gegensatz zu außenstehenden Staaten zu treten. Die Erhöhung der Sicherheit einzelner Staaten auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten stellt keinen Fortschritt im Sinne des Friedens dar. In Locarno ist ein Vertragssystem aufgestellt worden, das sich auf die politischen Beziehungen der beteiligten Staaten beschränkt, ohne die Interessen anderer Staaten zu beeinträchtigen. Dagegen würde die Bildung von Bündnisgruppen innerhalb des Völkerbundes, die den Schutz der ihnen angeschlossenen Staaten gegen andere Bundesmitglieder bezwecken, leicht zu einer Spaltung des Bundes führen und, namentlich in Krisenzeiten, jede gemeinsame Aktion lähmen.

Zum Schluß möchte die Deutsche Regierung noch einmal wiederholen, daß es nach ihrer Ansicht darauf ankommt, das Sicherheitsproblem in seinem Kernpunkte, der friedlichen Behandlung aller Arten von Staatenkonflikten, anzufassen. Wollte man statt dessen den Kriegsfall und die Regelung militärischer Sanktionen zum Ausgangspunkt nehmen, so käme das dem Versuche gleich, das Haus vom Dache aus zu bauen. Der Krieg läßt sich nicht dadurch verhüten, daß man den Krieg gegen den Krieg vorbereitet, sondern nur dadurch, daß man seine Ursachen beseitigt. Das ist aber nach Auffassung der Deutschen Regierung nur möglich, wenn eine dauerhafte Friedensordnung geschaffen wird, welche die Beseitigung aller den Weltfrieden gefährdenden internationalen Verhältnisse gewährleistet.

1. Entwurf des Kriegsächtungs-Vertrages (Kellogg-Pakt).

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Der Präsident der französischen Republik

Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den britischen Dominions in Uebersee,
Kaiser von Indien

Der Präsident des Deutschen Reiches

Seine Majestät der König von Italien

Seine Majestät der Kaiser von Japan

haben

Tief durchdrungen davon, daß ihr hohes Amt ihnen eine feierliche Pflicht zur Förderung der Wohlfahrt der Menschheit auferlegt;

Erfüllt von dem gemeinsamen Wunsche, nicht nur die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, die jetzt glücklicherweise zwischen ihren Völkern bestehen, dauernd zu gestalten, sondern auch einen Krieg zwischen irgendeiner der Nationen der Welt zu verhindern;

In dem Bestreben, durch einen formellen Akt unmißverständlich zu bezeugen, daß sie den Krieg als Werkzeug staatlicher Politik verurteilen und auf ihn zugunsten der friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten verzichten;

In der Hoffnung, daß, ermutigt durch ihr Beispiel, alle anderen Nationen der Welt sich diesem humanen Bestreben anschließen und dadurch, daß sie dem gegenwärtigen Vertrag, sobald er in Kraft tritt, beitreten, ihre Völker an seinen segensreichen Bestimmungen teilnehmen lassen und so die zivilisierten Nationen der Welt sich in einem gemeinsamen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug ihrer staatlichen Politik vereinigen;

Beschlossen, einen Vertrag zu schließen und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(folgen die Namen der Bevollmächtigten),

Die nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die folgenden Artikel vereinbart haben:

Artikel 1. Die Hohen Vertragschließenden erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie die Inanspruchnahme des Krieges zur Lösung internationaler Streitigkeiten verurteilen und auf ihn als Werkzeug staatlicher Politik in ihren Beziehungen zueinander verzichten.

Artikel 2. Die Hohen Vertragschließenden vereinbaren, daß die Regelung oder Lösung aller Streitigkeiten oder Konflikte, welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, die zwischen ihnen entstehen, nie anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.

Artikel 3. Der gegenwärtige Vertrag soll von den in der Präambel genannten Vertragschließenden entsprechend den Erfordernissen ihrer Verfassungen ratifiziert werden und soll zwischen ihnen in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden in niedergelegt sind.

Dieser Vertrag soll nach seinem entsprechend den Vorschriften des vorangegangenen Absatzes erfolgten Inkrafttreten solange als notwendig dem Beitritt aller anderen Mächte der Welt offenstehen. Jede Urkunde über den Beitritt einer Macht soll in niedergelegt werden und der Vertrag soll sofort nach der Niederlegung zwischen der so beigetretenen Macht und den anderen an ihm beteiligten Mächten in Kraft treten.

Es wird Sache der Regierung von sein, jeder in der Präambel genannten und jeder später dem Vertrag beitretenden Regierung eine beglaubigte Abschrift des Vertrages und jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu übermitteln. Es wird auch Sache der Regierung von sein, diese Regierungen sofort telegraphisch von der Niederlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag, dessen französischer und englischer Text gleich maßgebend sind, unterzeichnet und ihre Siegel beigelügt,

Geschehen in am ... Tage des im Jahre unseres Herrn eintausendneun-
hundertund ... zwanzig.

Nr. 33.

Frankreichs vorläufiger Vertragsentwurf eines Kriegsächtungspaktes.

Ueergeben am 20. April 1928 an Herrn Stresemann von dem Französischen Botschafter
Herrn de Margerie im Namen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Herrn Briand.

Der Deutsche Reichspräsident, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der
Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König von England, Irland und den
Britischen Dominien, Kaiser von Indien, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät
der Kaiser von Japan

in gleicher Weise von dem Wunsche beseelt, nicht nur die glücklicherweise jetzt zwischen
ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauerhaft zu gestalten,
sondern zugleich die Gefahr eines Krieges zwischen allen Mächten der Welt zu beseitigen,

darüber einig, in einem feierlichen Akt ihren äußerst förmlichen und klaren Beschluß
festzulegen, den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik zu verwerfen und auf die friedliche
Regelung internationaler Konflikte hinzuarbeiten,

schließlich der Hoffnung Ausdruck verleihend, daß alle anderen Nationen der Welt sich
diesem im Interesse der Menschheit gelegenen Bestreben anschließen werden, um das Zusammen-
wirken der zivilisierten Völker in einem einheitlichen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug
der nationalen Politik zu verwirklichen, haben beschlossen, einen Vertrag zu schließen, und
zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichspräsident

(usw. wie oben)

die, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, die folgenden
Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1.

Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären feierlich, ohne damit
die Ausübung ihres Rechts auf rechtmäßige Verteidigung beeinträchtigen
zu wollen, so wie dieses in den bestehenden Verträgen festgelegt ist, be-
sonders wenn solche Verträge die Verletzung gewisser darin enthaltener
Bestimmungen einem feindlichen Akte gleichstellen, daß sie die Inanspruch-
nahme des Krieges verurteilen und auf ihn als Werkzeug der nationalen
Politik verzichten, d. h. zur Ausführung einer persönlichen, spontanen und
unabhängigen politischen Handlung, die sie aus eigenem Antriebe vor-
nehmen würden, ohne sich dazu durch die Anwendung eines Vertrages wie
der Völkerbundsatzung oder irgendeines anderen beim Völkerbund ein-

getragenen Vertrages veranlaßt zu sehen. Sie verpflichten sich demgemäß zu keinem Angriff oder Einfall gegeneinander zu schreiten.

Artikel 2.

Die Regelung oder Entscheidung aller zwischen den Hohen Vertragsschließenden Parteien entstehenden Streitigkeiten oder Konflikte, welcher Natur oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, wird von dem Beteiligten niemals anders als auf friedlichem Wege angestrebt werden.

Artikel 3.

Wenn eine der Hohen Vertragsschließenden Parteien diesen Vertrag verletzen sollte, würden die anderen Vertragsschließenden Mächte dieser gegenüber von Rechts wegen von ihren in dem Vertrage übernommenen Verpflichtungen befreit sein.

Artikel 4.

Die Bestimmungen dieses Vertrages beeinträchtigen in keiner Weise die Rechte und Pflichten, die sich für die Vertragsschließenden Mächte aus früheren internationalen Uebereinkommen, an denen sie beteiligt sind, ergeben.

Artikel 5.

Alle Mächte werden zum Beitritt an diesem Vertrage aufgefordert werden; der Vertrag wird erst in Kraft treten, nachdem er allgemein angenommen sein wird, es sei denn, daß die unten bezeichneten Signatarmächte in Uebereinstimmung mit den inzwischen beigetretenen Mächten sich darüber verständigen, das Inkrafttreten des Vertrages trotz des Fehlens einzelner Beitrittserklärungen zu beschließen.

Artikel 6.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in hinterlegt werden. Innerhalb von drei Monaten nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde wird der Vertrag durch die Regierung der mit der Aufforderung zum Beitritt zur Kenntnis aller Mächte gebracht werden.

Die Regierung wird jeder der Signatarmächte und der Mächte, die dem Vertrage beigetreten sind, eine beglaubigte Abschrift der Bestätigungsurkunden jeweils nach Eingang der Beitrittserklärungen zustellen.

Ein Jahr nach Ablauf der im Artikel vorgesehenen Frist von 3 Monaten, wird die Regierung ein vollständiges Verzeichnis der Unterschriften und Beitrittserklärungen allen Mächten zugehen lassen, die den Vertrag gezeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

Zu Urkund dessen haben die oben genannten Bevollmächtigten diesen Vertrag gezeichnet und ihn mit ihrem Siegel versehen.

Geschehen zu in französischer und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichwertig sind, den 1928.

Stellungnahme der Deutschen Regierung zum Kriegsächtungspakt.

Berlin, den 27. April 1928.

Herr Botschafter,

Euerer Exzellenz haben mir in der Note vom 13. April und ihren Anlagen von den Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Französischen Regierung über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Aechtung des Krieges Mitteilung gemacht. Zugleich haben Sie an mich die Frage gerichtet, ob die Deutsche Regierung geneigt sei, einen solchen Pakt nach dem von der Regierung der Vereinigten Staaten aufgestellten Entwurf abzuschließen, oder ob sie bestimmte Änderungen dieses Entwurfes für notwendig halte.

Die Deutsche Regierung hat Ihre Frage mit der Sorgfalt geprüft, die der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit entspricht. Sie konnte in diese Prüfung auch den Vertragsentwurf einbeziehen, der inzwischen von der Französischen Regierung aufgestellt und den beteiligten Mächten übermittelt worden ist. Als Ergebnis der Prüfung beehre ich mich Euerer Exzellenz im Namen der Deutschen Regierung folgendes mitzuteilen.

Die Deutsche Regierung begrüßt die Eröffnung von Verhandlungen über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Aechtung des Krieges auf das wärmste. Die beiden großen Gedanken, die der Initiative des französischen Herrn Außenministers und dem aus ihr hervorgegangenen Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten zugrunde liegen, entsprechen vollkommen den Grundsätzen der deutschen Politik. Deutschland hat kein höheres Interesse, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte ausgeschaltet und im Leben der Völker eine Entwicklung gesichert zu sehen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet. Der Abschluß eines Paktes, wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt im Auge hat, würde die Völker der Erreichung dieses Zieles sicherlich um ein weites Stück näherbringen.

Da das Bedürfnis der Völker nach Sicherung des Friedens seit Beendigung des Weltkrieges bereits zu anderen internationalen Abmachungen geführt hat, ergibt sich für die daran beteiligten Staaten die Notwendigkeit, sich klar darüber zu werden, in welchem Verhältnis der jetzt geplante Pakt zu diesen schon in Kraft befindlichen internationalen Abmachungen stehen würde. Sie haben, Herr Botschafter, in Ihrer Note auf die Erwägungen hingewiesen, die in dieser Hinsicht von der Französischen Regierung in ihrem Meinungsaustausch mit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht worden sind. Was Deutschland anlangt, so kommen

als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalte des neuen Paktes berühren könnten, die Völkerbundssatzung und der Rheinpakt von Locarno in Betracht; sonstige internationale Verpflichtungen dieser Art ist Deutschland nicht eingegangen. Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung und dem Rheinpakt muß nach Ansicht der Deutschen Regierung unverrückbar feststehen. Die Deutsche Regierung ist aber der Ueberzeugung, daß diese Verpflichtungen nichts enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Paktentwurf der Vereinigten Staaten vorsieht, irgendwie in Widerstreit geraten könnte. Im Gegenteil glaubt sie, daß die bindende Verpflichtung, den Krieg nicht als ein Werkzeug nationaler Politik zu benutzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerbundssatzung und des Rheinpaktes zu verstärken.

Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das souveräne Recht eines jeden Staates zur Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde. Es versteht sich von selbst, daß, wenn ein Staat den Pakt bricht, die anderen Kontrahenten diesem Staate gegenüber ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Der von der Verletzung des Paktes betroffene Staat ist deshalb nicht gehindert, sich seinerseits gegen den Friedensbrecher zur Wehr zu setzen. In einem Pakte dieser Art den Fall seiner Verletzung ausdrücklich vorzusehen, erscheint der Deutschen Regierung nicht notwendig.

In Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten und mit der Französischen Regierung ist auch die Deutsche Regierung der Auffassung, daß das letzte Ziel die Universalität des neuen Paktes sein muß. Diese Universalität herbeizuführen, dürfte der Entwurf der Vereinigten Staaten einen praktischen Weg eröffnen. Wenn die zunächst als Signatarmächte in Aussicht genommenen Staaten den Pakt abgeschlossen haben, kann erwartet werden, daß die anderen Staaten von dem ihnen ohne Einschränkung und Bedingung gewährten Rechte des Beitritts alsbald Gebrauch machen.

Die Deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen und zu diesem Zwecke in die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten. Mit dieser Erklärung verbindet jedoch die Deutsche Regierung die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlen wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So müßte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens den Bemühungen um die Durchführung der allgemeinen Abrüstung einen wirksamen Impuls geben. Außerdem aber müßte der Verzicht auf den Krieg als notwendiges Gegenstück den Ausbau der

Möglichkeiten fördern, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkerinteressen auf friedliche Weise zum Austrag zu bringen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

(gez.:) Stresemann.

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Vereinigten
Staaten von Amerika
Herrn Schurman
Berlin.

Nr. 35.

Amerikanische Begleitnote und 2. (endgültiger) Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.

Berlin, den 23. Juni 1928.

Seiner Exzellenz Herrn Staatssekretär von Schubert,
Stellvertretender Reichsminister des Auswärtigen, Berlin.

Exzellenz!

Wie erinnerlich sein wird, übergaben am 13. April 1928 auf Grund des zwischen der Französischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten erzielten Einverständnisses die amerikanischen Botschafter in London, Berlin, Rom und Tokio den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, den Wortlaut des ursprünglichen Vorschlags des Herrn Briand vom 20. Juni 1927 zusammen mit Abschriften der Noten, die später zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten hinsichtlich eines vielseitigen Vertrags über den Verzicht auf den Krieg gewechselt worden sind. Gleichzeitig legte die Regierung der Vereinigten Staaten auch einen vorläufigen Vertragsentwurf zur Prüfung vor, der in großen Zügen die Form eines Vertrags darstellte, den sie selbst zu zeichnen bereit war und hinsichtlich dessen sie anfragte, ob die Regierungen, an die sie sich wandte, in der Lage seien, ihn in günstige Erwägung zu ziehen. Der Wortlaut der übereinstimmenden Noten vom 13. April 1928 und eine Abschrift des gleichzeitig übergebenen Vertragsentwurfs wurden auch durch den Amerikanischen Botschafter in Paris zur Kenntnis der Französischen Regierung gebracht.

Wie gleichfalls erinnerlich sein wird, hat die Regierung der Französischen Republik am 20. April 1928 den übrigen beteiligten Regierungen, einschließlich der Regierung der Vereinigten Staaten, den Gegenentwurf eines Vertrags zugestellt, ferner hat der Staatssekretär der Vereinigten Staaten in der Ansprache, die er am 28. April 1928 vor der Amerikanischen Gesellschaft für internationales Recht hielt, eingehend dargelegt, wie meine Regierung den von ihr vorgeschlagenen Vertrag auslegt, wobei er wie folgt

auf die sechs hauptsächlichsten Betrachtungen einging, die von Frankreich in seinem Gegenentwurf und in dem früheren diplomatischen Schriftwechsel mit meiner Regierung angestellt worden sind:

„1. Selbstverteidigung. In dem amerikanischen Entwurf eines Anti-Kriegsvertrags ist nichts enthalten, was irgendwie das Recht der Selbstverteidigung beschränkt oder beeinträchtigt. Es handelt sich dabei um ein natürliches Recht jedes souveränen Staates, das bei jedem Verträge als selbstverständlich vorauszusetzen ist. Jede Nation ist jederzeit und ohne Rücksicht auf Vertragsbestimmungen in der Verteidigung ihres Gebietes gegen einen Angriff oder einen Einbruch frei und allein berufen, zu entscheiden, ob die Umstände es erfordern, zu ihrer Selbstverteidigung zum Kriege zu schreiten. Wenn sie eine gute Sache vertritt, wird die Welt ihrem Vorgehen zustimmen und dieses nicht verurteilen. Eine ausdrückliche Anerkennung dieses unveräußerlichen Rechts im Vertragswege verursacht indessen die gleiche Schwierigkeit, auf die jeder Versuch stößt, den Begriff „Angriff“ zu bestimmen. Es handelt sich um die gleiche, hier nur von der anderen Seite betrachtete Frage. Da keine Vertragsbestimmung etwas zu dem natürlichen Recht auf Selbstverteidigung hinzufügen kann, liegt es nicht im Friedensinteresse, daß ein Vertrag einen juristischen Begriff der Selbstverteidigung aufstellt, da es für einen Skrupellosen nur zu leicht ist, den Dingen eine solche Gestalt zu geben, daß sie mit einer vereinbarten Begriffsbestimmung im Einklang stehen.

2. Die Völkerbundsatzung. Die Satzung begründet keine positive primäre Verpflichtung, zum Kriege zu schreiten. Die Verpflichtung ist vielmehr, soweit sie überhaupt besteht, eine sekundäre und tritt nur ein, wenn sie von einem Staate auf Grund eigener Entschliebung anerkannt wird. Artikel 10 der Satzung ist z. B. durch eine Entschliebung, die der vierten Bundesversammlung vorgelegt, aber von ihr infolge einer ablehnenden Stimme nicht förmlich angenommen worden ist, dahin ausgelegt worden, „daß es die Aufgabe der verfassungsmäßig zuständigen Behörden jedes Mitgliedstaates ist, hinsichtlich der Verpflichtung zur Wahrung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Gebietes darüber zu entscheiden, in welchem Umfange das Mitglied verpflichtet ist, die Ausführung dieser Verpflichtung durch Einsatz seiner Streitkräfte zu sichern“. Nach meiner Ansicht sind die Satzung und der Gedanke eines uneingeschränkten Verzichts auf den Krieg nicht notwendig unvereinbar. Es ist richtig, daß die Satzung so ausgelegt werden kann, daß sie unter gewissen Umständen die Ermächtigung zum Kriege erteilt, aber es handelt sich um eine Ermächtigung und nicht um eine positive Forderung.

3. Die Locarno-Verträge. Wenn für die Vertragsparteien von Locarno irgendeine positive Verpflichtung, zum Kriege zu schreiten, besteht, so würde doch diese Verpflichtung sicherlich nur eintreten, wenn eine der Vertragsparteien unter Verletzung ihrer in dem Vertrage feierlich übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet. Es ist daher offensichtlich, daß, wenn alle an den Locarno-Verträgen beteiligten Vertragsparteien Parteien des von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen vielseitigen Anti-Kriegsvertrags werden, eine doppelte Sicherung dafür bestehen würde, daß die Locarno-Verträge nicht durch einen Appell an die Waffen verletzt werden. Das Ergebnis wäre in diesem Falle, daß, wenn irgendein Staat unter Verletzung der Locarno-Verträge zum Kriege schreiten würde, dies zugleich auch einen Bruch des vielseitigen Anti-Kriegsvertrags bedeuten würde, und daß infolgedessen die anderen Parteien des Anti-Kriegsvertrags von Rechts wegen automatisch von ihren sich daraus ergebenden Verpflichtungen befreit und ungehindert sein würden, ihre Locarno-Pflichten zu erfüllen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist durchaus damit einverstanden, daß alle Parteien der Locarno-Verträge Parteien des von ihr vorgeschlagenen Anti-Kriegsvertrags werden, indem sie diesen entweder als in erster Linie Beteiligte zeichnen oder dem Vertrage sofort beitreten, sobald er gemäß Artikel 3 des amerikanischen Entwurfs in Kraft tritt; sie wird keine Einwendungen erheben, sofern eine solche Anregung erfolgt.
4. Neutralitätsverträge. Die Vereinigten Staaten sind nicht genau über die Verträge unterrichtet, die Frankreich im Auge hat, und sie können daher deren Bestimmungen nicht erörtern. Die Annahme erscheint indessen nicht unbegründet, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und den Staaten, deren Neutralität es garantiert hat, hinreichend eng und intim sind, um es Frankreich zu ermöglichen, diese Staaten zu veranlassen, dem von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Anti-Kriegspakt rechtzeitig beizutreten. Wenn das geschehen würde, so könnte keine an dem Anti-Kriegspakt beteiligte Partei die neutralisierten Staaten angreifen, ohne den Vertrag zu verletzen und dadurch Frankreich und die anderen Mächte gegenüber dem vertragbrechenden Staate automatisch von ihren Verpflichtungen aus dem Anti-Kriegsvertrag zu befreien. Wenn die neutralisierten Staaten durch einen Staat angegriffen würden, der nicht Partei des Anti-Kriegsvertrags ist, würde dieser letztere Vertrag natürlich überhaupt bei Beurteilung der Sachlage außer Betracht bleiben müssen, und Frankreich würde ebenso unbeschränkt nach Maßgabe der Verträge zur Garantierung der Neutralität handeln können, als wenn es nicht an dem Anti-Kriegsvertrag beteiligt wäre. Es ist daher schwer

zu verstehen, wie Verträge zur Garantierung der Neutralität dahin ausgelegt werden können, daß sie Frankreich oder irgendeine andere Macht unbedingt daran verhindern, einen vielseitigen Vertrag über den Verzicht auf den Krieg abzuschließen.

5. Beziehungen zu einem vertragbrechenden Staat. Wie ich schon dargelegt habe, ist es vom Rechtsstandpunkt unzweifelhaft, daß, wenn ein vielseitiger Anti-Kriegsvertrag von einer Vertragspartei dadurch verletzt wird, daß sie zum Kriege schreitet, die anderen Vertragsparteien von ihren Verpflichtungen gegenüber dem vertragbrechenden Staat automatisch befreit werden würden. Eine ausdrückliche Anerkennung dieses Rechtsgrundsatzes ist völlig unnötig.
6. Universalität. Die Vereinigten Staaten haben von Anfang an gehofft, daß der von ihnen vorgeschlagene vielseitige Anti-Kriegsvertrag in der ganzen Welt zur Anwendung gelangen möchte, und deshalb ist eine entsprechende Bestimmung in den am 13. April den anderen Regierungen unterbreiteten Entwurf aufgenommen worden. Vom praktischen Standpunkt ist es indessen offenbar vorzuziehen, das Inkrafttreten eines Anti-Kriegsvertrags nicht aufzuschieben, bis alle Nationen der Welt sich über den Wortlaut eines solchen Vertrags einigen und seine Ratifizierung veranlassen. Aus dem einen oder anderen Grunde könnte ein Staat, der seiner Situation nach keine Bedrohung des Weltfriedens bildet, das Einverständnis hintertreiben oder die Ratifikation in einer Weise verzögern, daß dadurch die Bemühungen aller anderen Mächte ergebnislos gemacht würden. Außerdem ist es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß eine Vertragsform, die für die Britische, Französische, Deutsche, Italienische und Japanische Regierung ebenso wie für die Vereinigten Staaten annehmbar ist, nicht in gleicher Weise auch für die meisten, wenn nicht gar alle anderen Weltmächte annehmbar sein sollte. Selbst wenn das aber nicht der Fall sein sollte, würde das Inkrafttreten und die Innehaltung eines wirksamen Anti-Kriegsvertrags durch die obenerwähnten sechs Mächte eine praktische Garantie gegen einen zweiten Weltkrieg sein. Damit allein würde der Menschheit bereits ein ungeheurer Dienst geleistet sein, und die Vereinigten Staaten sind nicht gewillt, den praktischen Erfolg des von ihnen gemachten Vorschlags aufs Spiel zu setzen, indem sie das Inkrafttreten des Vertrags von seiner vorherigen allgemeinen oder doch fast allgemeinen Annahme abhängig machen.“

Die Britische, Deutsche, Italienische und Japanische Regierung haben jetzt auf die Noten meiner Regierung vom 13. April 1928 geantwortet, und die Regierungen der Britischen Dominions und Indiens haben gleichfalls

auf die Einladungen geantwortet, die an sie am 22. Mai 1928 durch meine Regierung auf Grund der von Seiner Majestät Regierung in Großbritannien in der Note vom 19. Mai 1928 gemachten Anregung gerichtet worden sind. Keine dieser Regierungen hat eine abweichende Meinung hinsichtlich der vorstehend erwähnten Auslegung geäußert und keine hat im geringsten den Grundsatz gemißbilligt, der dem Vorschlag der Vereinigten Staaten für die Förderung des Weltfriedens zugrunde liegt. Ebensowenig ist in einer der Antworten, welche die Regierung der Vereinigten Staaten erhalten hat, eine bestimmte Abänderung des Wortlauts des am 13. April 1928 vorgeschlagenen Vertragsentwurfs angeregt worden, und meine Regierung bleibt ihrerseits überzeugt, daß keine Abänderung des Wortlauts ihres Vorschlags für einen vielseitigen Vertrag über den Verzicht auf den Krieg notwendig ist, um die berechtigten Interessen irgendeiner Nation zu schützen. Sie glaubt, daß das Recht der Selbstverteidigung ein natürliches Recht jedes souveränen Staates und bei jedem Vertrag als selbstverständlich vorauszusetzen ist. Eine besondere Bezugnahme auf jenes unveräußerliche Attribut der Souveränität ist daher weder notwendig noch wünschenswert. Es ist nicht weniger offensichtlich, daß, wenn eine der Vertragsparteien unter Verletzung des vorgeschlagenen Vertrags zum Kriege schreiten würde, dadurch die anderen Vertragsparteien von ihren Verpflichtungen aus dem Verträge gegenüber dem kriegführenden Staate befreit werden würden. Dieser Grundsatz ist durchaus anerkannt. Was die Locarno-Verträge angeht, so ist meine Regierung von Anfang an der Ansicht gewesen, daß die Beteiligung der Signatarmächte der Locarno-Vereinbarungen an dem Anti-Kriegsvertrag — sei es, daß diese ihn als zuerst Beteiligte oder später zeichnen — allen praktischen Erfordernissen der Lage entsprechen würde, da ja in diesem Falle kein Staat unter Verletzung der Locarno-Verträge zum Kriege schreiten könnte, ohne gleichzeitig den Anti-Kriegsvertrag zu verletzen und dadurch diese anderen Vertragsparteien, soweit der vertragsbrechende Staat in Frage kommt, von allen Verpflichtungen zu entbinden. Wie Euer Exzellenz wissen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Gedanken, daß alle Parteien der Locarno-Verträge zu den ursprünglichen Signatarmächten des vorgeschlagenen Vertrags über den Verzicht auf den Krieg gehören sollten, begrüßt. In dem Vertragsentwurf, den ich die Ehre habe, Ihnen hiermit zu übergeben, ist dies deshalb vorgesehen worden. Das gleiche Verfahren würde auch für die Verträge zur Garantierung der Neutralität passen, auf die sich die Französische Regierung bezogen hat. Der Beitritt aller Parteien dieser anderen Verträge zu dem vorgeschlagenen Vertrag würde deren Rechte vollkommen sichern, da ja ein späterer Appell an die Waffen durch einen von ihnen oder durch eine Partei des Anti-Kriegsvertrags sowohl den letzteren Vertrag wie die Neutralitätsverträge verletzen und

damit die anderen Parteien des Anti-Kriegsvertrags, soweit der vertragbrechende Staat in Betracht kommt, von allen Verpflichtungen entbinden würde. Meine Regierung würde indessen durchaus bereit sein, sich damit einverstanden zu erklären, daß die an derartigen Neutralitätsverträgen beteiligten Parteien ursprüngliche Signatarmächte des vielseitigen Anti-Kriegsvertrags sein sollen, und sie hat keine Veranlassung, zu glauben, daß eine derartige Vereinbarung bei den anderen Regierungen, die jetzt an den Verhandlungen beteiligt sind, irgendeiner Einwendung begegnen könnte.

Wenn meine Regierung auch festgestellt hat, daß der am 13. April 1928 vorgeschlagene Vertragsentwurf von den Weltmächten, abgesehen davon, daß unter die ursprünglichen Signatarmächte die britischen Dominions, Indien, alle Parteien der Locarno-Verträge und vielleicht auch alle Parteien der von der Französischen Regierung erwähnten Neutralitätsverträge aufzunehmen sein würden, unbedenklich unverändert angenommen werden könnte, so möchte sie doch nicht diese Verhandlungen durch starres Festhalten an der genauen Formulierung jenes Entwurfs verzögern oder erschweren, zumal da es sich herausgestellt hat, daß die von anderen Regierungen geltend gemachten Bedenken durch eine Aenderung des Entwurfs in der Form, aber nicht in der Sache befriedigend ausgeräumt werden können und das allgemeine Einverständnis über den Wortlaut des zu zeichnenden Vertrages alsbald erreicht werden kann. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich deshalb entschlossen, den 14 anderen Regierungen, die jetzt an diesen Verhandlungen beteiligt sind, einen revidierten Entwurf eines vielseitigen Vertrags über den Verzicht auf den Krieg vorzulegen. Der Wortlaut dieses revidierten Entwurfs ist identisch mit demjenigen des am 13. April 1928 von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Entwurfs mit der Abweichung, daß die Präambel jetzt vorsieht, daß die Britischen Dominions, Indien und alle Parteien der Locarno-Verträge unter die Mächte aufgenommen sind, die aufgefordert werden, den Vertrag in erster Linie zu zeichnen, und mit der weiteren Abweichung, daß die ersten drei Absätze der Präambel wie folgt geändert werden:

„Tief durchdrungen von ihrer erhabenen Pflicht, die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern, in der Ueberzeugung, daß die Zeit gekommen ist, einen offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik auszusprechen, um die jetzt glücklicherweise zwischen ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauernd aufrechtzuerhalten,

in der Ueberzeugung, daß jede Veränderung in ihren gegenseitigen Beziehungen nur durch friedliche Mittel angestrebt werden und nur das Ergebnis eines friedlichen und geordneten Verfahrens sein sollte, und daß jede Signatarmacht, die in Zukunft danach strebt, ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, daß sie zum

Kriege schreitet, dadurch der Vorteile, die dieser Vertrag gewährt, verlustig erklärt werden sollte.“

Die revidierte Präambel erkennt damit den Grundsatz ausdrücklich an, daß, wenn — in Zukunft — ein Staat unter Verletzung des Vertrages zum Kriege schreitet, die anderen vertragschließenden Parteien dadurch diesem Staate gegenüber von ihren Verpflichtungen aus dem Vertrage entbunden sind. Sie sieht auch die Beteiligung aller Parteien der Locarno-Verträge vor und stellt damit klar, daß die Eröffnung des Krieges unter Verletzung der Locarno-Verträge auch diesen Vertrag verletzen und nicht nur die anderen Signatarmächte der Locarno-Verträge, sondern auch die anderen Signatarmächte der Anti-Kriegsverträge von ihren Verpflichtungen gegenüber dem vertragbrechenden Staat entbinden würde. Meine Regierung würde außerdem, wie schon gesagt, bereit sein, unter die ursprünglichen Signatarmächte die Parteien der von der Regierung der Französischen Republik erwähnten Neutralitätsverträge aufzunehmen, obwohl sie glaubt, daß die Interessen jener Staaten hinreichend gesichert sein würden, wenn sie, anstatt den Vertrag als Erstbeteiligte zu zeichnen, bereit sein würden, ihm beizutreten.

Unter diesen Umständen beehre ich mich, hiermit Euer Exzellenz Regierung einen Entwurf eines vielseitigen Vertrages über den Verzicht auf den Krieg zur Prüfung vorzulegen, der die vorstehend gekennzeichneten Aenderungen enthält. Ich bin beauftragt worden, in diesem Zusammenhang zu erklären, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zur sofortigen Zeichnung eines Vertrages in der hier vorgeschlagenen Form bereit ist, und der bestimmten Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Deutsche Reichsregierung in der Lage sein wird, alsbald ihre Bereitwilligkeit zu erklären, den Vertrag in der jetzt von den Vereinigten Staaten angeregten Form ohne Einschränkung und Vorbehalt anzunehmen. Wenn sich die Regierungen von Australien, Belgien, Kanada, der Tschechoslowakei, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Indien, des Irischen Freistaats, Italien, Japan, Neuseeland, Polen, Südafrika und der Vereinigten Staaten nunmehr darüber einigen können, diesen Anti-Kriegsvertrag untereinander zu schließen, ist meine Regierung überzeugt, daß die anderen Nationen der Welt, sobald der Vertrag in Kraft tritt, gern ihm beitreten werden und daß dieses einfache Verfahren das jahrhundertealte Sehnen der Menschheit nach Weltfrieden seiner praktischen Verwirklichung näherbringen wird, als das jemals bisher in der Weltgeschichte geschehen ist.

Ich beehre mich schließlich zu erklären, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gerne, sobald wie irgend angängig, darüber unterrichtet sein möchte, ob Euer Exzellenz Regierung bereit ist, mit den Vereinigten Staaten und anderen von gleichen Absichten beseelten Regierungen einen

endgültigen Vertrag über den Verzicht auf den Krieg in der hiermit übermittelten Form zu zeichnen.

Genehmigen Sie (usw.).

Jacob Gould Schurman.

Anlage.

Vertragsentwurf.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika,
der Präsident der Französischen Republik,
Seine Majestät der König der Belgier,
der Präsident der Tschechoslowakischen Republik,
Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den Britischen Dominions in Uebersee, Kaiser von Indien,
der Deutsche Reichspräsident,
Seine Majestät der König von Italien,
Seine Majestät der Kaiser von Japan,
der Präsident der Republik Polen,

tief durchdrungen von ihrer erhabenen Pflicht, die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern,

in der Ueberzeugung, daß die Zeit gekommen ist, einen offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik auszusprechen, um die jetzt glücklicherweise zwischen ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauernd aufrechtzuerhalten,

in der Ueberzeugung, daß jede Veränderung in ihren gegenseitigen Beziehungen nur durch friedliche Mittel angestrebt werden und nur das Ergebnis eines friedlichen und geordneten Verfahrens sein sollte und daß jede Signatarmacht, die in Zukunft danach strebt, ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, daß sie zum Kriege schreitet, dadurch der Vorteile, die dieser Vertrag gewährt, verlustig erklärt werden sollte,

in der Hoffnung, daß, durch ihr Beispiel ermutigt, alle anderen Nationen der Welt sich diesem im Interesse der Menschheit gelegenen Bestreben anschließen werden und durch ihren Beitritt zu diesem Vertrage, sobald er in Kraft tritt, ihre Völker an seinen segensreichen Bestimmungen teilnehmen lassen werden, und daß sich so die zivilisierten Nationen der Welt in dem gemeinsamen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug ihrer nationalen Politik zusammenfinden werden,

haben beschlossen, einen Vertrag zu schließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika,
der Präsident der Französischen Republik,
Seine Majestät der König der Belgier,
der Präsident der Tschechoslowakischen Republik,

Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den Britischen Dominions in Uebersee,

für Großbritannien, Nordirland und alle Teile des Britischen Reiches, die nicht für sich Mitglieder des Völkerbundes sind,
für das Dominion Kanada,
für den Australischen Bund,
für das Dominion Neuseeland,
für die Südafrikanische Union,
für den Irischen Freistaat,
für Indien,

der Deutsche Reichspräsident,

Seine Majestät der König von Italien,

Seine Majestät der Kaiser von Japan,

der Präsident der Republik Polen,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die folgenden Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Die Hohen Vertragschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.

Artikel 2.

Die Hohen Vertragschließenden Parteien vereinbaren, daß die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten oder Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.

Artikel 3.

Dieser Vertrag soll durch die in der Präambel genannten Hohen Vertragschließenden Parteien gemäß den Vorschriften ihrer Verfassungen ratifiziert werden und soll zwischen ihnen in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden in hinterlegt worden sind.

Dieser Vertrag soll, nachdem er gemäß dem vorhergehenden Absatz in Kraft getreten ist, solange als notwendig für den Beitritt aller anderen Mächte der Welt offenstehen. Jede Urkunde über den Beitritt einer Macht soll in hinterlegt werden, und der Vertrag soll sofort nach der Hinterlegung zwischen der so beigetretenen Macht und den anderen an ihm beteiligten Mächten in Kraft treten.

Die Regierung der ist verpflichtet, jeder in der Präambel genannten und jeder später diesem Verträge beitretenden Regierung eine

beglaubigte Abschrift des Vertrages und jeder Ratifikationsurkunde oder Beitrittserklärung zu übermitteln.

Die Regierung der ist ferner verpflichtet, diese Regierungen sofort telegraphisch von der bei ihr erfolgten Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde oder Beitrittserklärung in Kenntnis zu setzen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag in französischer und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichwertig sind, unterzeichnet und ihre Siegel daruntergesetzt.

Geschehen in am im Jahre Eintausendneuhundert.....

Nr. 36.

Deutsche Antwort zum 2. Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.

Berlin, den 11. Juli 1928.

Herr Botschafter!

Euerer Exzellenz bestätige ich den Empfang der Note vom 23. Juli d. J. über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Aechtung des Krieges und beehre mich darauf im Auftrage der Deutschen Regierung folgendes zu erwidern:

Die Deutsche Regierung hat die Ausführungen der Note und den ihr beigelegten revidierten Entwurf des Paktes mit größter Sorgfalt geprüft. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß der in der Note dargelegte Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der grundsätzlichen deutschen Auffassung entspricht, wie sie in der Note vom 27. April d. J. mitgeteilt wurde. Auch mit den Aenderungen in der Präambel des Entwurfs des Paktes ist die Deutsche Regierung einverstanden. Sie freut sich daher, erklären zu können, daß sie von den in der Note Euerer Exzellenz vom 23. Juni enthaltenen Darlegungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Akt nimmt, daß sie der Auslegung zustimmt, die darin den Bestimmungen des in Aussicht genommenen Paktes gegeben wird, und daß sie demgemäß bereit ist, diesen Pakt in der jetzt vorgeschlagenen Form zu unterzeichnen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

(gez.) Schubert.

Seiner Exzellenz dem Botschafter
der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Schurman

Berlin.

Französische Antwort zum 2. Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.

Paris, den 15. Juli 1928.

Herr Botschafter!

Mit Ihrem Schreiben vom 23. Juni d. J. hatten Euere Exzellenz die Güte, mir einen revidierten Text des Entwurfs zum Kriegsverzicht-Vertrag vorzulegen und zugleich die Auslegung mitzuteilen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten dem Text geben will.

Ich bitte Sie, der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber zum Ausdruck bringen zu wollen, mit wie großem Interesse die Regierung der Republik von dieser neuen Mitteilung Kenntnis genommen hat, die geeignet ist, die Unterzeichnung eines Vertrages zu erleichtern, dessen glückliches Zustandekommen dem französischen und dem amerikanischen Volke gleichermaßen am Herzen liegt.

Zunächst ergibt sich aus der neuen Präambel, daß der vorgeschlagene Vertrag in der Tat den Zweck hat, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, wie sie zwischen den beteiligten Völkern gemäß vertraglicher Abmachungen heute bestehen, dauernd aufrechtzuerhalten: daß es sich für die Signatarmächte wesentlich darum handelt, auf den Krieg als „Werkzeug ihrer nationalen Politik“ zu verzichten und daß demnach eine Signatarmacht, die künftighin selbst zum Kriege schreiten wollte, um ihre eigenen nationalen Interessen zu fördern, der Vorteile des Vertrags verlustig gehen würde.

Die Regierung der Republik erklärt sich gern mit diesen neuen Bestimmungen einverstanden.

Die Regierung der Republik nimmt andererseits auch gern Akt von der Auslegung, die die Regierung der Vereinigten Staaten dem neuen Vertrage gibt, um den verschiedenen französischerseits vorgebrachten Bemerkungen Rechnung zu tragen. Diese Auslegung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Nichts in dem neuen Vertrage beschränkt oder beeinträchtigt irgendwie das Recht der Selbstverteidigung.

Jedes Volk behält in dieser Hinsicht stets die Befugnis, sein Land gegen einen Angriff oder einen Einfall zu verteidigen; es hat allein zu entscheiden, ob die Umstände es nötigen, zu seiner eigenen Verteidigung zum Krieg zu schreiten.

Zweitens steht keine der Bestimmungen des neuen Vertrags im Widerspruch zu den Bestimmungen der Völkerbundssatzung und ebensowenig zu denen der Locarno-Verträge oder der Neutralitätsverträge.

Andererseits würde jede Verletzung einer Bestimmung des neuen Vertrags durch eine der Vertragsmächte die anderen Vertragsmächte von selbst von ihren Verpflichtungen gegen den Zuwiderhandelnden befreien.

Die Tatsache schließlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten alle Signatarmächte der in Locarno geschlossenen Vereinbarungen bereits zur Unterzeichnung eingeladen hat und die an Neutralitätsverträgen beteiligten Mächte dazu einzuladen bereit ist, sowie daß den anderen Mächten der Beitritt freistehen soll, ist geeignet, dem neuen Vertrag, im vollen praktisch erwünschten Maße, den Charakter der Universalität zu geben, der den Absichten der Regierung der Republik entspricht.

Dank der Klarstellung, welche die neue Präambel so gebracht hat, und dank der andererseits dem Vertrag gegebenen Auslegung sieht die Regierung der Republik zu ihrer Genugtuung, daß sich der neue Vertrag mit den Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen vereinbaren läßt, an denen Frankreich sonst als Vertragsmacht beteiligt ist, und deren uneingeschränkte Achtung ihm Vertragstreue und guter Glaube natürlich zur unabweislichen Pflicht machen.

Angesichts dieser Sachlage und unter diesen Umständen freut sich die Regierung der Republik, der Regierung der Vereinigten Staaten erklären zu können, daß sie nunmehr durchaus bereit ist, den Vertrag in der durch das Schreiben Eurer Exzellenz vom 23. Juni 1928 vorgeschlagenen Form zu unterzeichnen.

In dem Augenblick, wo sie so zur Verwirklichung eines allmählich zur Reife gelangten Planes, den sie von Anbeginn in seiner vollen moralischen Bedeutung gewürdigt hatte, ihre Mitwirkung leiht, ist es der Regierung der Republik ein Bedürfnis, ihrer hohen Achtung für die Gesinnung Ausdruck zu geben, die die Regierung der Vereinigten Staaten dazu geführt hat, diese neue Kundgebung der Brüderlichkeit der Menschheit anzuregen, die mit dem innersten Streben des französischen wie des amerikanischen Volkes aufs schönste übereinstimmt und dem Gefühl der internationalen Solidarität entspricht, das unter den Völkern immer mehr Verbreitung gewinnt.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

(gez.) B r i a n d.

Nr. 38.

Englische Antwort zum 2. Entwurf eines Kriegsächtungspaktes.

Die vom Staatssekretär des Auswärtigen unterzeichnete britische Antwortnote vom 18. Juli an den amerikanischen Geschäftsträger in London lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

Ich freue mich, Sie davon in Kenntnis setzen zu können, daß nach sorgfältiger Prüfung des Schreibens, das Sie mir am 23. Juni übergeben haben und worin Sie den revidierten Text des Entwurfs des vorgeschlagenen Kriegsverzichtsvertrages übermittelten, die Regierung Seiner Majestät in Großbritannien den vorgeschlagenen Vertrag in der von Ihnen übermittelten Form annimmt und sich freuen wird, ihn zu dem Zeitpunkt und an dem Ort zu zeichnen, den die Regierung der Vereinigten Staaten zu diesem Zweck angeben wird.

Meine Regierung hat mit Interesse die Erklärungen gelesen, die in Ihrem Schreiben hinsichtlich der Bedeutung des Vertragsentwurfs enthalten sind, ebenso die Stellungnahme, welche das Schreiben hinsichtlich der Bemerkungen enthält, die von anderen Mächten in dem vorausgehenden diplomatischen Schriftwechsel vorgebracht sind.

Sie werden sich erinnern, daß in meiner vorausgehenden Mitteilung vom 19. Mai ich ausgeführt habe, wie wichtig es für meine Regierung sei, daß der Grundsatz anerkannt werde, daß, wenn eine der Parteien dieses beabsichtigten Vertrages in Verletzung seiner Bestimmungen zum Kriege schreitet, die anderen Parteien automatisch von ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber dieser Partei entbunden würden. Ebenso wies ich darauf hin, daß die Beachtung der Verpflichtungen, die sich aus der Völkerbundssatzung und aus den Locarno-Verträgen ergäben, die Grundlage der Politik der Regierung meines Landes bilde, und daß diese keinem neuen Vertrag ihre Zustimmung geben könne, der diese Verpflichtungen abschwächen oder untergraben würde.

Die jetzt in die Präambel aufgenommene Bestimmung, wonach jeder Signatarmacht, welche in Zukunft ihre nationalen Interessen durch Kriegsmaßnahmen gegen eine andere Signatarmacht zu fördern sucht, die Vorteile des Vertrages versagt werden sollen, ist für meine Regierung befriedigend und ist zur Erledigung des in dem vorhergehenden Absatz zuerst erwähnten Punktes ausreichend.

Die Regierung Seiner Majestät in Großbritannien ist nach reiflicher Erwägung nicht der Ansicht, daß die Erfüllung der Verpflichtungen, welche sie in der Völkerbundssatzung und in dem Vertrage von Locarno übernommen hat, durch die Annahme des vorgeschlagenen Vertrages ausgeschlossen wird. Sie tritt der von der Deutschen Regierung in ihrem Schreiben vom 27. April mitgeteilten Auffassung bei, daß diese Verpflichtungen nichts enthalten, was mit dem von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Vertrage in Konflikt kommen könnte.

Meine Regierung hat mit besonderer Befriedigung bemerkt, daß alle Parteien des Locarno-Vertrages jetzt aufgefordert worden sind, den neuen Vertrag als erste zu zeichnen, und daß es der klare Wunsch der Regierung

der Vereinigten Staaten ist, daß alle Mitglieder des Völkerbundes durch Zeichnung oder Beitritt Vertragsparteien werden sollen. Damit so viele Staaten wie möglich an der neuen Bewegung teilnehmen können, hoffe ich, daß eine entsprechende allgemeine Einladung auf sie erstreckt wird.

Was die Stelle in meinem Schreiben vom 19. Mai hinsichtlich gewisser Gebiete anlangt, deren Wohlfahrt und Unverletzlichkeit ein besonderes und Lebensinteresse für unseren Frieden und unsere Sicherheit bildet, so brauche ich nur zu wiederholen, daß die Regierung Seiner Majestät in Großbritannien den neuen Vertrag unter der Voraussetzung annimmt, daß er ihre Handlungsfreiheit in dieser Beziehung nicht beeinträchtigt.

Ich befinde mich vollkommen in Uebereinstimmung mit den Ansichten, die von Herrn Kellogg in seiner Rede vom 28. April ausgesprochen sind, daß der beabsichtigte Vertrag in keiner Weise das Recht zur Selbstverteidigung einengt oder beeinträchtigt, wie mit seiner Ansicht, daß es jedem Staate alleine zusteht, zu entscheiden, wenn die Umstände kriegerische Maßnahmen zu diesem Zwecke notwendig machen.

Im Lichte der vorstehenden Ausführungen ist die Regierung Seiner Majestät gern bereit, zugleich mit den Vereinigten Staaten und mit allen anderen in gleicher Weise bereiten Regierungen einen endgültigen Vertrag über den Kriegsverzicht in der Form zu zeichnen, wie sie mit ihrem Schreiben vom 23. Juni übermittelt wurde. Sie begrüßt es, sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten und den anderen Teilnehmern des beabsichtigten Vertrages in einem weiteren und deutlich sichtbaren Fortschritt in der Aechtung des Krieges zusammenzufinden.